Euro-Zone: Die Mär vom Aufschwung S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 34 – 24. August 2013

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Ablenkungsmanöver
Steinbrück versucht Energiekonzernen Schuld an steigenden Strompreisen zu geben 2

Preußen / Berlin

Es knirscht bei Rot-Rot
Brandenburg: Platzecks Nachfolger Woidke irritiert linken Koalitionspartner 3

Hintergrund

Medien- statt BND-Skandal
Der deutsche Auslandsgeheimdienst ist besser als sein Ruf 4

Deutschland

Explosives Weltkriegserbe
Millionen Tonnen Munition und Minen verhindern Ausbau der Offshore-Windparks 5

Ausland

Schnüffelei wird zum Eigentor
US-Wirtschaft drohen nach NSA-Affäre Auftragseinbußen 6

Kultur

Patriot aus tiefstem Herzen
Vor 200 Jahren fiel der Dichter Theodor Körner 9

Geschichte

Wille zum Niveau
Vor 50 Jahren starb Adolf Grimme 11





Von Einsparungen betroffen: Die Polizei kann nicht mehr alle ihre Aufgaben wahrnehmen

Bild: action press

Ein Staat entgleist

Für Wesentliches wie Straßen ist kein Geld da – Politik setzt gefährliche Prioritäten

Das Versagen des Staates geht längst ans Existenzielle. Trotz Rekord-Steuereinnahmen ist die Politik unfähig, klassische Aufgaben des Staates voll zu übernehmen.

Die skandalösen Zustände am Mainzer Hauptbahnhof sind symptomatisch für den Zustand der Republik: Immer weniger gelingt es den Verantwortlichen, die simplen Grundlagen eines funktionierenden Staatswesens sicherzustellen. Sei es Verkehrsinfrastruktur, sei es die innere und äußere Sicherheit oder sei es die Sicherheit der Energieversorgung. Und das alles in einem Land, das gerade in all diesen Bereichen vorbildlich war und in einem Staat, der sich über die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten freut.

Nicht nur der Schienentransport leidet unter falscher Politik, auch das Straßennetz, um das die Deutschen einst beneidet wurden, sinkt immer tiefer herab: Spediteure klagen, dass sie für Schwertransporte immer größere Umwege fahren müssen, weil die maroden Brücken nicht mehr tragen. Teilweise seien die damit verbundenen Zusatzkosten bereits existenzbedrohend. Energieversorger warnen, dass infolge der Hauruck-Energiewende die Gefahr flächendeckender Stromausfälle so hoch sei wie seit Kriegstagen nicht mehr.

Aber das Versagen des Staates geht längst auch ins Existenzielle: Mehrere Polizeipräsidenten in Nordrhein-Westfalen empfehlen in einem internen Papier, das die Beamten aus Personalmangel bei etlichen Vorfällen nicht mehr ausrücken sollen. Neben Verkehrsunfällen ohne Verletzte, Ruhestörung oder Objektschutzaufgaben sollen die Beamten auch nicht mehr bei Anzeigen von häuslicher Gewalt eingreifen. Opfer, die sich hilfesuchend bei der Wache melden, würden darauf vertröstet, doch morgen mal vorbeizukommen zwecks Aufgabe einer Anzeige. Damit ließe der Staat seine steuerzahlenden Bürger in existenziellen Bedrohungssituationen systematisch allein. In Brandenburg sind die Personaleinsparungen bei der Polizei schon derart fortgeschritten, dass weite Teile der Region keinen angemessenen Schutz mehr haben. Dies angesichts einer wachsenden Lawine von Verbrecherbanden, die über die offene Grenze in die Mark rauscht.

> Zu wenig Polizei, um bei häuslicher Gewalt einzuschreiten

Passend dazu häufen sich Alarmmeldungen auch aus dem Bereich der äußeren Sicherheit, der Bundeswehr. Mitarbeiter der Bundeswehrverwaltung sprechen von „Zuständen wie am Mainzer Hauptbahnhof“, wenn sie von den Verhältnissen in ihrer Behörde sprechen. Bei der Truppe ist derweil das Programm des „freiwilligen Wehrdienstes“ offenbar gescheitert: Unter den gegebenen Voraussetzungen finden sich nicht ansatzweise genügend junge Menschen, um die anfallenden Aufgaben zu erfüllen.

Dies alles geschieht, wie erwähnt, vor dem Hintergrund von Rekord-Steuereinnahmen. Das Geld fürs Notwendigste fehlt, weil die Politik unfähig ist, mit dem Geld der Bürger umzugehen. Stattdessen fordert sie immer höhere Steuern und ersinnt immer neue Abgaben. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Alarmierend

Selbst die Bundesregierung hält die im ersten Halbjahr 2013 sprunghaft angestiegene Zahl der Asylbewerber mittlerweile für „alarmierend“. Die alarmierendste Angabe in dem umfangreichen Zahlen- und Tabellenwerk des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge findet sich indes erst ziemlich am Ende. Sie lautet 1,1 Prozent. Das ist der Anteil der Antragsteller, die als tatsächlich asylberechtigt anerkannt wurden. Mit anderen Worten: 98,9 Prozent der auf „Asylticket“ Einreisenden werden in ihren Herkunftsländern gar nicht verfolgt, so dass von vornherein kein Asylgrund vorgelegen hat. Gleichwohl werden die meisten von ihnen nicht abgeschoben, sondern ihnen der weitere Aufenthalt in Deutschland „aus humanitären Gründen“ gestattet – auf Kosten der deutschen Steuerzahler, versteht sich. Sie wenden für das Asyl fast eine Milliarde Euro pro Jahr auf.

Wer in seinem Heimatland einer begründeten Gefahr ausgesetzt ist, darf auf unseren Schutz vertrauen. Das muss unsere Demokratie selbstverständlich leisten. Und da es nur wenige tatsächlich Berechtigte betrifft, kann sie das auch leisten. Was sie aber nicht leisten kann, ist die Funktion eines Weltsozialamtes, das über allen Mühsamen und Beladenen, woher sie auch kommen mögen, seinen Segen ausschüttet. Wer nur zu uns kommt, weil es ihm in seiner Heimat aus unterschiedlichen Gründen nicht gefällt, hat keinen Anspruch auf Aufnahme. Niemand wird ihm den Traum von einem besseren Leben in Deutschland verübeln. Und dennoch: Er missbraucht unser Schutzangebot für Verfolgte und sollte unverzüglich dorthin zurückgeschickt werden, wo er hergekommen ist.

Forsa: AfD-Werte wohl höher

Meinungsforscher: Viele geben nicht zu, die Partei wählen zu wollen

Verbergen die veröffentlichten Umfragewerte der „Alternative für Deutschland“ (AfD) die wahren Wahlchancen der neuen Partei? Der Chef des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, legt dies zumindest nahe. Das Problem sei, so Güllner, „dass viele Wähler, die die Partei wählen wollen, es nicht zugeben“.

Daher könne der wahre Rückhalt der Euro-Kritiker höher liegen als bei den zwei bis drei Prozent, welche auch Forsa für die AfD regelmäßig ausweist. Er, so Güllner, habe lange gedacht, dass die AfD keine Chance auf einen Einzug in den Bundestag habe, doch „jetzt bin ich mir nicht mehr so sicher“.

Führung und Mitglieder der AfD jedenfalls strotzen vor Zuversicht, wie beim bundesweiten Wahlkampfauftakt am vergangenen Sonnabend in Hamburg zu beobachten war. Rund 1000 Anhänger zogen mit Fahnen und Transparenten durch die Innenstadt. AfD-Chef Bernd Lucke zeigte sich hoch erfreut über die rege Beteiligung, ebenso die Vorsitzende der Bürgerrechtsvereinigung „Zivile Koalition“, Beatrix von Storch, die für die AfD als Direktkandidatin in Berlin-Mitte antritt. Störungen durch Linksextreme gab es kaum.

> Morddrohung in Göttingen

Andernorts sieht sich die AfD linkem Terror ausgesetzt. In Göttingen wurden AfDler bedroht: „Wenn du weitermachst, dann werden wir dich kaltmachen“, oder: „Wenn du bei der AfD bleibst, dann werden wir dein Kind morgens zur Schule begleiten.“ Ein Stand und ein Versammlungslokal wurden angegriffen. In anderen Städten wurden massenhaft Plakate zerstört, in Berlin ein AfD-Wagen mit Steinen beworfen. In Jürgen Trittins Wahlkreis Göttingen „solidarisiert“ sich auch die Grüne Jugend mit den Linksextremen. Es gelte, die AfD „aktiv“ aus dem Wahlkampf „herauszuhalten“. *H.H.*

Immer mehr Asylbewerber

Sicherheitsbehörden sehen Gefahr durch Islamisten

Im Juli haben mehr als doppelt so viele Menschen in Deutschland Asyl beantragt wie im Vorjahresmonat. Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist die Zahl der Asylbewerber von 8408 im Juni auf 9516 im Juli gestiegen. Zum Vergleich: 2012 waren es im Juni 3901 und im Juli 4498. Damit setzt sich der seit Beginn des Jahres fast durchgehend anhaltende Aufwärtstrend fort. Im ersten Halbjahr 2013 wurden 43 016 Asylanträge gegenüber 23 066 im Vergleichszeitraum des Vorjahres gestellt. Dies bedeutet einen ungewöhnlich hohen Zuwachs um fast 90 Prozent. Bis Ende Juli waren es bereits 52 754.

Die meisten Antragsteller kamen mit 28,7 Prozent aus der Russischen Föderation (Zuwachs um 1000 Prozent), gefolgt von Syrien mit 10,5 Prozent (plus 178 Prozent) und Afghanistan mit acht Prozent (minus 2,9 Prozent). Damit entfällt ein Drittel aller seit Januar 2013 gestellten Erstanträge auf die ersten drei Herkunftsländer. Die Zahl der Folgeanträge stieg gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 15,7 Prozent. Lediglich 1,1 Prozent der knapp 32 000 Asylbewerber, über deren Anträge von Januar bis Juni 2013 entschieden wurde, wurden als tatsächlich asylberechtigt anerkannt.

> In einem Jahr Zunahme um 116 %

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich rechnet bis zum Jahresende mit insgesamt 100 000 Asylanträgen und nannte den Anstieg „alarmierend“. Sorge bereitet ihm nicht allein die Zahl der Asylbewerber, sondern auch die von ihnen ausgehende Gefahr für die Innere Sicherheit. Vor allem die Einreise der Russen beunruhigt die Sicherheitsbehörden. Sie gehen davon aus, dass 90 Prozent von ihnen aus der russischen Teilrepublik Tschetschenien kommen. Darunter werden zahlreiche Anhänger der radikalen Islamistenorganisation „Kaukasisches Emirat“ und ihres Anführers Doku Umarow vermutet. *J.H.*

MELDUNGEN

Friedensvertrag in Arbeit

Moskau – Die Vizeaußenminister von Russland und Japan sondieren derzeit in Gesprächen die Chancen für einen Friedensvertrag. Beide Länder wollen ihre Handelsbeziehungen ausbauen. Hierbei ist der bis heute nicht existierende Friedensvertrag zwischen beiden Ländern offenbar ein Störfaktor. Russland und Japan kämpften während des Zweiten Weltkrieges auf verschiedenen Seiten. Russland und die westlichen Alliierten siegten und Moskau übernahm die vier Südkurileninseln von Japan, das diese allerdings in einem russisch-japanischen Abkommen von 1855 zugesprochen bekommen hatte. Für Tokio ist die Rückgabe der Inseln Grundvoraussetzung für einen Friedensvertrag. Die umstrittenen Inseln wurden nach dem Zweiten Weltkrieg genauso wie das Königsberger Gebiet unter sowjetische Verwaltung gestellt. *Bel*

Politik verschärft Wandel

Berlin – Das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung warnt die Politik vor einer weiteren Missachtung der demografischen Entwicklung. Anstatt Vorkehrungen für die Folgen der Alterung der deutschen Gesellschaft zu treffen und somit diese abzumildern, werde das Thema von allen Parteien so gut wie ignoriert. Dabei müsste offen darüber diskutiert werden, ob man das im Grundgesetz verankerte Dogma der gleichwertigen Lebensverhältnisse im ganzen Land noch halten wolle und könne. Schon jetzt litten zwei Drittel der Regionen in Deutschland unter Bevölkerungsschwund. Ohne einen geordneten Rückbau drohe diesen mehr oder weniger Chaos. Angesichts dieser Entwicklung wiegt der Umstand, dass die Gesamtverschuldung der Städte und Gemeinden zwischen 2007 und 2011 von 111 auf 130 Milliarden Euro gestiegen ist, also in vielen Kommunen das Geld für Maßnahmen fehlt, besonders alarmierend. *Bel*

Durchschaubares Ablenkungsmanöver

SPD-Kanzlerkandidat versucht, Energiekonzernen Schuld an steigenden Strompreisen zu geben

Attacken gegen vermeintliche kapitalistische Großkonzerne sind ganz im Sinne der SPD. Nach den Banken werden nun die Energiekonzerne angegriffen, doch die kämpfen inzwischen ähnlich wie Banken um ihr Geschäftsmodell.

Sollte er Kanzler werden, dann werde er, Peer Steinbrück, den großen Stromkonzernen Druck machen. Notfalls würde er sie sogar zwingen, ihre Tarife zu senken, so der SPD-Politiker. In den Ohren der meisten Deutschen mag dies gut klingen, schließlich machen die Stromerzeuger Eon, RWE, Vattenfall und EnBW große Gewinne und das kann ja nur möglich sein, weil sie die Stromverbraucher auspressen wie eine Zitrone. Obwohl der Strompreis an der Börse ständig sinkt, steigt der Strompreis für den Endkunden. Gleichzeitig vermeldete beispielsweise Eon im ersten Halbjahr einen Gewinn in Höhe von 5,7 Milliarden Euro. Doch was auf den ersten Blick gut zusammen zu passen scheint, erweist sich auf den zweiten Blick als Fehldeutung. Ein intelligenter Politiker wie Steinbrück weiß das auch, doch seine Wahlkampfstrategen haben ihm offenbar nahegelegt, gegen die Stromkonzerne Stimmung zu machen, da steigende Strompreise ein Thema sind, das die Deutschen bewegt.

Als erstes muss man berücksichtigen, dass von dem von Eon vermeldeten Gewinn noch Steuern, Abschreibungen und Zinsen abgezogen werden müssen. Da das Unternehmen Anfang des Jahres noch einen Schuldenberg von 37,6 Milliarden Euro vor sich herschob, fällt hier einiges an Zinsen an. Auch RWE hat 33 Milliarden Euro Schulden, was auch daran liegt, dass sich viele Stromkonzerne mit Aufkäufen anderer Unternehmen übernommen haben. Nun befindet sich vor allem dank der von der Politik beschlossenen Energiewende die Branche in der Krise und sie muss sparen, wo sie kann, denn die Einnahmen sinken. Also wird „deinvestiert“, was nichts anderes bedeutet, als dass Firmenanteile verkauft werden. Eon hat in diesem Jahr bereits für vier Milliarden Unternehmensteile, Beteiligungen und Tochterfirmen verkauft, was auch die Höhe des Gewinns zum Teil erklären dürfte. RWE, Vattenfall und Eon suchen auch derzeit überall in der Welt nach Käufern für Geschäftsteile; Verkleinerung heißt das Motto. Das trifft vor allem das Personal. Die rot-grün-schwarz-gelbe Energiewende trifft Zehntausende Mitarbeiter. Eon hat vor zwei Jahren beschlossen, 11000 Stellen zu streichen, 6000 wurden bereits abgebaut. „Sozialverträglich“, wie der Konzern auf *PAZ*-Anfrage betont. Bei Vattenfall werden von 20000 Stellen in Deutschland in den nächsten Jahren 1500 gestrichen, bei EnBW 1350 und bei RWE 2500. Gleichzeitig haben die Konzerne aber bereits in den letzten Jahren zahlreiche Stellen gestrichen. Wie viele es sind, hängen sie offenbar nicht gern an die große Glocke, so geht keiner auf die von der *PAZ* gestellte Frage ein. Allerdings betonen alle vier, dass ihnen ein „Mainz“ nicht widerfahren wird. Dort kann die Deutsche Bahn den Betrieb nicht mehr sicherstellen, weil sie im Laufe der letzten Jahren zu viele Stellen abgebaut hat. Man baue vor allem in der Verwaltung ab, heißt es aus allen Firmenzentralen. Doch da auch über die Schließung von Kraftwerken nachgedacht wird, kann die Aussage nicht ganz stimmen.

Ein Großteil des Strompreises wird vom Staat vorgegeben

Doch wieso sinkt der Strompreis an der Börse immer weiter, während der Preis für den Verbraucher immer weiter steigt, die Stromkonzerne aber offenbar nichts davon haben? Dafür muss man wissen, dass mehr als die Hälfte des Strompreises nichts mit den Produktionskosten zu tun hat, sondern Steuern, Netzkosten und der staatlich verordneten Abgabe nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zuzuschreiben ist. In den Strompreisen für den Verbraucher ist also sehr viel Staat enthalten und keineswegs so viel kapitalistischer Großkonzern, wie SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück das seinen Wählern vermitteln will. Und was steigt, ist vor allem der Staatsanteil, genauer die EEG-Abgabe. Da der Staat den Produzenten von erneuerbarer Energie auf 20 Jahre festgelegte, weit überhöhte Preise garantiert, gleichzeitig – wie vom Staat gewollt – der Anteil der erneuerbaren Energien ständig gesteigert wird und auch vorrangig behandelt wird, steigen die Gesamtkosten. Scheint die Sonne viel und weht der Wind ordentlich, gibt es zu viel Strom auf dem Markt und die Großkonzerne, die vor allem ihren Strom über Braun- und Steinkohle, mit Kernkraft und in Gaskraftwerken erzeugen, können ihren überschüssigen Strom nur zu Billigpreisen anbieten. Häufig lägen die erzielten Preise unter den Produktionskosten, klagen die vier Großkonzerne. Das scheint der Wahrheit zu entsprechen, da sie die Schließung einiger konventioneller Werke planen. Gleichzeitig hat EnBW angekündigt, seinen Anteil von erneuerbaren Energien in der Stromproduktion von derzeit zwölf auf 40 Prozent im Jahr 2020 zu steigern. Dafür ist das Unternehmen bereit, sieben Milliarden zu investieren. Doch was auf den ersten Blick sehr umweltfreundlich klingt, dient vor allem der Umsatzsteigerung. Seit EnBW zwei seiner vier Kernkraftwerke abschalten musste, sinkt der Umsatz und Gewinn des Unternehmens. Nun möchte es dringen auf den Zug der dank EEG-Abgabe garantierten Strompreise aufspringen und die Gewinne nicht den vielen kleineren bayerischen Solarstromerzeugern oder norddeutschen Windkraftbetreibern überlassen. Für den Stromverbraucher ist das kein gutes Zeichen. Schließlich ist eine einseitig auf Sonne und Wind setzende Stromproduktion instabil, denn Wind und Sonne wehen beziehungsweise scheinen nicht immer, Speicher gibt es bis heute kaum. Zudem bedeutet mehr Strom aus erneuerbaren Energien auch eine weiter steigende EEG-Abgabe, also noch höhere Strompreise.

All dies geschieht, weil die Politik die falschen Anreize schafft. Das von Schwarz-Gelb nicht reformierte EEG ist ein Kind der SPD und der Grünen. *Rebecca Bellano*



Gibt sich als Vorkämpfer des kleinen Mannes: Steinbrück will Stromkonzerne zwingen, Preise zu senken Bild: Getty

Die Schulden-Uhr: Alle oder Ausländer

Die Mehrheit der Bundesbürger ist für eine Pkw-Maut für Ausländer, aber gegen eine für alle. Dieser Ansicht sind auch mehrheitlich die SPD-Anhänger. Die Anhänger der antinationalen und autofahrerfeindlichen Grünen sind genau der umgekehrten Ansicht. Nur eine Minderheit von ihnen ist für die Maut für Ausländer und gegen die für alle. Bei den Unionsanhängern ist sowohl die Maut für Ausländer als auch die für alle mehrheitsfähig, Hauptsache überhaupt Maut. Den Gegenpol zur CDU/CSU bilden da in bemerkenswerter Eintracht die FDP und die Linke, deren Anhänger sowohl die Ausländer- als auch die allgemeine Maut ablehnen, also jede Form von Maut. Das ergab eine Emnid-Umfrage. *M.R.*

2.076.266.388.963 €

Vorwoche: 2.075.739.391.052 €
Verschuldung pro Kopf: 25.824 €
Vorwoche: 25.818 €

(Dienstag, 20. August 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Finnland bald ohne Euro?

Gemeinschaftswährung hat den Finnen immer weniger zu bieten

Nicht Griechenland oder einer der üblichen Problemkandidaten, sondern Finnland könnte das erste Land sein, das die Euro-Zone verlässt, so lautet die Botschaft eines Interviews, das der Ex-Volkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, der schwedischen Wirtschaftszeitung „Dagens Industri“ gegeben hat. „Finnland nimmt nicht mehr vollständig an den Rettungsaktionen teil und verlangt Sicherheiten für seine finanzielle Beteiligung“, so die Begründung Mayers für seine Einschätzung. Eine weitere Rolle könnte die ursprüngliche Motivation Finnlands für den Beitritt zur Währungsunion spielen. „Sie wollen sich vor Russland schützen, aber der Euro ist der falsche Verein dafür – das ist die Nato“, so Mayer.

So ungewohnt die Einschätzung in Bezug auf Finnland zunächst einmal klingt, für die vorgebrachte Sichtweise spricht einiges. Geprägt durch die historischen Erfahrungen, agiert Finnlands Politik zuweilen außerordentlich flexibel und pragmatisch auf geänderte äußere Bedingungen. Als der Zusammenbruch der Sowjetunion in Finnland eine tiefe Wirtschaftskrise verursachte, war im Jahre 1995 der Beitritt zur EU der rettende Ausweg. Die Mitgliedschaft in der EU und später in der Euro-Zone brachte den Finnen eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt ein.

Mit der anhaltenden Krise der Euro-Zone scheint nun wiederum Russland als Wirtschaftspartner mehr Gewicht zu bekommen, während die Bedeutung der EU sinkt. Trotz der historisch eigentlich stark belasteten Beziehungen zu Russland – Stichwort Winterkrieg 1939/40 und die spätere Finnlandisierung – werden die Handelsbeziehungen zu Russland immer enger, der Austausch mit der übrigen EU geht dagegen zurück. Deutlich wird die Entwicklung anhand der Zahlen für die ersten fünf Monaten dieses Jahres: Die finnischen Exporte in die EU gingen um vier Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Allerdings stiegen Finnlands Ausfuhren nach Russland um vier Prozent. Ähnlich sieht der Zuwachs bei den Touristenzahlen aus Russland aus. Die Zahl der russischen Besucher stieg im vergangen Jahr um zehn Prozent auf 3,6 Millionen. Damit kam nahezu die Hälfte aller ausländischen Besucher Finnlands aus Russland.

Wieder stärkere Bindung an Russland

Treibende Kraft hinter der Entwicklung sind finnische Konzerne wie das Handelsunternehmen Kesko oder die Kaufhauskette Stockman, die Russland als Markt entdeckt haben. In Russland selbst haben finnische Produkte wiederum traditionell einen guten Ruf. Resultat ist ein Aufschwung der Wirtschaftsbeziehungen, der im übrigen Europa seines Gleichen sucht. Seit dem Jahr 2000 haben sich die finnischen Exporte nach Russland fast verdreifacht. Geliefert wird die gesamte Palette, die Finnlands Wirtschaft liefern kann: von Holzprodukten über Bergbaumaschinen bis zu Mobiltelefonen.

Mit dem Pfand derart florierender Wirtschaftsbeziehungen zu Russland im Hintergrund könnte eines Tages in Finnland tatsächlich die Stimmung zugunsten eines Euro-Ausstiegs kippen. Hält der wirtschaftliche Niedergang der Euro-Zone bis dahin an, dann könnte eine Rückkehr zur Finnmark spätestens im Jahre 2015 im Zuge der dann anstehenden finnischen Parlamentswahlen ernsthaft zur Diskussion stehen. *N.H.*

Vorsicht Abzocke!

Überteuerte Abrechnungen in Polen

Immer öfter kommt es vor, dass deutsche Touristen beim Bezahlen mit der Kreditkarte in polnischen Läden und Tankstellen mit der Frage konfrontiert werden: „Wollen Sie direkt in Euro oder in Zloty bezahlen?“ Die Begleichung in Euro scheint auf den ersten Blick eine bequeme Möglichkeit zu sein, den finanziellen Überblick zu behalten. In der Praxis hat sich das dahinterstehende Abrechnungsmodell namens Dynamic Currency Conversion – zu Deutsch Direktumrechnung – aber recht häufig als Touristen-Abzocke entpuppt. Beteiligte Händler und Kartenzahlungsfirmen lassen sich den sofortigen Umrechnungsservice mit teilweise saftigen Aufschlägen vergüten. Der Haken, der von vielen Verbrauchern oft erst im Nachhinein bemerkt wird: Der Umrechnungskurs, der zugrunde gelegt wird, ist in der Regel sehr ungünstig. Die Differenzen gehen von Cent für eingekaufte Kleinigkeiten, bis zu zweistelligen Euro-Summen etwa für Hotelübernachtungen.

Touristen erfahren Mehrbetrag erst später

Experten des Deutsch-Polnischen Verbraucherinformationszentrums (VIZ) Brandenburg raten deshalb dazu, bei Kartenzahlungen immer in der vor Ort gültigen Landeswährung zu bleiben. Auf der späteren Abrechnung nehme zwar auch die eigene Bank bei der Währungsumrechnung eine Marge, doch die Kurse orientieren sich dabei enger an den internationalen Devisenkursen. Immer öfter wird das „Geldumtausch-Verteuerungssystem DCC“, so der Originalton von Verbraucherberatern, inzwischen auch an polnischen Geldautomaten offeriert. Lassen sich die Kunden auf die Option „Auszahlung mit garantierter Umrechnung“ ein, hat dies oftmals einen um über zehn Prozent schlechteren Wechselkurs zu Folge.

Dass sich das System der Direktumrechnungen inzwischen im polnischen Handel so stark ausgebreitet hat, beruht auf zwei Triebkräften. Vor allem US-Unternehmen sind in der Hoffnung auf gute Geschäfte im Zuge der Fußball-EM stark auf den polnischen Markt gedrängt und die beteiligten Händler werden wiederum über eine lukrative Umsatzbeteiligung bei den Kreditkartenunternehmen an den Aufschlägen mitbeteiligt. *N.H.*

Tante, Onkel und ein Spinner

Von THEO MAASS

Wer wird schon 150 Jahre alt? Na, die SPD! Und die feierte das am 17. und 18. August vor dem Brandenburger Tor in Berlin. 200 000 Teilnehmer wurden gezählt. Als künstlerisch-musikalischen Höhepunkt hatten die Sozialdemokraten sogar Nena verpflichtet. Der Star füllt auch heute noch mühelos Konzertsäle. Deshalb sollte sie auch am Sonnabend erst um 22 Uhr auftreten, damit die Leute nicht vorzeitig verschwinden.

Sigmar Gabriel las in einem Zelt Kindern und Medienvertretern aus Erich Kästners „Emil und die Detektive“ vor. Merkwürdig: Hatte sich Gabriel nicht nach der Vergangenheit des Autors erkundigt? Kästner gab sich seinerzeit offen schwulenfeindlich: „Von mir aus schlaft euch selber bei! Und schlaft mit Drossel, Fink und Star und Brehms gesamter Vogelschar! Mir ist es einerlei.“

Ein paar Meter weiter hatten die Jusos eine Kegelbahn aufgebaut. Da konnte man Gartenzwerge mit Hitlerbart und stramm erhobenem rechten Arm einfach wegkegeln. So einfach geht das! Oder nicht? Eine Teilnehmerin mühte sich redlich, aber selbst nach dem sechsten Wurf gelang es ihr nicht, alle „Hitlers“ wegzukugeln. Da gab sie einfach auf. Das hätte Udo Pasteurs von der NPD sehen müssen. Ob der sich gefreut hätte?

Zahlreiche Wurstbratereien sorgten für das leibliche Wohl. Die Wurst als schlichte Kost des Arbeiters, das sollte vielleicht Bodenständigkeit demonstrieren, hat es aber nicht, denn die Preise bewegten sich eher auf dem Niveau einer „Partei der Besserverdienenden“.

Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – sonst ja eher avantgardistisch veranlagt – gab sich mit einem Leierkasten als „Onkel Pelle“ bodenständig. Sonnabendnachmittag trat die Popgruppe „Die Prinzen“ auf. Ihr schöner Schlager: „Manchmal wird der Mann im Mond für seinen treuen Dienst belohnt“ hatten sie vielleicht für Peer Steinbrück gesungen, der ja mit Umfrageergebnissen mit etwas über 20 Prozent doch noch Chancen hat, Kanzler zu werden. Oder für Sigmar Gabriel, der davon träumt, in einer großen Koalition Außenminister und Vizekanzler zu werden?

Der linke Rand stieß sich am Namen der Feier: „Deutschlandfest“ hatte die SPD ihre Geburtstagsfeier getauft. Der Berliner Juso-Chef Kevin Kühnert giftete: „Wir alle kennen doch die aktuelle Rhetorik der Euro-Skeptikerinnen: Sie stellen Nationalstaatlichkeit über gemeinsame europäische Interessen.“ Aber so einer alten Tante wie der SPD kann man nicht so schnell ein neues Kind in den Bauch reden, zumal ja sogar die GEW versuchte, volkstümlich aufzutreten. Ein Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle zischte denn auch auf Kühnert angesprochen: „Spinner!“

Es knirscht bei Rot-Rot

Brandenburg: Platzecks Nachfolger Woidke irritiert linken Koalitionspartner – Ziel Rot-Schwarz?



Geht auf Abstand zu seinem Vorgänger: Brandenburgs künftiger Ministerpräsident Dietmar Woidke (re.) mit seinem scheidenden Vorgänger Matthias Platzeck (beide SPD)

Bild: pa

Ist der Brandenburger Weg am Ende? Ohne Unterbrechung wird Brandenburg seit 1990 von der SPD regiert. Doch der Stabwechsel von Matthias Platzeck zu Dietmar Woidke birgt für die märkische SPD erstmals das Risiko eines Machtverlustes.

Noch nicht einmal im Amt, sorgt Brandenburgs designierter Ministerpräsident Dietmar Woidke gleich für einen Paukenschlag. Er sei sicher, dass die Braunkohle weiter „für viele Jahre“ eine wichtige Rolle „spielen muss und wird“, so der SPD-Politiker bei einem Besuch in der Lausitz. Kurz vor seiner Amtsübernahme am 28. August ist Woidkes Bekenntnis zur Zukunft der Kohleförderung in Brandenburg zumindest für einen Teil der Linkspartei eine klare Kampfansage. Kräfte um die Umweltministerin Anita Tack (Linke) fordern bereits seit Jahren vehement das Aus für die Kohleverstromung.

Damit nicht genug der Irritation: Für Alarmstimmung bei der Brandenburger Linken dürfte Platzecks Nachfolger mit einer anderen Ansage gesorgt haben. Vor der Landtagswahl 2014 werde es von ihm keine Koalitionsaussage geben, so Woidke. Im Klartext: Eine Fortsetzung der rot-roten Koalition ist für ihn keine Selbstverständlichkeit.

Der 51-Jährige gilt in der SPD als kein großer Freund einer Koalition mit den Linken. Bereits als Innenminister war er heftig mit Finanzminister Helmuth Markov (Linke) aneinandergeraten, als es um die Besoldung für Landesbeamte ging. Potenzial, dass zwischen den beiden auch künftig die Fetzen fliegen, ist reichlich vorhanden: Brandenburg steht ein schmerzhaftes Gesundschrumpfen bevor. Die Strukturen müssen schwindenden Einwohnerzahlen und klammen Kassen angepasst werden.

Anders als sein Vorgänger Platzeck könnte bei Woidke die Versuchung groß sein, diese undankbare Aufgabe lieber mit der CDU als mit den Linken anzugehen. Erste Signale gibt es bereits: Unter der früheren Vorsitzenden Saskia Ludwig sei eine Zusammenarbeit mit der CDU undenkbar gewesen, so Woidke, nach dem Wechsel an der Spitze der CDU sehe dies nun allerdings anders aus. Platzecks Abgang von der politischen Bühne wäre somit für die CDU die erhoffte Chance zurück in Regierungsämter – freilich nur als Juniorpartner der Sozialdemokraten.

> Dem Land stehen schmerzhafte Einschnitte bevor

Schaut man auf die letzten Umfragewerte vom Mai, dann scheint erstmals seit 1990 allerdings sogar eine andere Variante in Reichweite: Die CDU könnte zur stärksten politischen Kraft im Land Brandenburg werden. Lag die SPD mit 35 Prozent zwar immer noch klar vorn, hatte sich die CDU im Mai immerhin bereits auf 27 Prozent herangearbeitet. Der Wert dürfte weniger Ausdruck eigener Arbeit als vielmehr dem Windschatten der Bundes-CDU zu verdanken sei. Mit der Frage konfrontiert, wer gerade an der Spitze der märkischen CDU steht, dürften die meisten Brandenburger wohl ihre Schwierigkeiten haben.

Im Gegensatz zu der von „Parteifreunden“ abgesägten populären Saskia Ludwig ist der neue CDU-Landeschef Michael Schierack immer noch weitgehend unbekannt. Damit nicht genug: Seit dem Wechsel an der Spitze spielt die märkische CDU die Opposition quasi mit angezogener Handbremse. Hier und da einmal kleinlaut Kritik an der Potsdamer Landesregierung, aber immer so dezent, dass man ab 2014 als Juniorpartner der Sozialdemokraten in Frage kommt. Die Christdemokraten setzen auf Platz statt auf Sieg.

Tatsächlich könnte der Rücktritt von Platzeck für die CDU aber die Chance auf sehr viel mehr bieten. Etwa zehn Prozent der SPD-Ergebnisse gehen nach Analysen bisher allein auf das Konto der Popularität Platzecks. Nachfolger Woidke hingegen gilt vielen Brandenburgern als unbeschriebenes Blatt. Wer den Namen kennt, bringt ihn wahrscheinlich sogar eher negativ mit seiner Arbeit als Innenminister in Verbindung; vor allem in den Regionen entlang von Oder und Neiße grassiert die Kriminalität, trotz offener Grenzen wurde mit der Polizeireform unter Woidke aber ein massiver Stellenabbau bei der Polizei eingeleitet.

Um sich einen Ruf als Landesvater à la Manfred Stolpe und Matthias Platzeck aufzubauen, bleibt Woidke zwischen Amtsübernahme und Landtagswahlen nur ein Zeitfenster von einem Jahr. Der Ausgang des Versuchs birgt für die SPD ein hohes Risiko. Woidke gilt nicht als der Politikertyp, der gern dauerlächelnd und händeschüttelnd durchs Land tourt. Obendrein hat ihm Vorgänger Platzeck reichlich Baustellen hinterlassen, die den Neuen ins Trudeln bringen können. Unter Druck stehen wird Brandenburgs nächster Ministerpräsident etwa durch das erfolgreiche Volksbegehren und den fast einstimmigen Landtagsbeschluss für ein strengeres Nachtflugverbot am Großflughafen BER. Sowohl der Bund als auch Berlin lehnen aber eine entsprechende Regelung strikt ab.

Noch schneller als dieses Problem wird auf Woidke schon kurz nach seiner Amtsübernahme eine andere Bewährungsprobe zukommen: Medienberichten zufolge ist bei dem Skandalprojekt BER abermals das Geld aufgebraucht. Gerechnet wird inzwischen damit, dass nach der Bundestagswahl im Herbst Zahlen über weitere Zusatzkosten auf den Tisch gelegt werden, „die erneut in Richtung einer Milliarde Euro gehen dürften“, so die „Potsdamer Neuesten Nachrichten“. Woidke, der bisher als Innenminister aus Kostengründen im Lande massiv Polizeistellen abgebaut hat, wird dann erklären müssen, warum abermals einige hundert Millionen Euro aus der klammen Landeskasse auf der Dauerbaustelle BER versenkt werden sollen.

Norman Hanert

Die »falschen« Ausländer

Wie sich ein Eventmanager aktuelle Politdebatten zunutze macht

Jan Stens nennt sich „Eventmanager“. Im Freibad Plötzensee wollte er das Musikfestival „BeLaSound“ abhalten. Hierfür hatte er die gesamte Lokalität vom 14. bis zum 16. Juni gemietet. Nach dem abgeschlossenen Vertrag wurden hierfür 50 000 Euro fällig, die Stens dem Pächter des Freibades, Erik Müller, seitdem schuldet. Dem Vernehmen nach rechnete man mit bis zu 12 000 Besuchern.

Aber offenbar hatte Stens sich im Vorfeld nicht über die rechtlichen Rahmenbedingungen kundig gemacht. Am 13. Mai teilte das Bezirksamt Mitte ihm mit, die Durchführung der in Aussicht genommenen Veranstaltung sei im Strandbad Plötzensee unzulässig. Sie stehe „nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Badebetrieb“. Indes: Die Abfuhr kam für Stens nicht überraschend, aus Bezirksamtskreisen hieß es, man habe ihm das schon bei Vorgesprächen signalisiert.

Seither sind Pächter Müller und sein Umfeld Zielscheibe bizarrer Vorwürfe. In einer Presseerklärung der Eventagentur Departement S., die Stens betreibt, heißt es: „Kulturfestival ist Opfer von fremdenfeindlichen Übergriffen geworden.“ Der Betriebsleiter des Freibads Plötzensee, Mike Z., sei früher in der rechtsradikalen Szene tätig gewesen. Erik Müller dazu: „Er kam 2011 als Aussteiger aus der Neonaziszene zu uns. In zwei Jahren ist er in keiner Weise mit rechtsradikalen Äußerungen aufgefallen, es gab auch keine Beschwerden der Badegäste. Der rechtsradikale Hintergrund ist erstunken und erlogen.“ Stens’ Vorwürfe reichen vom Tragen von Textilien der Marke „Thor-Steinar“ über angebliche NS-lastige Handy-Klingeltöne bis zu angeblichen rassistischen Beleidigungen. Müller wehrt sich. Seine Angestellten hätten fast alle einen Immigrationshintergrund, sein Mitpächter sei Jude, dessen Großvater im KZ ermordet worden sei. Stens rührt das nicht: Die Ausländer in Müllers Team seien Osteuropäer. „Die sind alle weiß.“

> Es geht um eine Rechnung von 50 000 Euro

Dieser Tage nun war Stens in eine Schlägerei verwickelt, bei der der Eventmanager verletzt wurde. Auch wenn daran gar keine Mitarbeiter des Bades beteiligt waren, rechnet Stens die Prügel Müller zu. Dieser hat ihm nun ein Hausverbot erteilt. Bei der Polizei liegen mehrere Anzeigen von beiden Seiten vor. Im Hintergrund steht die Frage, ob es der Eventmanager mit seinen Radikalismusvorwürfen ernst meint oder ob er sich nur auf politisch „modische“ Art um die Zahlung der 50 000 Euro drücken will.

T.M.

Wohin mit ihnen?

Streit um Asylbewerber eskaliert weiter

Berlin quillt von Asylbewerbern über. Das Problem scheint teilweise auch hausgemacht. Wenn es darum geht, abgelehnte Bewerber loszuwerden, ist die Regierung der Stadt offenbar nicht konsequent. Derzeit sitzen in Berlin nur drei Abschiebehäftlinge ein, in Brandenburg 18. In der Bevölkerung versteift sich der Widerstand gegen die Neuankömmlinge.

> Bürger protestieren allerorten

In Berlin-Hellersdorf, wo 400 Asylbewerber unterkommen sollen, hat eine Bürgerinitiative angekündigt, dagegen vor Gericht zu gehen. Auch in Wittenau, wo Sozialsenator Mario Czaja (CDU) ein Altersheim schließen ließ, um Platz für weitere Asylbewerber zu schaffen, gibt es juristischen Widerstand. Eine Wohnungseigentümergemeinschaft hat beim Bezirksamt Widerspruch gegen die Genehmigung einer „Flüchtlings“-Unterkunft eingereicht. Die Klageführer fürchten „Seuchengefahr“ und die Aussicht, dass „Flüchtlingskinder“ ihren privaten Kinderspielplatz bevölkern könnten.

Um Kosten zu senken, will Berlin nun für einige Jahre abgelehnte Asylbewerber in der Abschiebehaftanstalt Eisenhüttenstadt unterbringen. Dagegen läuft die Asylantenlobby jedoch Sturm. Der für die Betreuung der Abschiebehäftlinge zuständige evangelische Seelsorger Bernhard Fricke klagt: „Viele wissen nicht, warum und wie lange sie dort sitzen und wo ihre Angehörigen geblieben sind.“ Das dortige Billigpersonal spreche nicht einmal Englisch. Der Senat hat noch nicht abschließend entschieden, ob die Haftanstalt Eisenhüttenstadt wirklich genutzt werden soll.

H.L.

Woelki für mehr Asylbewerber

Berlin-Brandenburgs Erzbischof Rainer Maria Woelki hat sich dafür ausgesprochen, dass hierzulande noch mehr Asylbewerbern Aufnahme gewährt wird. Deutschland solle stolz darauf sein, dass es Menschen Schutz bieten könne, meint der katholische Kirchenmann. Weltweit seien 40 Millionen Menschen auf der Flucht. Von ihnen komme nur ein Bruchteil nach Deutschland, und man solle sich nicht vor ihnen fürchten. Das Land müsse die Türen deshalb weiter öffnen. 2011 haben in Deutschland 45 000 Personen Asyl beantragt. Als politisch oder religiös Verfolgte anerkannt wurden davon nur 600. Das entspricht einem Anteil von 1,3 Prozent. Derzeit steigt die Zahl der Bewerber rasant an, im Juni registrierten die Behörden mehr als eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahresmonat. Bislang hatten sich vor allem Berlins evangelische Kirchenrepräsentanten als Interessenvertreter der Asylbewerber hervorgetan.

H.L.

Zeitzeugen



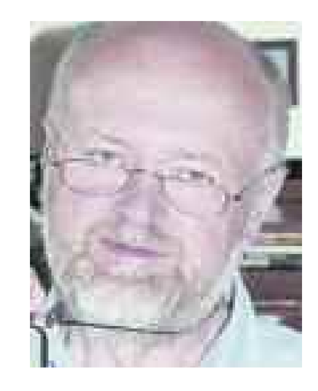
Gerhard Schindler – Vor Amtsantritt als BND-Präsident im Dezember 2011 war er als Bundeswehr-Fallschirmjäger, Angehöriger des Bundesgrenzschutzes und Verfassungsschützer tätig. Besonderes Augenmerk legte er bislang darauf, den Mitarbeitern seines Dienstes wieder Stolz auf die eigene Leistung zu vermitteln und die Reputation des BND in der Öffentlichkeit zu verbessern. Der 61-jährige Jurist ist FDP-Mitglied und entstammt einer Vertriebenenfamilie.

Joachim Tzschaschel – Der ebenso korrekte wie bescheidene Brigadegeneral (1917–2003) galt als hervorragender Spezialist für den Nahen und Mittleren Osten sowie den Maghreb. Aus dem Ic-Dienst der Wehrmacht hervorgegangen, diente er von 1966 bis 1979, zuletzt als Chef der Abteilung Auswertung, im BND.



Hans-Christian Ströbele – Der 1939 in Halle an der Saale geborene Rechtsanwalt ist kein Mitarbeiter oder Informant des Bundesnachrichtendienstes, sondern ist Bundestagsabgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seit 2002 Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Überwachung der Geheimdienste. Nach Meinung seines politischen Weggefährten Steffen Geyer genießt Ströbele „die Möglichkeit, über den Geheimdienstausschuss all die Dinge zu erfahren, von denen sonst keiner hört“.

Dieter Blötz – Der geheimdienstlich völlig unerfahrene Diplom-Betriebswirt (1931–1987) wurde 1970 als Platzhalter der SPD während der Großen Koalition auf den Posten als Vizepräsident des BND gehievt. Als 1979 ein BND-Major im eigenen Ehebett den von Blötz dort vergessenen Europieper fand, musste der SPD-Parteisoldat seinen Hut nehmen.



Wilhelm Dietl – Deutscher Journalist (Jahrgang 1955) mit Faible für Geheimdienste und Interesse für den Nahen und Mittleren Osten. Er war von 1982 bis 1993 als BND-Informant „Dali“ im Nahen Osten tätig. Später wurden seine Aktivitäten für den BND offenbar. Seitdem sind Dietl und der BND keine Freunde mehr. Erst kürzlich erinnerte Dietl an die früher guten Beziehungen mancher deutscher Politiker (Grüne, Linke, FDP) zu Ghaddafi.

Medien- statt BND-Skandal

Der deutsche Auslandsgeheimdienst ist besser als sein Ruf

Schon seit Wochen lässt die Aufregung um den Whistleblower Edward Snowdon deutsche Journalisten und aufgeregte Datenschützer nicht schlafen. „Big-Brother“ lässt wieder einmal grüßen und die vorgebliche Allmacht deutscher Geheimdienste macht allen Oppositionsparteien schwere Sorgen.

Ein Schelm, wer daran denkt, dass dies eventuell dem Wahlkampf geschuldet ist, da alle sonstigen Vorwürfe an der Teflon-Kanzlerin abzugleiten drohen. Nun lassen sich gemäß neuester Informationen der „Berliner Zeitung“ jene 500 Millionen Datensätze, die laut Snowdon von der NSA allmonatlich in Deutschland abgeschöpft werden, auf den Bundesnachrichtendienst zurückführen. Nach dem 11. September 2001, ausgerechnet zu Regierungszeiten von Kanzler Gerhard Schröder (SPD), wurden Übereinkommen getroffen, die dazu führten, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) Erkenntnisse seiner technischen Aufklärung im Ausland an Partnerdienste in den USA liefert. Sollte sich dieser Umstand bewahrheiten, wäre ein weiteres Mal deutlich geworden, dass gerade eben in Deutschland keine veritable Geheimdienstaffäre, sondern vielmehr ein umfassender Medienskandal stattfindet.

Seit Jahren schon führen deutsche Medien eine muntere Hatz auf deutsche Geheimdienste. Zu den steten Angriffspunkten gehört die NS-Vergangenheit des Personals des Bundesnachrichtendienstes, seine moralisch unsauberen, mitunter hochkriminellen V-Leute, die angebliche Bespitzelung deutscher Journalisten und wahrscheinlich schlicht der Umstand, dass der BND seine Dienstgeheimnisse nicht mit „Spiegel“ oder „Süddeutscher Zeitung“ freiwillig teilen möchte. Doch selbst beim „Spiegel“ haben sich einst dubiose Figuren mit Reichssicherheitshauptamts-Vergangenheit getummelt, siehe Horst Mahnke. Auch würde es keiner deutschen Zeitungsredaktion einfallen, ausgerechnet ihre menschlichen „Quellen“ in Behörden und andernorts zu offenbaren, wie man es ungerührt von deutschen Geheimdiensten verlangt. Wohl wäre es besser für den BND, V-Leute mit den moralischen Qualitäten einer Mutter Theresa zu haben, doch ob diese über den internationalen Terrorismus oder Waffenhandel Auskunft geben können, bleibt fraglich. Warum der gewöhnliche deutsche Monteur im Ausland als BND-Informant verwendet werden darf, ein Journalist aber Tabu-Status genießen soll, bleibt ebenso ein Rätsel. Dabei ist der Begriff „Journalist“ noch nicht einmal gesetzlich geregelt, weshalb man jetzt die Frage stellen könnte, ab wann man ein Journalist ist. Reichen hier 20 Artikel jährlich (dann wäre der Schreiber dieser Zeilen schön heraus), oder muss es schon etwas mehr sein ?

Warum blieb die Bundesrepublik bislang verschont?

Dabei soll der BND keineswegs zum „Staat im Staate“ gemacht werden. Doch wird er von den superkritischen deutschen Medien stets nach einer sehr anspruchsvollen Elle gemessen, die diese bei ihrer eigenen Informationssammlung nicht immer anlegen. So mancher Artikel im „Spiegel“ wäre nie erschienen, hätten die (stets unbekannten) Informanten des „Spiegel“ in Bundesbehörden oder Ministerien die notwendige „Amtsverschwiegenheit“ gewahrt.

Man sollte an dieser Stelle nicht vergessen zu erwähnen, dass in Deutschland im Unterschied zu Frankreich, Spanien, England oder den USA bislang noch kein großer islamistischer Terroranschlag gelang. Ob dies nur blanker Zufall ist oder vielleicht doch guter BND- und Verfassungsschutzarbeit geschuldet, wäre doch mal eine eingehende Recherche wert.

Jürgen W. Schmidt



Der Bundesnachrichtendienst muss derzeit viel Kritik einstecken: Demo vor dem neuen BND Gebäude in Berlin gegen Überwachung von Internet und Telefon durch die Geheimdienste

Bild: action press

Was die Kanzler vom BND halten

Als Bundeskanzler Konrad Adenauer in den 50er Jahren aus Geheimdienstquellen erfuhr, dass sein Vizekanzler Franz Blücher (FDP) einen Parisaufenthalt zu einem Bordellbesuch genutzt hatte, zeigte er diesem seine Informiertheit angeblich mit den missbilligenden Worten „Musste es denn unbedingt eine Schwarze sein?“ Auf dem brisanten innerdeutschen Gebiet wurde Adenauer vom BND, wie man heute weiß, meist zuverlässig und in der Regel gut bedient.

Helmut Schmidt dagegen hielt gar nicht viel vom BND und dessen umfangreichen Lageberichten. Er meinte: „Da kann ich ja gleich die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ lesen.“

Helmut Kohl schätzte schon mehr die ihm vom BND gereichten Informationen. Trotzdem wollte er in den Jahren vor 1989 dem BND-Präsidenten Hans-Georg Wieck partout nicht glauben, dass sich gemäß der vom BND ständig analysierten Stimmungslage die DDR-Bevölkerung keineswegs mit der deutschen Teilung abgefunden habe und immer noch auf die Wiedervereinigung hoffe.

Merkel und Schmidt trennen Welten

Bundeskanzlerin Angela Merkel wird dagegen nachgesagt, dass sie sich pünktlich und bienenfleißig alle BND-Berichte zur Gemüte ziehe, insbesondere aber jene zu Fragen des weltweiten Terrorismus und zur werdenden Weltmacht China. Nicht umsonst hat der BND im letzten Jahrzehnt zahlreiche neue Mitarbeiter mit sinologischer Kompetenz gewinnen können. Ebenso hat Angela Merkel als politische Grundweisheit akzeptiert, dass man mit geheimem Wissen niemals prahlen darf. Notfalls muss man sogar seine Informiertheit verbergen, um potenziellen Verwicklungen in geheimdienstliche Skandale, wie im aktuellen Fall der NSA, von Anbeginn vorzubeugen. *J.W.S.*

Läuse im Pelz?

Der BND lässt seine Geschichte von Historikern untersuchen

Seit Januar 2011 lässt der Bundesnachrichtendienst seine Geschichte der Jahre 1945 bis 1968 durch eine Kommission von Universitätshistorikern schreiben, zu denen der renommierte Experte Wolfgang Krieger von der Phillips-Universität Marburg gehört. In der Festschrift zum 65. Geburtstag des Grazer Historikers Siegfried Beer hat Krieger erste Erkenntnisse bekanntgemacht. Als großes Problem erwies sich für die Kommission der Umgang mit den vielen Verschlusssachen, die man nicht im bequemen Studierstübchen, sondern nur vor Ort in speziellen Geheimschutzkabinetten einsehen konnte.

Natürlich gab es im BND, wie zur selben Zeit in fast jeder deutschen Sparkasse, Schule, Behörde und sonstigen offiziellen Einrichtung auch, ehemalige SA-, NSDAP- und SS-Angehörige. Aber nur wenn man die behördeninternen Personal- und Beförderungsrichtlinien kennt, kann man feststellen, ob eine entsprechende NS-Vergangenheit im BND als „Empfehlung“ oder „Belastung“ galt. Zudem gilt es, hier Unterschiede zwischen den hauptamtlichen BND-Mitarbeitern und den von ihnen als bezahlte Informanten oder V-Leute verwendeten Personen zu machen.

Zuallererst war der BND im Kalten Krieg ein politischer und militärischer Nachrichtendienst und rekrutierte sich daher aus

Im Fokus steht der Zeitraum von 1945 bis 1968

ehemaligen „Abwehr“- und „Fremde Heere Ost“-Offizieren. Erst später, als seine Aufgaben auf Spionageabwehr und Kommunismusbekämpfung erweitert wurden, stießen frühere SD- und Gestapobeamte zum BND.

Zudem sollte man nicht vergessen, dass selbst die damals noch im Bundestag sitzenden Kommunisten 1953 dafür stimmten, aus reiner Fürsorgepflicht den ehemaligen Staatsdienern des Dritten Reiches einen bevorzugten Anspruch auf Aufnahme in das Beamtenverhältnis der Bundesrepublik zu gewährleisten.

Außerdem wurde bereits frühzeitig innerhalb des BND erkannt, welche Laus man sich mit manchen stark belasteten Ex-Geheimdienstlern des Dritten Reiches in den Pelz gesetzt hatte. Der Verratsfall Heinz Felfe zeigte deutlich, dass diese für kommunistische Geheimdienste ansprechbar und erpressbar waren.

Deshalb wurden BND-intern bis Mitte der 60er Jahre 71 belastete Mitarbeiter als potenzielles „Sicherheitsrisiko“ entlassen. Es ließ sich bislang in keinem einzigen Fall nachweisen, dass der BND Versuche unternahm, seine durch Verbrechen belasteten Mitarbeiter vor etwaigen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu schützen.

Selbst die in der Presse heftig verurteilte Vernichtung von 17 Personalakten ehemaliger BND-Mitarbeiter im Jahre 2007 fand eine sehr harmlose Aufklärung. Ausgerechnet die Richtlinien zum Datenschutz schrieben die Vernichtung jener Akten zwingend vor. Doch weil im BND viel geschlampt wurde, haben sich ausgerechnet hier viel mehr Personalakten verstorbener Beamter erhalten als in anderen Bundesbehörden. *J.W.S.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3303**

Explosives Weltkriegserbe

Millionen Tonnen Munition und Minen verhindern Ausbau der Offshore-Windparks

Auch fast sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind noch lange nicht alle Überreste der dort versunkenen Blindgänger, Minen und versenkten Munition geborgen und entschärft. Das hat auch Folgen für den Erfolg der Energiewende.

Es ist ein schöner Sommertag mit blauem Himmel und leichtem Wind, die weißen Segel von Jachten sind zu erkennen, einige schnelle Motorboote ziehen ihre Bahn. So sieht Ferienzeit an der Ostsee aus. Doch auf dem roten Feuerlöschboot in der Nähe des Leuchtturms Kiel, am Ausgang der Förde, herrscht alles andere als Ferienstimmung. Das Spezialschiff soll an diesem Tag beim Aufspüren von Grundminen in dem stark befahrenen Seegebiet helfen. Eine nicht ungefährliche Aufgabe. Deshalb sind neben der regulären Besatzung auch vier Männer mit an Bord, die sich mit solchen Gefahren auskennen: Minentaucher der Deutschen Marine. Solche Reste des Krieges zu beseitigen ist zwar Ländersache und Aufgabe von Kampfmittelräumdiensten, die den Polizeibehörden der Länder untergeordnet sind, aber bei schwierigen Einsätzen bitten sie die Spezialisten der Bundeswehr um Amtshilfe. Und das nicht nur in Sichtweite des Leuchtturms Kiel, sondern auch in der Nordsee. So nahm das deutsche Minenjagdboot „Weilheim“ im Februar zehn Tage lang an der Operation „Beneficial Cooperation 13“ teil. Dieses immer wieder durchgeführte Manöver gibt es seit Mitte der 90er Jahre, nachdem Fischer in den Gewässern Belgiens, der Niederlande und Großbritanniens in ihren Fangnetzen immer wieder Munition und Munitionsteile fanden.

Viele Gebiete sind bis heute nicht geräumt

Es handelte sich um Bomben, die während des Zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden und nicht detoniert sind, ebenso wie Torpedos, Minen und Artilleriemunition, die nach Kriegsende einfach in die See gekippt worden sind. Das sind erhebliche Mengen. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe schätzt die Menge auf 1,3 Millionen Tonnen konventioneller und chemischer Munition, die auch mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg noch immer eine tödliche Gefahr darstellt.

Brachte es bislang eine gewisse Sicherheit, die Hauptrouten des Seeverkehrs von Minen zu räumen, so bringen die Windparks auf See nun neue Gefahren. Denn es müssen Fundamente gerammt und Seekabel verlegt werden und es Schiffe sind zur Errichtung der Windparks in Gebieten unterwegs, die bisher von der Schifffahrt unberührt waren.

So mussten für die Errichtung des ersten kommerziellen Windparks „Riffgat“ vor der Nordseeinsel Borkum beispielsweise 2,7 Tonnen Munition gehoben werden, damit überhaupt begonnen werden konnte. Aber damit war das Problem noch nicht aus der Welt. Die Kabelverbindung zum Festland erwies sich als noch schwieriger. Auf den letzten Kabelkilometern liegt besonders viel brisantes Material. Da niemand weiß, wie gefährlich die Munition ist, verzögert sich der Anschluss. Ursprünglich sollte die Netzanbindung bereits im Frühjahr dieses Jahres fertig sein und 120 000 Haushalte mit Strom versorgen. „Uns war zwar bekannt, dass dort Munition liegt, aber die Menge war größer, als wir laut Studien erwarten konnten“, sagte Sprecherin Henrike Lau vom Offshore-Unternehmen Tennet.

Verlegung von Seekabeln dauert so länger

Leidtragende der Verzögerungen sind die Stromkunden. Denn solange kein Anschluss hergestellt ist, kann „Riffgat“ auch keinen Strom liefern. Zwar muss der Netzbetreiber dem Energieversorger EWE für entgangene Stromerträge bis zum Netzanschluss eine Entschädigung zahlen. Einen Großteil der anfallenden Kosten kann das Unternehmen jedoch im Zuge der Anfang dieses Jahres eingeführten Offshore-Umlage auf die Verbraucher umlegen. Genaue Zahlen nennen Tennet und EWE nicht, in der Branche ist jedoch von einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag die Rede.

Mittlerweile sprechen die Unternehmen von Frühjahr 2014, wenn man nach dem Zeitpunkt der ersten Stromlieferungen fragt. So lange benötigen die Anlagen selbst Strom, der aus Dieselgeneratoren stammt. Damit werden die Windräder zumindest hin und wieder angetrieben, damit sie nicht einrosten. *Eigel Wiese*



Der Windpark „Riffgat“: Kann wegen Munitionsfunden nicht ans Netz gehen Bild: action press

MELDUNGEN

»taz« ist schlechter Verlierer

Berlin – Die linke Tageszeitung „taz“ will das Urteil des Landgerichts Berlin im Fall Sarrazin offenbar nicht anerkennen und prüft laut Medienberichten „Rechtsmittel gegen die Gerichtsentscheidung“ einzulegen. Der Autor des Buches „Deutschland schafft sich ab“ und „Europa braucht den Euro nicht“ hatte Klage gegen die „taz“ eingereicht, unter anderem weil deren Mitarbeiter Deniz Yücel in seiner Kolumne vom 6. November 2012 Sarrazin indirekt einen Schlaganfall gewünscht hatte. Das Gericht entschied nun, die „taz“ habe Sarrazins Persönlichkeitsrechte verletzt und müsse ihm 20 000 Euro Entschädigung zahlen. Die Zeitung stellt nun Sarrazin als Spielverderber dar, weil er sich nicht mit Deniz Yücel zum Gespräch getroffen habe, und versucht, das Gericht in ein schlechtes Licht zu rücken, indem sie betont, dass im selben Gebäude während der NS-Zeit das „Erbgesundheitsgericht“ gesessen habe, in dem über die Zwangssterilisierung Behinderter geurteilt wurde. *Bel*

SPD enttäuscht Türken

Berlin – Zwar ist die SPD unter den 700 000 Wahlberechtigten der insgesamt 3,4 Millionen Türkischstämmigen in Deutschland noch immer die beliebteste Partei, doch seit 2009 hat sie an Zustimmung verloren. Waren damals noch 49,2 Prozent der befragten Bundesbürger deutsch-türkischer Herkunft bereit, bei der SPD ihr Kreuz zu machen, so sind es jetzt nur noch 42,9 Prozent. Noch mehr enttäuschten aber offenbar die Grünen. Ihre Zustimmung sank von über 30 Prozent auf 21,6 Prozent und nähert sich somit der CDU an, die von 20,3 Prozent der Befragten gewählt werden würde. Experten meinen, das SPD-Mitglied Sarrazin habe der Partei geschadet. *Bel*

Truppe blutet aus

Bundeswehr: Bewerberzahlen sinken drastisch

Der Bundeswehr geht der Nachwuchs aus, nachdem die Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt wurde. Während im vergangenen Jahr bis einschließlich Juli 6072 freiwillig Wehrdienstleistende ihren Dienst antraten, waren es im Vergleichszeitraum 2013 lediglich 4106. Zudem verpflichtet sich rund die Hälfte für weniger als 15 Monate, so dass sie nach Ende ihrer Ausbildung wieder ausscheiden und nicht für Auslandseinsätze zur Verfügung steht. Die Personalplaner im Bundesverteidigungsministerium waren dagegen davon ausgegangen, dass sich die meisten Bewerber für einen Zeitraum von zwölf bis 23 Monaten verpflichten würden. Gut 30 Prozent der Rekruten machen von ihrem Recht Gebrauch, innerhalb der ersten drei Monate ohne Angabe von Gründen zu kündigen.

Angesichts der deutlich zurückgegangenen Bewerberzahlen, der kurzen Verpflichtungszeiten und der demografischen Entwicklung halten Experten wie Hans Rühle, ehemaliger Planungsstabschef des Verteidigungsministeriums, die vorgegebene Truppenstärke von 170 000 Zeit- und Berufssoldaten sowie 5000 freiwillig Wehrdienstleistenden – ursprünglich waren sogar 15 000 vorgesehen – für unrealistisch. Sie sehen das Freiwilligenkonzept als gescheitert an und fordern dessen Aufgabe.

Auch der Parteivorstand der CDU macht sich mittlerweile Sorgen um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und erwägt, die Wehrpflicht wieder einzuführen. Rechtlich wäre dies problemlos möglich, denn das Wehrrechtsänderungsgesetz von 2011 regelt zwar die Aussetzung der Wehrpflicht, allerdings blieb diese im Grundgesetz verankert. Demzufolge könnte der Bundestag die Wehrpflicht jederzeit wieder einführen. Politisch dürfte dieser Schritt dagegen wesentlich schwieriger durchzusetzen sein. Vor allem aber wäre er ein Offenbarungseid der schwarz-gelben Regierungskoalition, hat diese die Aussetzung der Wehrpflicht doch stets als eines der Kernelemente der sogenannten Transformation der Streitkräfte propagiert. Würde die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, käme das dem Eingeständnis des Scheiterns des gesamten Bundeswehrreformprojekts gleich. *Jan Heitmann*

Wiedereinführung der Wehrpflicht erwogen

Eine ignorierte Minderheit

Keine Partei scheint sich mehr für die 2,6 Millionen Russlanddeutschen zu interessieren

Bei der Bundestagswahl am 22. September gehören etwa sechs Millionen Stimmberechtigte zum Kreis der Immigranten. Das sind etwa zehn Prozent des Wahlvolkes. Aus ihren Reihen kommen jedoch nur vier Prozent der Kandidaten. Wiederum findet sich kein einziger Kandidat aus der größten Immigrantengruppe in Deutschland, dem Kreise der russlanddeutschen Aussiedler. Von den Kandidaten der Bundestagswahl mit Migrationshintergrund gehören 63 zum linken Lager aus SPD, Grünen und Linken, nur 18 gehören zu den Regierungsfraktionen von CDU und FDP. Von den Kandidaten der Linksparteien haben 17 aussichtsreiche Plätze, von denen der Regierungsparteien nur fünf.

Rund 4,5 Millionen Aussiedler sind seit 1950 nach Deutschland gezogen und erhielten auf der Grundlage des Bundesvertriebenengesetzes deutsche Pässe. Die meisten unterscheiden sich nicht mehr von der bundesdeutschen Bevölkerung. Anders ist das mit der großen Gruppe der Russlanddeutschen, deren Integration nicht mehr so unproblematisch ist. Von diesen sind etwa 2,6 Millionen bei der Bundestagswahl wahlberechtigt – so viele wie Brandenburg Einwohner hat. Noch in den 1990er Jahren waren die Einwanderer aus dem Osten ein verlässliches Stimmenreservoir für die Union. Allein zwischen 1987 und 1990 hatte die Regierung Kohl über eine Million Aussiedler aus der Sowjetunion, aus Polen und Rumänien ins Land geholt. Zum Dank machten die Neubürger ihr Kreuz bei CDU und CSU. Doch Mitte der 1990er löste der Aussiedlerstrom aus Osteuropa auch bei vielen Unionspolitikern Unbehagen aus. „Wir können nicht jeden Aussiedler, der mit einem deutschen Schäferhund aus Kasachstan kommt, aus der Rentenkasse bedienen“, äffte Ex-Sozialminister Norbert Blüm (CDU) Oskar Lafontaine, damals noch SPD, nach. So begrenzten auch CDU-Regierungen den Zuzug der Deutschstämmigen durch bürokratische Hürden wie die Einführung von Sprachtests und „Bekenntnisse zum Deutschtum“ auch während der Sowjetzeit.

Keine Partei hat russlanddeutschen Parlamentarier

Der größte Fehler der Union war es jedoch es, versäumt zu haben, eigene russlanddeutsche Politiker aufzubauen. Bis heute hat es kein einziger bekannter Aussiedler der C-Parteien in den Bundestag geschafft. Der Regensburger CSU-Politiker Arthur Bechert aus Sibirien hätte 2009 der erste werden können, allerdings wurde er auf Platz 55 der Landesliste seiner Partei abgeschoben. Verbittert hat er der Politik den Rücken gekehrt. „Die Union hat es versäumt, die Aussiedler zu integrieren“, sagt selbst der CDU-Politiker und Aussiedlerbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Bergner. Die Bereitschaft unter den alteingesessenen CDU/CSU-Abgeordneten, sichere Listenplätz für einen Aussiedler abzugeben, sei gleich Null, räumte Bergner ein. Kein Wunder, dass die ursprünglich starke Bindung der Aussiedler an CDU und CSU schwächer wurde. Früher hätten bis zu 80 Prozent der Russlanddeutschen CDU/CSU gewählt, erklärt Andreas Wüst, Politikwissenschaftler an der Universität Mannheim. Heute sei die Zustimmung auf 40 Prozent gesunken.

Deshalb wird ausgerechnet die größte Zuwanderergruppe, die Aussiedler aus Osteuropa, die immerhin mehr als fünf Prozent der Wahlberechtigten stellt, auch im neuen Bundestag nicht vertreten sein. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU (OMV), die bis 2011 „Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ hieß, wollte diese Tatsache nicht kommentieren. Der Bundesvorsitzende der OMV ist Klaus Brähmig. Der 56-jährige Abgeordnete ist in Sachsen geboren und nicht in den Aussiedlungsgebieten. Zu den Vorgängern Brähmigs als Gruppenvorsitzende gehörten namhafte CDU-Politiker aus Schlesien wie Herbert Czaja, Hartmut Koschyk und Helmut Sauer.

Die übrigen Parteien können und wollen die Lücke nicht füllen, die die Union mit ihrem Vakuum im Aussiedlerwählerreservoir hinterlassen hat, obwohl auch viele SPD-Bundestagskandidaten und Grüne auf ihren Internetseiten immer mehr auch russische Versionen anbieten, oft neben Arabisch und Türkisch. Viele Russlanddeutsche haben allerdings auch aufgrund ihrer Erfahrungen in der Sowjetunion eine grundsätzliche Abneigung gegen alles Sozialistische. Angesichts dieses Vakuums ist es erstaunlich, dass die meisten Aussiedler hauptsächlich ins Nichtwählervolk abwandern und nur zu ganz kleinen Teilen zu den Rechtsradikalen, obwohl gerade einige der einstigen Spitzenfunktionäre der Russlanddeutschen nach ihrem Umzug in die Bundesrepublik dort gelandet waren. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Wahlkampf mit harten Bandagen

Moskau – Ein Skandal im Vorfeld der Bürgermeisterwahl beschäftigte vergangene Woche die Moskauer Öffentlichkeit: Sicherheitskräfte hatten die Wohnung von Unterstützern des Oppositionskandidaten Alexej Nawalnyj gestürmt. Nikolaj Lewitschew, Kandidat der Partei „Gerechtes Russland“, hatte Anzeige erstattet. Er behauptete, in der Wohnung befände sich illegales Agitationsmaterial. Die Polizei verhaftete drei Männer, die sich geweigert hatten, die Tür zu öffnen, weil die Polizisten keinen Durchsuchungsbefehl vorweisen konnten. Wie sich herausstellte, konfiszierten die Sicherheitskräfte lediglich einige völlig harmlose Nawalnyj-Aufkleber. *MRK*

Premier fordert Chips für Autos

Moskau – Premierminister Dmitrij Medwedjew will Chips in Personenkraftwagen einführen, damit Verkehrssünder leichter gefasst werden können. Hintergrund ist, dass Verkehrsrowdys ihr Unwesen treiben. Sie verdecken ihre Nummernschilder oder schrauben sie gleich ganz ab, um der Polizei zu entwischen. Die Entwicklung eines auf Radiofrequenz-Identifikation basierenden Systems – ähnlich dem „Toll Collect“ in Deutschland – würde bei 50,5 Millionen zugelassenen Fahrzeugen in Russland immense Summen verschlingen. Alle Autobesitzer müssten ihre Nummernschilder aufrüsten lassen, wofür sie selbst aufkommen müssten. Die lückenlose Überwachung der Autofahrer wäre von der Abfahrt über jeden Zwischenstopp bis zur Ankunft möglich. Kritiker werfen Medwedjew vor, er beuge sich dem Druck der Herstellerlobby für Chips, Lesegeräte und sonstige für die Verkehrsüberwachung notwendiger Technik; die Firmen witterten schon seit Langem hier ein Zusatzgeschäft. *MRK*

Schnüffelei wird zum Eigentor

US-Wirtschaft drohen nach NSA-Affäre Auftragseinbußen – »E-Mail made in Germany« soll Deutsche schützen

Bisher scheint der NSA-Skandal für die USA nur einen beträchtlichen politischen Flurschaden angerichtet zu haben. Zu einem noch größeren Eigentor könnte sich die Spionageaffäre allerdings wirtschaftlich entwickeln.

Es kommt schon einer Realsatire gleich, was von US-Präsident Barack Obama der Öffentlichkeit in Sachen NSA-Aufklärung geboten wird. Zwar hat er inzwischen eine „unabhängige Gruppe externer Experten“ ins Leben gerufen, die die Aktivitäten der US-Geheimdienste unter die Lupe nehmen soll, zum Chef der Kommission wollte Obama allerdings ausgerechnet James Clapper machen. Als Geheimdienstkoordinator ist Clapper allerdings letztendlich oberster Chef der NSA – eben jener Behörde, die eigentlich „unabhängig“ untersucht werden soll.

Nicht nur dieser offensichtliche Interessenskonflikt hat Obamas Transparenzoffensive in Sachen Geheimdienste ins Lächerliche gezogen, Clappers Vergangenheit legt den Verdacht nahe, dass Obama den sprichwörtlichen Bock zum Gärtner machen wollte. Als es im März bereits schon einmal um den Vorwurf der Überwachung von US-Bürgern durch die NSA ging, hat Clapper nicht davor zurück gescheut, sogar Abgeordnete im US-Kongress anzulügen. Von Senator Ron Wyden gefragt, ob die NSA Daten von Millionen Amerikanern sammle, hatte Obamas Geheimdienstkoordinator zunächst mit „Nein“ geantwortet. Auf Nachfrage wurde dann eine aufschlussreiche Ergänzung nachgeschoben: „Nicht wissentlich, es könnte aber Fälle geben, in denen aus Versehen Daten gesammelt werden.“ Später in der Angelegenheit der Lüge überführt, präsentierte Clapper eine skurrile Erklärung: Er hätte die „am wenigsten wahrheitswidrige“ Antwort gegeben, die er hätte geben können.

Inzwischen hat eine Sprecherin des Weißen Hauses angekündigt, dass Clapper die Expertengruppe nicht leiten und ihr auch nicht angehören werde. Der Rückzieher dürfte zu spät kommen – reichlich ramponiert ist inzwischen nicht nur der Ruf Obamas, auch für die US-Wirtschaft entpuppt sich die globale Schnüffelei immer mehr zum Eigentor. In Brasilien bedroht der NSA-Skandal einen Kampfjetverkauf im Wert von vier Milliarden US-Dollar. „Man kann einen derartigen Auftrag nicht an ein Land vergeben, dem man nicht vertraut“, so ein brasilianischer Regierungsvertreter.

Noch nicht einmal beziffern lässt sich der Schaden, den das Renomee des Wirtschaftsstandortes USA genommen hat. Das Land, das sich bisher als Musterschüler in Sachen Investorenrechte aufgeführt hat, steht nun selbst am Pranger. Branchenriesen wie Microsoft, Google und Facebook haben mit ihrer geheimgehaltenen NSA-Zusammenarbeit Anlegern wichtige Informationen vorenthalten. Die Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten mag zwar in den USA legal gewesen sein, nicht aber auf den Auslandsmärkten. Sollten irgendwo auf der Welt Schadensersatzklagen wegen Datenschutzverletzungen Erfolg haben, kann dies für Aktionäre reale Verluste bedeuten. Gleiches gilt, falls US-Unternehmen infolge des NSA-Skandals künftig verbindlich auf europäische Datenschutzstandards festgenagelt würden. Das führt in eine Zwickmühle: In den USA zur Datenweitergabe an die Geheimdienste verpflichtet, auf dem europäischen Markt, wo Unternehmen wie Facebook oftmals mehr Gewinne erwirtschaften als in den USA, aber zu Datenschutz verdonnert. Im Extremfall könnte für US-Unternehmen der Ausweg dann sogar in einer Verlegung des Unternehmensstandortes weg von den USA bestehen.

> »Patriotismus« der deutschen IT-Branche kommt sehr spät

Deutsche E-Mailanbieter wie die Telekom, GMX und Web.de haben inzwischen längst die Chance erkannt, die sich seit dem NSA-Skandal und dem daraus resultierenden Imageverlust für US-Firmen ergibt. Unter dem Gütesiegel „E-Mail made in Germany“ wurde werbewirksam eine Allianz zum sicheren Versand von E-Mails geschmiedet. Alle Nachrichten, die Kunden zwischen den beteiligten Anbietern verschicken, sollen auf dem kompletten Übertragungsweg verschlüsselt werden, so das Versprechen.

Der Patriotismus der deutschen IT-Branche und die Sicherheitsbedenken der hiesigen Wirtschaft kommen indes reichlich spät. Viel zu lange ist man in Deutschland US-Branchenriesen gegenüber regelrecht hörig gewesen, während man eigenen IT-Mittelständlern das Leben schwer gemacht hat. Dass schon in der Vergangenheit regelmäßig Hinweise aufgetaucht sind, die auf eine Zusammenarbeit von US-Unternehmen mit der NSA schließen lassen, hat dem lange Zeit keinen Abbruch getan. Bereits im Jahr 2000 sind etwa detaillierte Berichte zur Existenz von „Hintertüren“ bei den in Unternehmen wie Behörden und Privathaushalten weit verbreiteten Microsoft-Betriebssystemen aufgetaucht. Folgt man der Fachpresse, kann als sicher gelten, dass die sogenannten „Backdoors“, mit denen sich Zugang zu jedem Rechner verschaffen lässt, bis heute in aktuellen Versionen von US-Betriebssystemen bestehen. Als ähnliches Einfallstor für Wirtschaftsspionage dürfte sich die Auslagerung von Server-Kapazitäten in die USA im Rahmen des Modetrends Cloud-Computing entpuppen. Trotz europäischer Datenschutzgesetze kann die US-Regierung unter Androhung von Strafen von amerikanischen Unternehmen die Herausgabe von Daten verlangen, selbst wenn dies europäische Unternehmen oder Privatpersonen betrifft. Wer, wie einige Schweizer Banken, aus Kostengründen seine Datenverarbeitung dann noch in die USA ausgelagert, braucht sich eigentlich nicht mehr zu wundern, wenn US-Behörden mit ganz konkreten Steuerdaten von Kunden aufwarten.

Norman Hanert



US-Abhörmethoden erregen auch Deutsche: Demonstration gegen NSA in Hannover Bild: pa

Selbstlähmung

Indiens Führung verhindert Wachstum

Eine steigende Inflation und eine deutlich schrumpfende Wachstumsrate machen Indiens Ökonomen und Politikern zu schaffen. Einst wie China als Star unter den aufsteigenden Nationen gefeiert, scheint der Traum von der Weltwirtschaftsmacht vorerst ausgeträumt.

Westliche Führer reisten – darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel 2011 – in der Vergangenheit auf den Halbkontinent mit seinen 1,2 Milliarden Einwohnern und lobten ihn als unaufhaltsam aufstrebende neue Supermacht. Die Industrieproduktion stagniert seit zwei Jahren. Arbeitsplätze werden abgebaut und Anleger aus dem Ausland ziehen Gelder ab. Die Teuerungsrate hat sich bei Verbrauchsgütern auf über zehn Prozent gesteigert, das Leistungsbilanzdefizit lag zuletzt bei etwa fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das wiederum ließ die Rupie gegenüber dem Dollar auf den tiefsten Stand aller Zeiten sinken. Handelsminister Anand Sharma räumte jetzt ein, dass Indien gegenüber 80 Staaten eine negative Handelsbilanz aufweise. Das Volumen der Handelsgeschäfte mit Deutschland liegt bei etwa 15 Milliarden Euro und sollte nach dem Willen beider Regierungen auf 20 Milliarden gesteigert werden.

Schuld für den Niedergang ist nach Ansicht internationaler Wirtschaftsexperten eine kolossale Bürokratie, die Investoren abschrecke. Dazu trug auch die Ankündigung neuer Steuern bei. Korruptions-skandale der jüngsten Zeit haben satten Anteil am Abschwung. Auch die sogenannte „Coalgate“-Affäre trug zur negativen Entwicklung bei. Die Vergabe von Lizenzen zum Abbau großer Kohlefelder erfolgte ohne öffentliche Ausschreibungen und derart ineffizient, dass dem Staat über 25 Milliarden Euro Einnahmen entgingen. Noch immer importiert Indien gegen teure Devisen Kohle, obwohl es selbst über die weltgrößten Vorkommen verfügt – auch ein Grund für Probleme bei der Stromversorgung. Tägliche Ausfälle sind die Regel geworden. Schon vor Jahren warnte Raghuram Rajan (s. S. 24), Starökonom des Landes, das Wachstum könne nicht als gegeben hingenommen werden, die allgemeine Selbsttäuschung sei ein erster Schritt in die Katastrophe. Er wurde verlacht, jetzt aber zum Chef der Indischen Zentralbank gewählt. *J.F.*

> Überall Korruption und zu viel Bürokratie

»Schattenboxen mit der Vergangenheit«

USA: Der Prozess um den Mafia-Boss James Bulger bot auch Einblicke in FBI-Machenschaften

Jede Stadt hat ihren Charakter und damit ihren Ruf. Und was kommt einem in den Sinn, wenn man an Boston denkt? Eine Stadt der Intellektuellen mit ihren Universitäten wie Harvard, wo Präsident Barack Obama, seine Ehefrau Michelle und auch sonst die Elite der US-amerikanischen Intelligenz studiert hat. Die besten Hospitäler, schöne Parks und verführerische Restaurants und Cafés, in denen Künstler und Intellektuelle diskutieren und Geschäftsleute wichtige Verträge abschließen. Boston ist vom Feinsten, was Amerika zu bieten hat, und eine brutale kriminelle Tat wie kürzlich die Bombe am Zieleinlauf des berühmten Boston-Marathons scheint in diese geordnete Welt überhaupt nicht zu passen.

Doch das war nicht immer so, wie der nichtsahnende Bewunderer dieser kosmopolitischen US-Stadt nun erfahren musste. Ein aufsehenerregender Prozess rief in diesen Tagen eine ganz andere Zeit in Erinnerung. Vor Gericht steht James L. „Whitey“ Bulger, 83 Jahre. Der silberhaarige Herr mit der Aura eines sympathischen Professors (sein Bruder Bill war Präsident des Senats und der Universität von Massachusetts) galt in den 70er Jahren als einer der gefährlichsten und meistgesuchten amerikanischen Mafia-Bosse. Er betrieb seine Geschäfte, vor allem Drogenhandel, im großen Stil von seinem Haus in Bostons damals berüchtigtem Südteil, „Southie“ genannt. Morde, Erpressungen, Überfälle – alles, was der Mafia lieb und teuer ist, war an der Tagesordnung in einem Netzwerk von zumeist irisch-katholischen Kriminellen, bestochenen Politikern und korrupten FBI-Agenten, das die Bürger in Angst und Schrecken versetzte. Mit Ausnahme von einer kurzen Zeit im berüchtigten Gefängnis Alcatraz, war Bulger auf freiem Fuß, und Gerüchte schwirrten, dass er ein Geheim-Informant des FBI gewesen sei (was er entschieden bestreitet), geführt von einem FBI-Agenten namens John Conolly, einem alten Kumpel aus „Southie“, der ihm entscheidende Tipps gab für seine Geschäfte und ihn 1994 vor einer Verhaftung warnte, worauf Bulger für 16 Jahre untertauchte. Erst im letzten Jahr wurde er in Los Angeles, wo er jahrelang mit seiner Freundin behaglich in Strandnähe wohnte, entdeckt und verhaftet.

Eine lange Schlange bildete sich jeden Morgen vor dem Gerichtsgebäude, um die Ankunft von „Whitey“ zu erleben, der wie ein Rockstar mit einem Polizeiauto-Konvoi zu seinem Prozess gebracht wurde. Und dort traten, einer nach dem anderen, die farbigen Vertreter der einstigen Bostoner Unterwelt als Zeugen auf. Alle offiziell auf freiem Fuß, da sie als Zeugen gebraucht wurden: Steve „The Rifleman“ Flemmi, der Opfern die Zähne entfernte, damit man sie nicht identifizieren konnte. John „The Enforcer“ Matorano, der sich brüstet, 20 Leute umgebracht zu haben und nur zwölf Jahre hinter Gittern verbrachte. Kevin Weeks (fünf Jahre im Knast), einst Bulgers Schützling, der behauptet, ihm geholfen zu haben, diverse Leute umzubringen. Wie Patrick Nee, der angeblich mit Bulger fünf Leute ins Jenseits beförderte und der demnächst als Star in einer TV-Sendung des Discovery-Kanals über Bostons einstige Buchmacher zu sehen sein wird.

James Bulger bei seiner ersten Verhaftung 1953

„Whitey“ Bulger selber nahm den ganzen Trubel und den Verrat seiner einstigen Genossen gelassen und sah offenbar seinem zu erwartenden Ende hinter Gittern mit Ruhe entgegen. Doch Bürger und Presse von Boston fühlen sich wie im Kino, weil das Szenario von damals mit ihrer kosmopolitischen Stadt von heute gar nichts mehr zu tun hat. Selbst der „Southie“ ist eine schicker Stadtteil geworden mit gepflegten Straßen, eleganten Geschäften, teuren Restaurants und hohen Grundstückspreisen. Bulgers altes Haus, wo seine Opfer litten, beherbergt heute eine Sushi Bar. Manche finden deshalb, der große Prozess sei vergeudetes Geld. „Es dient seinem Ego“, meint Kevin Cullen, Kolumnist des „Boston Globe“, der ein Buch über Bulger geschrieben hat. „Aber es ist auch ein Schattenboxen mit der Vergangenheit ... mit dem Ausmaß an offizieller Korruption, für das viele Familien der Opfer noch heute nach einer Antwort suchen und das wir klären müssen.“

Dick Lehr, Professor an der Boston Universität und Co-Autor des Buches „Whitey. Das Leben von Amerikas berüchtigstem Mob-Boss“, sieht den Prozess ebenfalls als ein Stück Zeitgeschichte. „Ich finde das Verfahren keineswegs irrelevant. Er ist vor allem auch eine Erinnerung daran, wie zutiefst defekt und gesetzlos das FBI damals in Boston war. Und ich meine, das sollte man nicht vergessen.“

Liselotte Millauer

Blendwerk »guter« Zahlen

Euro-Zone soll angeblich Rezession überstanden haben – Wahlkampfhilfe für Bundesregierung

Leichtes Wachstum in Deutschland und Frankreich lässt die Euro-Zone statistisch besser aussehen. Doch dieses Wachstum ist mit Skepsis zu betrachten.



Merkel ermahnt griechischen Ministerpräsidenten Antonis Samaras: Da Griechenland einen „positiven Primärhaushalt“ aufweist, scheint es, als würde Athen tun, was verlangt wird, doch in Wahrheit bedeutet das, dass das Land Pleite ist Bild: action press

Geradezu euphorisch feierten die Medien das „Ende der Rezession in der Euro-Zone“. Endlich, die Rettungspolitik wirke, jubelte das „Handelsblatt“. Was war geschehen? Nach sechs Quartalen, in denen die Wirtschaft der 17 Euro-Staaten fortwährend geschrumpft war, haben die Statistiker für das zweite Vierteljahr 2013 wieder ein hauchdünnes Wachstum von 0,3 Prozent errechnet.

Schon bald nach den Jubelnachrichten mischten sich indes gemischte Gefühle in die Feierstimmung. Näher betrachtet erweist sich nämlich, auf welch brüchigem Fundament die scheinbare Erfolgsmeldung ruht. Das gilt auch für weitere, dieser Tage verbreitete Triumphnachrichten von der Euro-Wirtschaftsfront.

Mit Italien, Spanien, Griechenland, Zypern und sogar den Niederlanden verharren etliche Euro-Länder in der Rezession. Damit vergrößert sich die Kluft zu den stärkeren Euro-Staaten weiter. Diese Kluft ist das eigentliche, das grundlegende Problem des Euro an sich. Je weiter sie wächst, desto unhaltbarer wird die Einheitswährung, desto gigantischer werden die Kosten, die durch ein Festhalten am Euro entstehen. Und desto höher, das ist die Krux, fallen vermutlich auch die Kosten einer Auflösung der Einheitszone aus.

Hinzu kommt, dass kritische Beobachter mit statistischen Zahlen vorsichtiger umgehen, nachdem sie während der Euro-Krise erfahren mussten, wie sehr „offizielle“ Statistiken in die Irre führen können. Wie mit statistischen Daten getäuscht wird, zeigt abermals das Beispiel Griechenlands. Athen habe im ersten Halbjahr 2013 erstmals seit langer Zeit wieder einen „Überschuss im Primärhaushalt“ ausgewiesen, wird verkündet.

„Primärhaushalt“, das ist der Haushalt ohne Berücksichtigung der Zinskosten für aufgelaufene Schulden. Wer für seinen Hauskredit mehr Geld aufbringen muss, als er netto überhaupt zur Verfügung hat, der ist eigentlich bankrott. Bei seinem „Primärhaushalt“ würden die Kosten für die Hypothekenschuld aber gar nicht berücksichtigt, also stünde er so gesehen gesund da. Aber eben nur in der Statistik, die allein den „Primärhaushalt“ erkennt, nicht aber alle montalichen Zahlungsverpflichtungen.

Doch selbst dieser „statistische“ Überschuss ist im Falle Griechenlands kaum glaubwürdig, denn die Art und Weise, wie Athen zu seinem Überschuss im Primärhaushalt von 2,6 Milliarden Euro kam, ist wiederum sehr „griechisch“: Die Regierung hat einfach viele ihrer Rechungen nicht bezahlt. Schätzungen gehen davon aus, dass Gläubiger auf bis zu 20 Milliarden Euro warten, die Athen längst hätte bezahlen müssen. Auf diese Weise kommt man natürlich leicht auf wunderbare Haushaltsdaten.

Der Zweck dieser Manipulation, die von den deutschen Medien meist kritiklos geschluckt wurde, könnte im Ziel eines neuerlichen Schuldenschnitts liegen. Langfristig ergibt ein Erlass gigantischer Schuldsummen (vor allem auf Kosten deutscher Steuerzahler) nur einen Sinn, wenn Griechenland wieder auf eigenen Beinen stehen könnte, wenn es nur von den Zinslasten befreit wäre. Sonst

Athen bezahlt seine Rechnungen einfach nicht mehr

würde der nächste Schuldenschnitt wie der erste schon nach wenigen Jahren einen weiteren Aderlass nach sich ziehen. Mit der Mär vom „Überschuss im Primärhaushalt“ wird also bloß eine weitere Finte falscher Zahlen gelegt, um die Zahler abermals hinters Licht zu führen.

Doch selbst die verhalten positiven Daten aus Deutschland und Frankreich (plus 0,7 und plus 0,5 Prozent) verlieren bei genauerer Betrachtung erheblich an Glanz. Das Wachstum, heißt es, rühre vor allem aus dem privaten und dem öffentlichen Konsum. Letzteres bedeutet, dass die öffentliche Hand in beiden Ländern wieder mehr Geld ausgegeben hat. Dabei nehmen Berlin wie Paris 2013 erneut zusätzliche Schulden auf, der gestiegene „öffentliche Konsum“ ist also auf Pump finanziert – das inmitten einer grassierenden Schuldenkrise vor allem in Frankreich. Aber auch der private „Konsum“ zeugt nicht immer vom Optimismus der Bürger. Hierzu zählen nämlich auch Investitionen in Immobilieneigentum wie in Gold, Silber oder andere Sachwerte. Hier wird also nicht zusätzlich „konsumiert“, hier wird Geldvermögen in Sachvermögen überführt. Und dies, gerade weil die Menschen der Entwicklung in der Euro-Zone zutiefst misstrauen, wie jüngste Umfragen belegen. Zudem zogen im Falle Deutschlands Baumaßnahmen die Wachstumzahlen des zweiten Vierteljahres nach oben, die wegen des Frostes im ersten Quartal nur verschoben worden waren.

Neben der Zweifelhaftigkeit der kurzfristigen Erfolgsmeldungen sorgen sich Experten zudem auch um die längerfristigen Auswirkungen der Euro-Politik auf die deutsche Wirtschaft. Die (wegen der bankrotten Südstaaten) künstlich niedrig gehaltenen Zinsen vernichteten nicht nur deutsches Sparvermögen. Sie verleiteten auch zu waghalsigen Investitionen und zu übertriebenen Schuldenaufnahme. Beides könne zur Blasenbildung auch in Deutschland führen. Blasen, wie sie die Euro-Südländer ins Verderben gestürzt haben.

Doch egal, wie fadenscheinig die jüngsten Erfolgzahlen aus der Euro-Zone und Deutschland auch sein mögen: Für die Bundesregierung kommen sie gerade rechtzeitig. Wenige Wochen vor der Bundestagswahl werden sie der Koalition dabei nützen, den Erfolg ihrer Politik in Deutschland und der Euro-Zone in Szene zu setzen.

Hans Heckel

KURZ NOTIERT

KfW rechnet sich schlecht: Nachdem der hohe Gewinn der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Höhe von 2,4 Milliarden Euro 2012 die Begehrlichkeiten der Politik geweckt hat, ist die Förderbank laut Experten bemüht, sich unattraktiv zu machen. Nur so könne man den Gewinneinbruch auf 498 Millionen Euro im ersten Halbjahr erklären. Da die KfW in diesem Jahr bereits 311 Millionen Euro in den Energie- und Klimafonds der Bundesregierung zahlen muss, um so die vom schlecht laufenden Handel mit Klimazertifikaten gerissene Finanzierungslücke zu schließen, will sie weitere Gewinnabgaben an den Staat offenbar vermeiden. Nur so lasse sich laut Finanzanalysten die extreme Risikovorsorge erklären. Die Bank selbst betont, sie tue dies unter anderem, um für die vom Ausfall bedrohten Schiffskredite Rücklagen zu schaffen. Auch neue Bilanzierungseffekte, die rein rechnerisch einen massiven Wertverfall der Derivate im eigenen Bestand verursacht haben, dienten nur der Risikovorsorge. *Bel*

Britische Regierung verursacht Immobilienblase: Um die Konjunktur zu beleben, hat die britische Regierung ein Programm aufgelegt, das es auch Kleinstverdienern ermöglicht, ein Eigenheim zu erwerben. Seit vier Monaten genügt es, wenn Hauskäufer fünf Prozent Eigenkapital mitbringen, die anderen 75 Prozent kommen von der Bank, 20 Prozent als Darlehen vom Staat. Die erhöhte Nachfrage soll die Bauwirtschaft beleben. Doch bisher steigen nur die Preise für die vorhandenen Immobilien rasant. In London waren es innerhalb eines Jahres 20 Prozent. Die niedrigen Zinsen befeuern die Nachfrage zusätzlich. Zwar könnte die Zentralbank mit Zinserhöhungen eine Immobilienblase verhindern, doch dann würde sie die Konjunkturerholung gefährden, was sie nicht will. *Bel*

Bundesbank warnt Japans Zentralbank: Die vom japanischen Premier Shinzo Abe verordnete ultralockere Geldpolitik verursache laut Bundesbank nur eine kurze konjunkturelle Erholung. 2015 dürfte diese schon wieder vorbei sein. *Bel*

Erfreulicher Rückenwind

Suchoj »Super Jet 100« nach Rückschlägen wieder auf Kurs

Der „Super Jet 100“ aus dem Hause Suchoj ist eine der wenigen Erfolgsgeschichten der zivilen Luftfahrtindustrie Russlands. Nach mehreren Rückschlägen in den vergangenen Jahren nimmt das Produktionsprogramm nun wieder Fahrt auf.

Am 2. August rollte die zweite Maschine für die mexikanische Fluggesellschaft Interjet aus dem Ausrüstungshangar von Super Jet International bei Venedig. Die erste „SSJ 100“ war bereits am 21. Juli anlässlich der Luftfahrtschau in Paris/Le Bourget ausgeliefert worden. Interjet hat 20 „Super Jets“ bestellt. Weitere Nutzer des Flugzeugs sind die russische Fluglinie Yakutia Airlines, Aeroflot und die asiatische Fluggesellschaft Lao Central.

Der „SSJ“ ist wie viele moderne Luftfahrtprogramme ein multinationales Vorhaben mit Partnern in der ganzen Welt. Design und Produktion liegen in russischen Händen, aber ein Teil der Finanzierung ist europäisch – an ihr sind der französische Triebwerkshersteller SNECMA und der italienische Luftfahrtkonzern Alenia Aermacchi beteiligt. SNECMA entwickelte zusammen mit dem russischen Hersteller NPO-Saturn das Triebwerk. Boeing unterstützt die Vermarktung. Komponenten wie das Feuerlöschsystem, die Kabine, die Stromversorgung und die Hydraulik sind US-amerikanische Produkte. Liebherr Aerospace aus Deutschland liefert die elektronische Flugsteuerung und die Umweltregelung für die Kabine.

Bereits mehrere Käufer für den zum Teil russischen Jet

Einen herben Rückschlag musste Suchoj hinnehmen, als am 9. Mai 2012 ein „Super Jet“ nahe Bogor in Indonesien verunglückte. Alle 45 Insassen kamen ums Leben. Der Flug war als Demonstration des neuen Flugzeugs für Kunden und Journalisten geplant gewesen. Die Untersuchung ergab, dass die Piloten das launische Wetter um den Vulkan Salak unterschätzt und die Warnungen des Geländewarnsystems ignoriert hatten. Das Flugzeug war daraufhin bei schlechter Sicht gegen die fast senkrechte Felsflanke des Vulkans geprallt.

Die Entwicklung des „Super Jet“ geht auf Marktstudien von Suchoj aus den 90er Jahren zurück. Damals erkannten Planer des eigentlich auf Kampfflugzeuge spezialisierten Flugzeugentwicklers einen Bedarf für Passagierjets mit einer Kapazität von 50 bis 100 Fluggästen. Für die Vermarktung gründeten dann im September 2007 Suchoj und Alenia das in Venedig ansässige Gemeinschaftsunternehmen Super Jet International, an dem das italienische Luftfahrtunternehmen Alenia zu 51 Prozent beteiligt ist. Ein Jahr später flog der erste Prototyp. Die Produktion begann 2010, aber das Projekt leidet an technischen Schwierigkeiten, Lieferverzögerungen und finanziellen Engpässen, wie sie auch für europäische oder US-amerikanische Programme typisch sind. So hatte im März 2012 ein Teil der Aeroflot-Maschinen wegen technischer Probleme Startverbot.

In seinem Marksegment konkurriert der „SSJ“ mit den brasilianischen Embraer „E-Jets“ und der CS-Serie von Bombardier. Ob das Flugzeug auf dem internationalen Markt bestehen kann, muss sich noch zeigen. *Friedrich List*

In der Zange

Machtwechsel in Ägypten verschlechtert Situation im Gaza-Streifen

Bereits sechs Wochen nach dem Militärputsch, der zur Absetzung des Präsidenten Mohammed Mursi führte, sind die wirtschaftlichen Folgen im Gaza-Streifen deutlich zu spüren. Die ägyptische Armee hat bereits etwa 800 der rund 1000 Tunnel, die zum Schmuggel und zur Versorgung der Gaza-Bevölkerung dienten, zerstört oder unter Wasser gesetzt. Die regierende radikalislamische Hamas, die bisher eng mit der ägyptischen Muslimbruderschaft kooperierte, sieht sich nun dramatischen Versorgungsengpässen gegenüber.

Der geschmuggelte Dieselkraftstoff war etwa 50 Prozent billiger als der offiziell aus Israel eingeführte. Mit Diesel fahren nicht nur die meisten Autos in Gaza, sondern wird auch das größte Kraftwerk für die Stromversorgung befeuert. Nun ist nicht nur der Autoverkehr, sondern auch die Stromversorgung stark beeinträchtigt, was in der warmen Jahreszeit vor allen Dingen die Klima- und Kühlanlagen betrifft.

Bisher wurden durch die Tunnelanlagen Güter aller Art gebracht. Im größten Bauwerk dieser Art, das 30 Meter tief unter die Erde reicht, konnten mittels Hebebühne sogar Autos vom kleinen Renault bis zur Mercedes S-Klasse transportiert werden. Gebühren von 500 bis 1000 US-Dollar wurden dafür je Transport erhoben. Nun versiegen diese Einnahmen ebenso wie der Nachschub an Waren, was die etwa 1,8 Millionen Menschen im Gaza-Streifen aufbringt.

Lukrativer Schmuggel wurde unterbunden

Der Internetseite „Al-Monitor“ zufolge bezog Gaza 65 Prozent seines Mehls und 100 Prozent der Einfuhr von Stahl und Baustoffen über Ägypten oder aber über Einfuhren aus Israel, die in großen Teilen von der Europäischen Union bezahlt werden. Das enorme Wirtschaftswachstum des Gaza-Streifens, das im Jahr 2011 immerhin 27 Prozent gegenüber dem Vorjahr betrug, beruhte weitgehend auf den Hilfsgeldern der internationalen Geldgeber, die in die Bauwirtschaft flossen. Allein 16 000 Lkw-Ladungen Baumaterial wurden in den letzten Jahren aus Israel importiert. Der israelische Staat allerdings sah diese Lieferungen stets kritisch, da vermutet wurde, dass die Materialien auch zum Bunkerbau und zur Errichtung unterirdischer Abschussrampen für Raketen benutzt werden. Wie zur Bestätigung dieses Verdachts flogen kürzlich, pünktlich zu Beginn der neuen Nahost-Friedensgespräche, wieder Raketen aus Gaza auf israelisches Territorium. Die israelische Luftwaffe beantwortete die Attacken mit Gegenschlägen; fast gleichzeitig drangen auch ägyptische Kampfhubschrauber tief in Gazas Luftraum vor, um islamistische Terroristen zu jagen, die sich nicht mit der Entmachtung des Ex-Präsidenten Mursi abfinden wollten.

Wie die Hamas-Regierung die Versorgungslage verbessern will, ist derzeit nicht absehbar, da sie sich in der Zange zwischen den ägyptischen Militärs und dem verhassten jüdischen Staat befindet. Auch mit der Assad-Regierung in Syrien oder der Hisbollah im Libanon hat man ebenso wie mit dem Iran gebrochen. So bleibt als Partner wahrscheinlich nur noch die EU mit noch höheren Unterstützungsgeldern. *Hinrich E. Bues*

Zu den Waffen?

Von Hans Heckel

Mit Naserümpfen begleiten deutsche Kommentatoren den Widerstand von Millionen US-Amerikanern gegen ein strengeres Waffengesetz. Das Bild einer schießwütigen Nation entsteht und wird von linken Medien eifrig herumgereicht.

Könnte es sein, dass wir unsere Arroganz bald bereuen und bei den gescholtenen Amis Abbitte leisten müssen? Wenn Polizeipräsidenten fordern, dass ihre Kollegen bei häuslicher Gewalt wegen Personalmangels nicht mehr eingreifen sollen, wenn in Brandenburg das flache Land zunehmend vom dringend benötigten Polizeischutz gegen osteuropäische Räuberbanden entblößt wird, kann das langfristig nur eines bedeuten: Die Bürger müssen ihren Schutz und den ihrer bedrängten Nachbarn selbst in die Hand nehmen.

Nur sehr wohlhabenden Menschen ist es möglich, diesen Schutz in die professionellen Hände einer Wachschutzfirma zu geben. Die übrigen müssen sich und ihren Nächsten selbst helfen. Und dafür werden sie irgendwann nach dem Recht rufen, sich angemessen bewaffnen zu dürfen. Ob die Politiker, die sich so fahrlässig aus der Sorge für die Sicherheit der Bürger zurückziehen, das bedacht haben?

Unnütze Blockade

Von Rebecca Bellano

Es ist schon ärgerlich, für wie blöd manche Politiker das Wahlvolk halten. Da schiebt SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück den Energiekonzernen die Schuld für die steigenden Strompreise zu, obwohl doch inzwischen bekannt ist, dass gut 50 Prozent des Preises aus vom Staat verlangten Steuern und Abgaben bestehen. Nicht, dass die großen Energiekonzerne Unschuldslämmer wären, sie wissen durchaus, wie man Geld verdient, doch da das durch die Energiewende schwieriger geworden ist, suchen sie genau wie die ebenso oft gescholtenen Banken nach einem tragbaren Geschäftsmodell für die Zukunft. Diese Suche geht derzeit mit massiven Stellenstreichungen einher. Soweit also zum Thema, die Energiewende schaffe Arbeitsplätze, derzeit sieht es eher so aus, als würde sie welche vernichten, zumal ja zugleich Hersteller von Photovoltaikanlagen massiv Personal entlassen.

All das ist vor allem Schuld der Politik. Da sie mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein Konstrukt geschaffen hat, das die Förderung erneuerbarer Energien von Angebot und Nachfrage abkoppelt, gibt es nun ungesunde Verschiebungen. Allerdings fühlen sich immer mehr Politiker inzwischen an Goethes Zauberlehrling erinnert. „Die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los“, ist ein Ausruf, der auch aufs EEG passt. Die Erkenntnis, dass das EEG dringend reformiert werden muss, weil es die Stromkosten extrem in die Höhe treibt, ist zwar inzwischen weit verbreitet, nur über die Frage, wie die Reform aussehen soll, sind sich Schwarz-Rot-Gelb-Grün uneinig, schließlich hat jeder eine Klientel zu bedienen und seine Ideologien zu pflegen.

Freiheit des Andersdenkenden

Von Konrad Löw

Ist ein Rundfunkjournalist schutzlos, wenn er von einer etablierten überregionalen Tageszeitung in einem halbseitigen Artikel als „Grenzgänger“ zum „Rechtsextremismus“ ausgemacht wird, weil während seiner Vortragsveranstaltung bei der alten Prager Burschenschaft Thessalia zu Bayreuth unter seinen Zuhörern jemand sein könnte, der unerwünschtes Gedankengut hat? Insbesondere wenn die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) dabei offen die Frage stellt, ob „so jemand“, nämlich der beim „Deutschlandfunk“ tätige Journalist Bernd K., für diesen Sender noch tragbar sei und nicht vielmehr gekündigt werden müsse?

Beim Vorwurf, eine „rechte Meinungstendenz“ zum Ausdruck zu bringen, hört die berühmte „Zivilcourage“ auf und es springt keiner für die Freiheit des Andersdenkenden ein. Auch von einer CSU hat der Journalist Bernd K. keinen Schutz zu erwarten, obwohl er sich dieser Partei nahe sieht; denn ihr Verfassungsschutz gab erst die Stichworte für den Kampf gegen Meinungspluralismus und Meinungsfreiheit. Die bayerischen Verfassungsschützer sehen nämlich in einer gut zehn Mitglieder umfassenden Activitas der Burschenschaft Danubia eine Bedrohung für die „Verfassungsordnung“, weil dort Meinungen vertreten würden, von denen man annimmt, dass sie die CSU selbst vertritt, nämlich „Liebe zum Nationalstaat“. Der von der „SZ“ attackierte Bernd K. ist nämlich Mitglied der Danubia, zwar nicht bei der besagten Activitas, aber – wie zahlreiche CSU-Mitglieder – als „alter Herr“ tätig. Diese burschenschaftliche Mitgliedschaft begründet dann den Vorwurf der „Grenzgängerschaft“.

> Rundfunkjournalist wird attackiert, da er zu rechts sein soll

Immerhin sind wir im Zeitalter des Internets. Dieses verschafft dann doch die Chance, dass ein Beitrag, welcher der antipluralistischen Haltung etwa der „SZ“ entgegentritt, Verbreitung findet und den ansonsten der Schweigespirale Unterworfenen damit zu Bewusstsein bringt, dass sie der freiheitsfeindlichen Haltung der Linksjournaille nicht schutzlos ausgeliefert sind. Dieses aufgrund des Internets mögliche Gegengewicht trägt dann wesentlich zur Wahrung der Meinungsfreiheit bei. Im konkreten Fall hat sich die vom Bonner Professor Hans-Helmuth Knütter betriebene Internetseite www.links-enttarnt.net des Falles angenommen, genauer des Artikels des „SZ“-Sportjournalisten Sebastian Krass.

Die „SZ“ trete, heißt es auf der Internetseite, für Gesinnungskontrolle und gegen den vollen politischen Pluralismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem ein. Sie fände die dabei dargestellten Diskriminierungsmaßnahmen des Deutschlandfunks gegen ihren Redakteur nicht empörend, sondern bedauere, dass mangels rechtzeitiger Gesinnungskontrolle bei der Einstellung nunmehr ein „komplizierter“ Fall vorliege; denn schließlich müsse ja doch das „hohe Gut der Meinungsfreiheit“ mit der „Extremismusbekämpfung“ abgewogen werden. Da man unter Letzterem jedoch die Bekämpfung von unerwünschten Auffassungen verstünde, bleibe bei dieser Art von „Bekämpfung“ von der Meinungsfreiheit nicht mehr allzu viel übrig, zumindest im Falle von „rechts“. Und dies, obwohl das Grundgesetz garantiere, dass man eine rechte politische Auffassung haben könne.

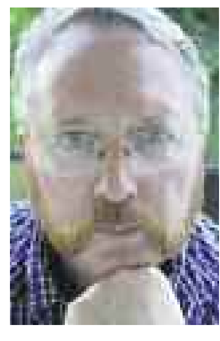
Außerdem wende sich die vom „SZ“-Redakteur begrüßte „Extremismusbekämpfung“ nicht „gegen links“, was noch deutlicher mache, dass es gegen die Meinungsfreiheit gehe, nämlich um die Ausschaltung einer rechten politischen Richtung.



Burschenschaften sind für viele Medien ein rotes Tuch: Wird die Mitgliedschaft jetzt schon zu einem Kündigungsgrund? Die „Süddeutsche Zeitung“ jedenfalls spielt mit diesem Gedanken.

Bild: pa

Gastbeitrag



Feige und ohne Ehre – die Täter im Fall Jonny K.

Von Michael Leh

Die Polizisten vor dem Gerichtssaal in Moabit tragen an diesem Tag schuss- und stichsichere Westen. Um 12 Uhr soll das Urteil im Fall Jonny K. verkündet werden. Der 20-jährige Thai-Deutsche starb nach Faustiehieben und Fußtritten von sechs türkischstämmigen Angeklagten im 14. Oktober 2012 auf dem Berliner Alexanderplatz. Dass die Polizei jetzt anlässlich der Urteilsverkündung sogar im Inneren des Gerichts Schutzwesten anlegt, sagt viel darüber aus, wie sie die zu erwartende türkische Klientel einschätzt. Vor diese Saaltür gelangt man dabei nur, wenn man bereits die Sicherheitsschleuse am Eingang des Gebäudes passiert hat.

Als der Vorsitzende Richter Helmut Schweckendiek das Urteil verkündet, ist der Saal vollbesetzt. Der 20-jährige Ex-Amateurboxer Onur U. erhält wegen Körperverletzung mit Todesfolge und Beteiligung an einer Schlägerei (Paragraf 231 Strafgesetzbuch) eine Jugendstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Sein Verteidiger Axel Weimann kündigt kurz darauf an, Revision einzulegen. Bilal K. (25), Melih Y. (21) und Hüseyin I. (21) erhalten wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Beteiligung an einer Schlägerei Freiheitsstrafen von zwei Jahren und acht Monaten. Osman A. (20) und Mehmet E. (20) werden wegen derselben Delikte zu Jugendstrafen von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt.

> »Dummheit, Arroganz, Unverschämtheit und Aggressivität«

Damit bleibt das Gericht nicht viel unter den Forderungen des Staatsanwalts Michael von Hagen. Ihn hatte nach seinem Plädoyer drei Tage zuvor noch der Verteidiger von Bilal K., Friedhelm Enners, auf dem Gerichtsflur vor Medienvertretern als „durchgeknallt“ bezeichnet. Wenn Angeklagte sich nach den Vorträgen der tatsächlich durchgeknallten Sozialarbeiterinnen von der Jugendgerichtshilfe, die für alle Bewährung oder nicht einmal Jugendstrafen vorgeschlagen hatten, Illusionen hingaben, so hat sie jetzt die Realität eingeholt.

Onur U., der Gerhardt C. schwer zusammenschlug, den afrodeutschen Freund des Jonny K. und Lebensgefährten von dessen Schwester Tina K., hatte stets bestritten, Jonny K. etwas angetan zu haben. Jetzt irren seine Blicke umher, mal grinst er, mal stiert er vor sich auf die Bank. Die übrigen Verurteilten verharren reglos. Bis das Urteil rechtskräftig wird, werden mit Ausnahme von Onur U. alle noch einmal auf freien Fuß gesetzt. Onur U. bleibt in Haft, weil das Gericht bei ihm angesichts der Strafhöhe die Gefahr sieht, dass er sich noch einmal in die Türkei absetzt. Der Bursche hat wohl weiterhin einen deutschen und einen türkischen Pass, und die Türkei liefert ihre Staatsangehörigen nicht aus. Bilal K., der ebenfalls nach der Tat in die Türkei geflüchtet war, muss sich zweimal wöchentlich bei der Polizei melden. Sein Anwalt und der von Melih Y. haben inzwischen auch Revision eingelegt. Melih Y. hatte übrigens bereits 2007 mit zwei anderen Türken einen Raubüberfall mit einem Messer auf zwei deutsche Mädchen im Volkspark Humboldthain in Berlin-Gesundbrunnen begangen. Der Staatsanwalt hatte für ihn drei Jahre Haft gefordert – dann hätte Y., sofern er nur die türkische Staatsbürgerschaft besitzt, grundsätzlich gemäß Paragraf 53 Aufenthaltsgesetz ausgewiesen werden müssen.

Der Schädel des getöteten Jonny wies vier Verletzungen auf. Jede einzelne von ihnen hätte die Gehirnblutung auslösen können, an der er verstarb, so die Rechtsmediziner. Sie konnten nicht sagen, welche der Verletzungen durch Fußtritte, eventuell einen Sturz oder einen Faustieb erfolgt sind. Ein einziger Faustieb hätte bereits die Gehirnblutung auslösen können, so die Gutachter. Der Richter erklärt in der Urteilsbegründung, das Geschehen auf dem Alexanderplatz habe nicht völlig aufgeklärt werden können. Die Täter hätten „nicht alles gesagt, was sie hätten sagen können“. Letztlich wüssten sie selber nicht, durch wen von ihnen Jonny K. „ursächlich“ (bezüglich der Verletzungen) ums Leben kam.

Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass Jonny K. einen ersten wuchtigen Faustschlag ins Gesicht von Onur U. erhielt. Dabei stützt es sich auf die Zeugenaussage von Gerhard C., aber auch eines unbeteiligten Zeugen. Überhaupt habe alles mit Onur U. begonnen, deshalb müsse er rechtlich für die gesamten Tatfolgen einstehen. Onur U. habe aus „Dummheit, Arroganz, Unverschämtheit und Aggressivität“ an einem Stuhl gerüttelt, auf den Gerhardt C. einen betrunkenen Freund habe setzen wollen. Als Jonny K. darauf gesagt habe „Was soll das?“, habe U. zugeschlagen. Dieser erste Schlag sei das „Signal“ für die Angriffe der anderen Täter gewesen. „Alles, was danach passiert ist, ist allen zuzurechnen“, so der Richter. Die Strafkammer habe jedoch nur teilweise feststellen können, „wer was gemacht hat“. Deshalb wurden die fünf anderen nur wegen gefährlicher Körperverletzung und Beteiligung an einer Schlägerei verurteilt.

> Wer auf den Kopf tritt, hat mindestens einen bedingten Tötungsvorsatz

Zeugen hatten ausgesagt, dass auch auf den bereits wehrlos auf dem Boden liegenden Jonny K. eingetreten worden sei. Der Richter sprach von mindestens drei Fußtritten gegen den Kopf. Das Gericht sah sich jedoch nicht in der Lage festzustellen, wer auf den Kopf des Opfers trat. Hier hatten sich Bilal K. und Melih Y. gegenseitig bezichtigt; keiner gestand. Der Nebenkläger-Anwalt der Eltern Jonny K.s, Jörg Rehmsmeier, hatte in seinem Plädoyer das Verhalten der Täter, die in großer Überzahl einen Einzelnen angriffen, als „feige, nicht männlich und ohne Ehre“ bezeichnet. Dasselbe gelte für ihr Verhalten nach der Tat.

Wie sind die Urteile zu bewerten? Zunächst bleibt unverständlich, warum keiner der Täter wegen Totschlag angeklagt wurde. Dabei ist – wie dies auch der frühere Bremer Staatsanwalt Daniel H. Heinke in seiner Dissertation „Tottreten. Eine kriminalwissenschaftliche Untersuchung“ aus dem Jahr 2010 darlegt – bei Tritten gegen den Kopf in der Regel immer von zumindest bedingtem Tötungsvorsatz (dolus eventualis) auszugehen. Wer mit den zumal beschuhten Füßen gegen oder auf den Kopf eines auf dem Boden liegenden Opfers tritt, der nimmt dessen Tod zumindest in Kauf. Schon 13-Jährige verstehen das; warum es deutsche Richter und Staatsanwälte nicht verstehen wollen, bleibt ihr Geheimnis. Auch der Anwalt der Nebenklägerin Tina K., der Berliner Opferbeauftragte Roland Weber, zeigte sich bereits zu Prozessbeginn völlig damit einverstanden, dass nur wegen Körperverletzung mit Todesfolge angeklagt wurde.

Ohne überzeugende Begründungen wurden Onur U., Osman A. und Memet E. „Reifeverzögerungen“ zugute gehalten, so dass sie in den Genuss des Jugendstrafrechts kamen. Was die Strafhöhen betrifft, so hat man in Berlin bereits aufgeatmet, dass die Täter überhaupt hinter Schloss und Riegel kommen sollen.

Nach den Einlassungen der Jugendgerichtshilfe hielt man schon alles für möglich. Von „harten Strafen“ kann keine Rede sein. Die viereinhalb Jahre Jugendstrafe hätte Onur U. zumal angesichts seiner Vorstrafen bereits für das brutale Zusammenschlagen des Gerhard C. verdient. Besonders schlimm ist, dass sich unter den fünf anderen Tätern derjenige oder diejenigen befinden, die höchstwahrscheinlich Jonny K. totgetreten haben. Doch keiner wird mit mehr als zwei Jahren und acht Monaten Haft bestraft, die de facto auch nicht voll abgesessen werden. Die Urteile sind kein starkes Signal an die gewaltbereite türkische Immigrantenszene. Es erweist sich vielmehr erneut als Vorteil, wenn man, nach Türkenart, als Gruppe einzelne Menschen zusammenschlägt und zusammentritt. Eine zahnlose und weichgespülte Justiz weiß Brutalitäten nicht mehr richtig ein- und zuzuordnen. So kommen auch Tottreter sehr gut davon.

Patriot aus tiefstem Herzen

Vor 200 Jahren fiel Theodor Körner, Held und Dichter der Befreiungskriege

-Selten ist eine Persönlichkeit einer Epoche so unterschiedlich bewertet worden wie Carl Theodor Körner (1792–1813), die Ikone der Befreiungskriege 1813/14. Seine mystifizierende Verklärung gehörte im Zeitalter der deutschen Nationalbewegung und Romantik zum Alltag. Später, im 19. und 20. Jahrhundert, wurde er wie kaum eine andere Leitfigur der deutschen Geschichte von unterschiedlichen politischen Lagern heroisiert und instrumentalisiert. In der Bundesrepublik geriet sein Name beinahe in Vergessenheit, obwohl Kasernen nach ihm benannt wurden.

Zu Beginn der Erhebung Preußens gegen die napoleonische Herrschaft wandte sich König Friedrich Wilhelm III. am 20. März 1813 von Breslau aus an seine Untertanen und rief sie zum Kampf gegen den Usurpator auf. Wenige Wochen zuvor war das „Königlich Preußische Freikorps", besser bekannt als „Lützowsches Freikorps" oder „Schwarze Jäger", auf Gesuch des Generalmajors Adolf Freiherr von Lützow (1782–1834) als reguläre Truppe des preußischen Heeres gegründet worden. Auch jenseits der Grenzen Preußens verfehlte der Aufruf seine Wirkung nicht. In Breslau stieß im März 1813 der junge Dichter Theodor Körner zu den Freischärlern um Friedrich Ludwig Jahn (1778–1852), den Vater der deutschen Turnbewegung. Noch wenige Wochen zuvor war Körner in Wien nach seinen Erfolgen als Literat und Theaterdichter die einmütige Anerkennung der Großen seiner Zeit zuteil geworden. Seine Dramen „Zriny" und „Rosamunde" waren am Hofburgtheater zur Aufführung angenommen worden. Die meisten der emotional aufgewühlten Gedichte seiner posthum erschienenen Lyriksammlung „Mit Leier und Schwert" hatte er fertiggestellt und damit Töne angeschlagen, die der weit verbreiteten kämpferischen und feierlichen Stimmung im Volk entsprachen. Mit demonstrativem Opfermut und dem Bekenntnis zu Werten wie Glaube, Freiheitsliebe und Gewissenstreue appellierte er unzweideutig an die nationale Pflicht der Deutschen, sich gemeinsam gegen den Tyrannen Napoleon zu erheben. Doch auch das Begehren nach Rache an den französischen Besatzern ließ sich in seinen Werken vernehmen. So hielt denn weder die Aussicht auf eine glänzende Karriere als k.u.k. Hofburgtheaterdichter noch seine Verlobung mit der Burgschauspielerin Antonie Adams den in patriotischer Begeisterung entflammten Dichter davon ab, dem Aufruf des Königs Folge zu leisten. In der Kirche zu Rogau am Zobtenberg wurde die Truppe der Lützowschen Jäger eingesegnet. Sie sangen Körners jüngstes Kampflied, das mit den Versen endete: „Auf, deutsches Volk, erwache! Und führt uns, wär's auch durch den Tod, zu seiner Freiheit Morgenrot. Dem Herrn allein die Ehre!" Ihr erster Vorstoß führte ins feindliche, mit dem Rheinbund verschworenen Sachsen, die Heimat Körners.

Sein Elternhaus in Dresden war ein geselliger Treffpunkt für Künstler und Gelehrte. Die Eltern pflegten rege freundschaftliche Kontakte zu Goethe, Schiller, Herder, Kleist, Wilhelm von Humboldt und den Brüdern Schlegel. Seine Mutter Johanna Dorothea, geborene Stock, war die Tochter eines bekannten Kupferstechers und selbst Malerin, sein Vater, der Konsistorialrat und Schriftsteller Christian Gottfried Körner, besorgte als einer der engsten Freunde Schillers nach dessen Tod die erste Ausgabe von Schillers Werken.



Dichtete über Freiheitsliebe: Theodor Körner Bild: Archiv

Theodor Körner hatte die künstlerische Begabung beider Elternteile geerbt. 1808 begann er ein Studium an der Bergakademie Freiberg. In Leipzig, wo er seit 1810 Jura studierte, führte er ein ausgelassenes Studentenleben und wurde sogar relegiert. Schließlich schickte ihn sein Vater 1811 zum Studium nach Wien. Dort aber widmete sich Theodor Körner immer mehr dem dramatischen Schaffen, während sich zugleich seine Begeisterung für eine Erhebung Deutschlands gegen die französische Besatzungsmacht Bahn brach.

Nach der Genesung von einer im Juni 1813 erlittenen schweren Verwundung kehrte Körner, inzwischen Kavallerist und Adjutant Lützows, im August 1813 zu seiner Truppe zurück. Diese war dem Korps Wallmoden zugeordnet, das als Teil der Nord-Armee der Verbündeten nördlich der Elbe stationiert war. In Mecklenburg und südlich der Elbe überfielen die Lützower und andere Freikorps immer wieder französische Versorgungszüge und Stützpunkte. Bei einem Gefecht im Forst von Rosenow bei Gadebusch wurde Theodor Körner von einer Kugel tödlich in die Brust getroffen. Er wurde nicht einmal 22 Jahre alt. Seine Kameraden trugen ihn auf den Schultern zurück und begruben ihn in der Nähe unter einer Eiche beim Dorf Wöbbelin. Ein Jahr später ließ sein Vater dort ein Denkmal mit dem Symbol „Leyer und Schwert" errichten, um an den „Sänger und Helden" der Befreiungskriege zu erinnern. Das Denkmal befindet sich auf dem später angelegten Ehrenhain der Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin.

Dagmar Jestrzemski

MELDUNGEN

Jugendbewegung auf der Spur

Nürnberg – Am 26. September eröffnet das Germanische Museum in Nürnberg die neue Ausstellung „Aufbruch der Jugend. Deutsche Jugendbewegung zwischen Selbstbestimmung und Verführung". Die bis zum 19. Januar 2014 zu sehende Schau zeigt rund 400 Exponate, darunter Gemälde, historische Fotos, Kleidung sowie Film- und Hörstationen, und zeichnet den Weg der Jugendbewegung von ihren Anfängen bis in die 1960er Jahre nach. *Bel*

Dürer extrem

Frankfurt am Main – Das Frankfurter Städelmuseum freut sich, ab dem 23. Oktober eine große Albrecht-Dürer-Ausstellung präsentieren zu können. Den Macher der bis zum 2. Februar 2014 zu besichtigenden Schau ist es gelungen, berühmte Werke des Künstlers, aber auch seiner Schüler aus den renommiertesten Museen der Welt als Leihgabe zu erhalten. So viel Dürer an einem Ort gab es selten. *Bel*

Theater im Waggon

Groß Neuendorf – Seit August ist das Denkmalensemble „Hafen Groß Neuendorf" an der Oder offiziell als Kulturhafen Groß Neuendorf ausgewiesen. Nahezu zeitgleich begannen im Waggon 01, einem ehemaligen Waggon der stillgelegten Oderbruchbahn, die Umbauarbeiten zu einem Theaterwaggon im Stile eines Salonwagens der Kaiserzeit. Informationen unter Telefon (033478) 38 99 88. *Bel*

Nicht nur in einer Hinsicht mit Italien vergleichbar

Dresdens Kunstsammlungen werden schon seit Jahrhunderten viel gerühmt – Rekonstruktionen werden fortgesetzt

Einst schilderte Theodor Fontane, wie die großbürgerlichen Brautpaare ihre Hochzeitsreise nach Italien mit einem Abstecher nach Dresden einleiteten, da die dortige Gemäldegalerie als die einzige deutsche Sammlung galt, die den Pinakotheken Italiens zur Seite gestellt zu werden verdiente. Dem Blaubuch der kulturellen Institutionen in den neuen Bundesländern gelten die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden nach der Stiftung der Brandenburgischen Schlösser und Gärten als die bedeutendste Einrichtung des Gebiets.

Und tatsächlich wird an der Elbe ein außerordentlich weit gefächerter Bestand an hervorragenden Werken in Bauten von besonderer Qualität bewahrt. 1560 begann alles mit dem zeittypischen Kunst- und Kuriositätenkabinett. Vielerorts wurden diese Universalsammlungen später aufgelöst um die reinen Kunstwerke aus dem Gemenge von Naturalien, Instrumenten, ethnologischen Artefakten und Kunstgewerbe gesondert in einer Galerie herauszustellen. Die Wettiner bildeten aus den Teilbereichen jeweils eigene Sammlungen mit fachlichen Schwerpunkten. So begründete August der Starke 1728 den Mathematisch-Physikalischen Salon im Zwinger. Von 1777 bis 1928 wurde hier, ähnlich wie in Greenwich, die Ortszeit ermittelt.

Die prunkverliebte Barockepoche in Dresden war zugleich die Zeit des Merkantilismus und der Universalgelehrsamkeit. Leibniz legte 1704 seinen Vorschlag zur Gründung einer Akademie auch dem Dresdner Hof vor. Die Pretiosen des „Grünen Gewölbes" waren seit 1724 öffentlich zugänglich. Diese arrangierte Schatzkammer kann damit den Anspruch erheben, das älteste Museum überhaupt zu sein. Die Einrichtung des Japanischen Palais als Schautempel des asiatischen und sächsischen Porzellans gelangte wie viele Projekte nicht zum Abschluss. Aber die Bauskulpturen und der Portikus zeugen heute noch beredt von diesen hochfliegenden Plänen. Die Ambitionen waren einfach zu gewaltig. Mit Pomp wurde hier ein politischer Triumph inszeniert, der ausbleiben sollte. Die Rüstkammer ist als eine der größten Ansammlungen von Prunkwaffen nur mit den habsburgischen Beständen in Wien und Madrid vergleichbar. Als die Beutestücke der Roten Armee 1957 nach Dresden zurückgegeben wurden, gelangte eine Auswahl der Rüstkammer im Ostflügel der Sempergalerie am Zwinger zur Ausstellung. Große Teile davon werden seit März 2010 nun wieder im Schloss gezeigt. So beispielsweise die „Türckische Cammer", eine der bedeutendsten Sammlungen osmanischer (Kriegs-)Kunst. Sie wurde durch diplomatische Geschenke und gezielte Ankäufe zusammengetragen. Johann Georg III., der Vater Augusts des Starken, der „sächsische Mars", nahm als Erzmarschall des Reiches an der Schlacht am Kahlen Berge teil. Doch die Türkenbeute, welche die Reiter des polnischen Königs Johann III. Sobieski machten, gelangte dann erst über die polnische Königskrone auf dem Haupte seines Sohnes nach Dresden. Zu Beginn dieses Jahres wurde nun der Riesensaal mit den Prunkharnischen und Turnierwaffen eröffnet. In der Mitte des großen Raumes, der die Ausmaße eines 1701 verbrannten frühbarocken Festsaals wiederholt, sind Gruppen von berittenen Figuren in der Haltung eines ritterlichen Lanzenstechens aufgestellt.



Dresdner Residenzschloss: Das Gebäude ist eines der ältesten der Stadt Bild: action press

Das Residenzschloss ist das älteste Gebäude der Stadt und zugleich ein Hauptbau der in Deutschland insgesamt dünn gesäten Schlossbaukunst der Renaissance. Respektvoll wurde schon im 18. Jahrhundert mit dieser Überlieferung umgegangen. Die gewaltigen, nie realisierten Pläne einer neuen Residenz zielten darauf ab, in einer Verbindung aus Sparsamkeit und Pietät das Renaissanceschloss samt seinen Wendelsteinen mit einer gigantischen Rokokofassade zu umbauen. Nach vielen Rückschlägen und Gefährdungen kommt Dresden nun erst im 21. Jahrhundert dazu, sich dem Repräsentations-Ideal des 18. Jahrhunderts anzunähern. Über Jahrzehnte, bis zur Wiedervereinigung, hat die gesicherte Ruine des Schlosses die Dresdner Innenstadt dominiert. Es war ein Anblick wie in Heidelberg, nur mitten im Herzen der Stadt. Ein wenig im Schatten der spektakulären Aktionen für die Frauenkirche wuchs dann aus den Fassadenresten das Schloss wieder zusammen. 1991 erhielt der Hausmannsturm seine Bekrönung. 2007 war der Rohbau des Residenzschlosses dann fertig. Dabei musste auch der aktuellen Mode Tribut gezollt werden. Sowohl der Schlosshof als auch das Albertinum auf den Grundfesten des alten Marstalls wurden nach oben hin abgeschlossen. Im Albertinum umfasst die Dachkonstruktion seit 2010 ein flutsicheres Hochdepot. Über dem kleinen Hof des Residenzschlosses wölbt sich wie eine riesige Kaugummiblase ein gegittertes Membrandach, unter dem sich zuweilen die dumpfige Elbtalluft lastend bemerkbar macht. Die Restaurierung der Sgrafitto-Verzierungen im Schlosshof ist fast abgeschlossen. In der berühmten Schlosskapelle wurde ein Schlingrippengewölbe, das seit 1737 nicht mehr bestand, aus Sandstein und Ziegelmauerwerk mit allen Drehungen rekonstruiert.

Ab September werden an der Wirkungsstätte von Heinrich Schütz wieder Konzerte stattfinden. Im Herbst soll auch das Völkerkundemuseum im Japanischen Palais erweitert sein. Da ist seit einiger Zeit das Dresdner Damaskus-Zimmer zu sehen. Es ist eine von nur drei weltweit in Museumsbesitz befindlichen authentischen Inneneinrichtungen des Osmanischen Rokoko und stammt aus dem Vorbesitz von Karl Ernst Osthaus. Fast 100 Jahre lagerte es im Depot. Nach sechs Jahren Schließung eröffnete im April der Mathematisch-Physikalische Salon im Zwinger mit verdoppelter Ausstellungsfläche. Nach dem Auszug der Rüstkammer aus dem Zwinger und der teilweisen Neuaufstellung im Schloss wird nun die Sempergalerie saniert und die Besucher müssen sich mit einer gedrängten Hängung auf der Hälfte der Ausstellungsfläche abfinden. Auch das Kronentor ist wieder einmal von einem Baugerüst eingehaust. Auch darin zeigt sich Dresden Italien verwandt, als eine permanente Baustelle von erlesener Schönheit.

Sebastian Hennig

Mit Empacher-Booten auf Titeljagd

Beginn der Ruder-WM auf dem Tangeum-See in Chungju (Südkorea) – Traditionswerft aus Königsberg wird 90 Jahre alt

Von diesem Sonnabend bis zum 1. September fnden in Südkorea die diesjährigen Ruder-Weltmeisterschaften statt. Ein Großteil der Mannschaften wird dabei mit Material der Bootswerft Empacher an den Start gehen. Vor 90 Jahren wurde das heute in Eberbach am Neckar sitzende Unternehmen in Königsberg gegründet.

Der Auftrag, drei Segelyachten zu bauen, stand am Anfang. Im Alter von nur 21 Jahren gründete Willy Empacher am 18. Dezember 1923 in Königsberg eine Werft. Auf ihr baute der gelernte Boots-bau-, Ober- und Innungsmeister Willy Empacher mit seinem damaligen Kompagnon Wilhelm Karlisch Motor- und Segelyachten sowie auch Eissegelboote, aber kaum Ruderboote, die heutige Domäne des Unternehmens. Aber auch so hatte sich die Bootswerft bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zur größten deutschen östlich Berlins gemausert. Über 100 Mitarbeitern gab das Unternehmen Lohn und Brot. Während des Krieges wurden, wie überall in Deutschland, Marine- und Pionierboote gebaut.



Olympia London 2012: Gold mit einem Empacher-Boot — Bild: Empacher

1945 flüchtete die sechsköpfige Familie auf dem Wasserweg von Ostpreußen nach Schleswig-Holstein. Ohne Hab und Gut gelangten die Empachers 1947 nach Eberbach. Einen zusätzlichen Schlag versetzte die Währungsreform 1948, die zur Annullierung fast aller Aufträge führte. Mit einfachsten Mitteln gelang es Willy Empacher trotzdem, sich und seiner Familie eine neue Existenz aufzubauen. Erst mietete er nur die örtliche Bootswerft Seibert, dann bot sich ihm die Möglichkeit der Übernahme. Erst hier in Eberbach erfolgte die Spezialisierung auf die Ruderboote, für die das Unternehmen mittlerweile so berühmt ist. Wie bei so vielen deutschen Unternehmen, die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder von vorne anfangen mussten, bildeten Reparaturen und kleinere Neubauten den Anfang. 1952 wurde der erste Renn-Gig-Achter in Klinkerbauweise und 1953 das erste Rennboot aus Sperrholz gebaut. 1953 wurde auch die erste neue Werkshalle in der Neckarstraße auf eigenem Gelände errichtet.

Nach gut zwei Jahrzehnten in Eberbach gelang bei den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko der große internationale Durchbruch, als Jochen Meißner im Einer die Silbermedaille gewann. Danach nahm die Produktion der formverleimten Holzrennboote aus Zederholz einen stürmischen Verlauf. Bis Mitte der 80er Jahre blieb sie die tragende Säule der Firma. Doch bereits im Jahre 1955 hatte man mit dem Experimentieren mit Kunststoff begonnen. Das weltweit erste Kunststoff-Ruderskiff entstand 1956 in Zusammenarbeit mit der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik Aktiengesellschaft (BASF). Bei den Olympischen Spielen 1972 im eigenen Land gewann der „Bullen- oder Bodensee-Vierer“ mit Steuermann die erste Goldmedaille in einem Kunststoff-Ruderboot. Dies war zugleich das erste renntaugliche Kunststoffboot in Sandwichbauweise.

Trotzdem gelang es erst seit 1983, im Kunststoffbootsbau kostendeckend zu arbeiten und Gewinne zu erwirtschaften. Bis dahin und darüber hinaus wurden die schwarzen Zahlen und Gewinne durch die Holzbootswerft in der Neckarstraße erzielt, auch wenn die Produktionsstückzahlen beider Bereiche bereits seit etwa 1976 vergleichbar waren.

Mittlerweile hatte Willy Empachers ältester Sohn, Hans Empacher, Jura studiert und in der Luft- und Raumfahrtindustrie bei Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) Karriere gemacht. Für den erfolgreichen Industriemanager war die Bootswerft des Vaters bis 1970 eher ein Hobby. Da der Vater sich altersbedingt zurückziehen wollte, keiner der Geschwister die Nachfolge anstrebte und ansonsten nur der Verkauf geblieben wäre, übernahm Hans Empacher nolens volens die Geschäftsführung und die Geschäftsanteile des seinerzeit einfachen Handwerksbetriebs.

Mit kaufmännischem Geschick und unternehmerischem Weitblick gestaltete er die Weiterentwicklung der Bootswerft. Es gelang ihm, die zwei Betriebe Holz und Kunststoff mit den jeweiligen Betriebsmeistern Kurt Pahl und Leo Wolloner im internen Wettbewerb auf eine rationelle, funktionelle und wirtschaftliche Produktionsweise zu fokusieren.

Das Know-how im Kunststoffbootsbau förderte Hans Empacher, indem er seine Kontakte von MBB mit der Bootswerft verknüpfte und Wolloner zu MBB nach München-Ottobrunn schickte. Die Rationalisierung des einfachen Betriebs schaffte er mit seinem zuverlässigen Freund Kurt Pahl und dem Neubau der Holzwerft 1977. 1983 wurde von der Holzabteilung Meister Heckmann in den Kunststoffbetrieb auf der gegenüberliegenden Neckarseite als Werksmeister bestellt. Seit dieser Zeit erwirtschaftete man dann auch dort schwarze Zahlen.

Die Kunststoffabteilung wurde 1982/83 durch einen Neubau von Verwaltung und Produktion erweitert. Diese entsprach damit damals etwa der Größe der Holzwerft. Entwicklungstechnisch waren die Holz-Rennruderboote etwa ab Mitte der 80er Jahre unterlegen, so dass eine erneute Expansion der Kunststoffwerft anstand. 1989/90 wurden der heutige Neubau der Kunststoffwerft an der Rockenauer Straße projektiert und der erste Bauabschnitt mit Büro- und Verwaltungstrakt, Foyer und Eingangshalle sowie die neuen, modernen Produktionshallen über zwei Etagen gebaut.

Dem 1996 verstorbenen Juristen Hans Empacher folgte mit Helmut Empacher in der dritten Generation ein Wirtschaftsingenieur. Nach seinem Studium an der TH Karlsruhe war er zwar 1983 ein Jahr in Eberbach tätig, ging dann aber auch zum Technologiekonzern MBB, wo er an Hightech-Projekten mitwirkte und mit für die Werft strukturell interessanten Aufgaben betraut wurde. 1987 kehrte er als Geschäftsführer in die Bootswerft Empacher nach Eberbach zurück. Sein erster großer Erfolg war die Neuentwicklung des Achters K82 in Zusammenarbeit mit Ralf Holtmeyer, mit dem der Deutschland-Achter bei den Olympischen Spielen 1988 in Seoul die Goldmedaille gewann.

Im selben Jahr trat Rainer Empacher in die Firma ein. Individuelle Kundenberatung, Marketing und Vertriebsaufgaben sowie die Organisation des Regattaservices gehören zum Aufgabengebiet dieses weiteren Vertreters der dritten Generation. An dem Zentralbau von 1989/90 und dem Erweiterungsbau von 1997 war der studierte Architekt maßgeblich beteiligt. Er ist heute gemeinsam mit seinem Bruder geschäftsführender Gesellschafter der Bootswerft Empacher GmbH.

Noch zur zweiten Generation gehört Hans Empachers Bruder Dieter Empacher. Der Schiffsbauingenieur ist zwar überwiegend in den USA tätig, arbeitet aber auch jedes Jahr einige Wochen im Konstruktionsbüro, wo er sich bemüht, die Erfahrungen aus der Regattasaison sowie die Impulse von Trainern und Sportlern in erfolgreiche neue Risse umzusetzen. Das Büro ist stets mit zwei Ingenieuren besetzt. Jedes Jahr entstehen so zirka zwei neue Bootsformen. Daneben werden zahlreiche Details kontinuierlich weiterentwickelt.

Nicht nur deutsche Spitzensportler setzen auf Empacher

Heute ist der ständige Kontakt zwischen der Geschäftsleitung, den Trainern, sowie Sportlern und Aktiven nicht mehr wegzudenken. Maßgeschneiderte Boote, individuell angepaßt, aus über 35 verschiedenen Bootsformen und -rissen, für Leichtgewichte und offene Klassen, werden stets innovativ abgestimmt, getestet und möglichst erfolgreich gemeinsam zum Ziel gebracht. Über 100 Mitarbeiter wie vor Krieg, Flucht und Vertreibung hat Empacher zwar (noch) nicht wieder, aber über 70 sind es immerhin, darunter vier Bootsbaumeister und drei Ingenieure. Sie versorgen ungefähr die Hälfte aller an internationalen Regatten und Meisterschaften teilnehmenden Ruderer mit ihren traditionell gelb lackierten Wettkampfbooten, darunter auch den größten Teil der deutschen Nationalmannschaft. *PAZ*

Wo die Danziger einst Polens Könige begrüßten

Das Hohe Tor wird dieses Jahr 425 Jahre alt – Seine Attika spiegelt die wechselnden Herrschaftsverhältnisse

Wenn der polnische König einst Danzig besuchte, dann nutzte er das Hohe Tor im Westen der Stadt, das seinen Namen von den vor ihm liegenden Danziger Höhen hat. Dort begrüßten die Honoratioren der Stadt den Monarchen. Von diesem Haupttor der stolzen Hafen- und Hansestadt führt der sogenannte Königsweg dann in östlicher Richtung durch die Peinkammer, den Stockturm und das Langgasser oder Goldene Tor zur Langgasse und zum Langen Markt mit dem Rathaus und dem Artushof, an dessen östlichem Ende dann das Grüne Tor diese repräsentative Ost-West-Achse an der Mottlau abschloss.

Ähnelt der Rennaissancebau heute schon fast einem Triumphbogen, so war es dereinst in eine Wallanlage integriert, als deren Tor er diente. Eine integrierte Zugbrücke half bei der Überwindung des vor dem Wall angelegten Wassergrabens. Die Auslassungen im Mauerwerk für die Zugketten sind noch heute zu erkennen.

In der Kaiserzeit wurde dann der Erdwall abgetragen und der davor liegende Graben aufgefüllt. An der Stelle des Erdwalls entstand der Heumarkt, und dort, wo der Wassergraben verlief, wurde eine Straße gebaut.

Das Hohe Tor macht aus seinem hohen Alter kein Geheimnis. „Anno 1588 faciebat“ lautet eine der vielen Inschriften. 425 Jahre wird der imposante Bau also dieses Jahr alt. Zwei Jahre zuvor hatten die Danziger Ratsherren den Entwurf genehmigt. Zwei weitere Jahre früher war der Erbauer des Hohen Tores, Willem van den Blocke, mit einem Empfehlungsschreiben des polnischen Königs Stephan aus Siebenbürgen an die Ostsee gekommen. Möglicherweise ist die flämische Abstammung des 1550 in Mecheln geborenen Bildhauers und Architekten und seine Mitarbeit in der Werkstatt von Cornelis Floris in Antwerpen dafür verantwortlich, dass sein berühmtestes Werk in Danzig an wenige Jahrzehnte zuvor in Antwerpen entstandene Stadttore erinnert. Preußen blieb van den Blockes Heimat bis zu seinem Tode. Van den Blocke schuf in diesen Jahrzehnten noch manches in Danzig, wo er auch 1628 verschied, aber nichts von dem sollte hinsichtlich seiner Bedeutung auch nur noch annähernd an das Hohe Tor heranreichen.

Westliches Pendant zu dem an der Mettlau gelegenen Grünen Tor

Wie viele Prunkbauten ist auch das Hohe Tor von politischer Aussagekraft. Auf des Tores Westseite sticht unter den Flachreliefs der Attika in der Mitte das Wappen Polens hervor. Links davon befindet sich das Wappen des vom polnischen König beherrschten königlichen Preußen und rechts schließlich jenes Danzigs. Unter den Wappen findet sich in der Mitte der Sinnspruch „Iustitia et pietas duo sunt regnorum omnium fundamenta“ (Gerechtigkeit und Frömmigkeit bilden die Grundlagen aller Königreiche), links „Sapientissime fiunt omnia quæ pro republica fiunt“ (Am vernünftigsten geschieht das alles, was dem Wohle der Republik dient) und rechts „Civitatib hæc optanda bona maxime pax libertas concordia“ (Die für die Staaten am meisten erwünschten Güter sind Friede, Freiheit und Eintracht). Legendär ist des Volksmundes Interpretation von „rum omnium Fundamenta“ in der Weise, dass der Rum die Grundlage von allem sei.



Bild: Archiv

Überstand den Zweiten Weltkrieg fast unbeschadet: Hohes Tor

Als Danzig infolge der sogenannten Zweiten Polnischen Teilung preußisch wurde, widerstanden die neuen Herren der Versuchung der Bilderstürmerei. Allerdings bot die Niederlegung des Festungswalles den Hohenzollern auch so die Möglichkeit, sich zu verewigen. Nun wurden auch die vorher noch im Rohzustand befindlichen Teile der Backsteinwände mit Buckelsteinplatten verkleidet und analog zur Westfassade die Attika auf der Ostseite mit dem preußischen Staatswappen einschließlich der zwei wilden Männer als Schildhalter verziert. Im Gegensatz zum Rest Danzigs hat sein Haupttor den Zweiten Weltkrieg ohne nennenwerten Schaden überstanden. *Manuel Ruoff*

Wille zum Niveau

Vor 50 Jahren starb der Kultusminister Preußens und Niedersachsens sowie Generaldirektor des NWDR Adolf Grimme

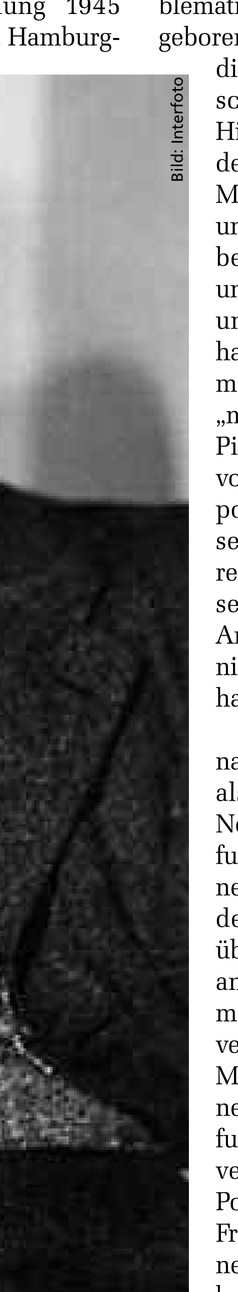
Der bedeutendste Fernsehpreis der Bundesrepublik, der Grimme-Preis, wurde nach ihm benannt. Preußens Ministerpräsident Otto Braun holte ihn als Kultusminister in sein Kabinett; die Nationalsozialisten steckten ihn wegen „Nichtanzeigen eines Hochverrats" ins Zuchthaus; und die britische Besatzungsmacht beauftragte ihn mit dem Aufbau des Rundfunks in ihrer Zone. Am 27. August jährt sich der Todestag Adolf Grimmes zum 50. Mal.

Was hat das „Dschungelcamp" mit Adolf Grimme zu tun? Feuilletonisten quer durch alle Medien bemühten sich Anfang dieses Jahres um eine Antwort. Sie fanden keine. Warum das „Dschungelcamp" mit seinen Maden mampfenden C-Promis aus den Niederungen der Fernsehunterhaltung für eine Hochkulturtrophäe, den Grimme-Preis, vorgeschlagen war, blieb allen ein Rätsel. Es kam nicht zum Schlimmsten, das Camp ging leer aus.

Vielleicht war die Nominierung gar nicht so abwegig. Als Volkshumanist hat der erste Direktor des 1945 gegründeten Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) die Volksnähe immer gesucht. Er wünschte sich, dass „der Rundfunk so Mittelpunkt der Familie werden sollte wie früher die Petroleumlampe". Ein Vergleich, der ihm in den beginnenden Wirtschaftswunderjahren, in denen überall die elektrischen Lichter wieder hell erstrahlten, manchen Spott eintrug. Mit den vielen trüben Funzeln, die seit der ersten Fernsehausstrahlung des NWDR 1952 über den Bildschirm flimmerten, hatte Grimme sicher nicht gerechnet.

Der Auftrag war klar, den Adolf Grimme, noch SPD-Kultusminister in Hannover, 1948 von dem britischen Rundfunk-Controller Hugh Carlton Greene erhielt. Nach dem Vorbild der BBC sollte der NWDR ein Instrument der Meinungsbildung, der Nachrichtenvermittlung und der Kultur werden. Aufgrund seiner hohen Ämter in der Endphase der Weimarer Republik und seines aktiven Widerstands gegen das NS-Regime erschien der aufrechte Preuße dem Briten als richtiger Mann. Mit ausschlaggebend war für den Bruder des Schriftstellers Graham Greene wohl auch das Bekenntnis Adolf Grimmes zum Christentum. Von ihm stammt der Ausspruch „Ein Sozialist kann Christ sein, ein Christ muss Sozialist sein."

Adolf Grimme wurde 1889 als Sohn eines Bahnhofvorstehers in Goslar geboren. Er studierte von 1908 bis 1914 Philosophie und Germanistik in Halle, München und Göttingen mit dem Ziel, Lehrer zu werden. 1919 erhielt er seine erste Anstellung als Studienrat in Hannover und engagierte sich im Bund Entschiedener Schulreformer. Die Vereinigung forderte eine Erneuerung des antiquierten Bildungswesens und wandte sich gegen „alle Ungerechtigkeiten sozialer Privilegierungen, gegen den Geist des Militarismus und gegen Völker-, Rassen- und Konfessionsverhetzung". Eine Schulform sollte die individuellen Fähigkeiten der einzelnen Schüler fördern sowie Theorie und Praxis im Unterricht vereinen.


Bild: Interfoto

Namensgeber des wichtigsten deutschen Kulturpreises: Adolf Grimme

Adolf Grimme machte schnell Karriere. Vom Oberschulrat für höhere Mädchenschulen in Magdeburg führte sein Weg über die Berufung zum Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium bis hin zum Amt des letzten Kultusministers in der Preußischen Staatsregierung. Im März 1933 enthoben ihn die Nationalsozialisten seines Amtes. Die Schule war nun ein Instrument der Nationalsozialisten, ihre rassische Ideologie zu verbreiten. Über seinen Studienkollegen Adam Kuckhoff kam Adolf Grimme in Kontakt zu einer Widerstandsorganisation, welche die Gestapo „Rote Kapelle" nannte. Grimme gehörte ihr nicht an, wurde aber dennoch verhaftet und wegen „Nichtanzeigen eines Hochverrats" zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Dass er auch Flugblätter gegen das NS-Regime verfasst hatte, fand die Gestapo zu seinem Glück nicht heraus.

Nach seiner Befreiung 1945 durch die Engländer in Hamburg-Fuhlsbüttel wurde Grimme von den Besatzern zum Leiter der Abteilung für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung in der damaligen Provinz Hannover berufen. 1946 wurde das Land Niedersachsen gebildet und er dessen erster Kultusminister, was er bis September 1948 blieb. Mit seiner zweiten Heirat ging er eine problematische Ehe ein. Josefine Kopf geborene von Behr war nicht nur die Frau des niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf, sondern hatte auch als junges Mädchen zwischen 1927 und 1929 als Joseph Goebbels' Sekretärin gearbeitet und Zugang zu Adolf Hitler und Hermann Göring gehabt. Das, schreibt der Grimme-Biograf Kai Burkhardt, „machte die Heirat zu einer Pikanterie ersten Ranges ... von der Presse und der Opposition drohten unausgesetzt Angriffe". Grimme reichte im September 1948 seinen Abschied ein. Das Angebot der Briten, die sich nicht an der Heirat störten, hatte er bereits in der Tasche.

Am 15. November 1948 nahm Grimme seine Arbeit als Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks in Hamburg auf. In seiner Antrittsrede versprach er, den Rundfunk zu einem überparteilichen Organ mit anspruchsvollem Inhalt zu machen. „Der Wille zum Niveau" werde nicht stets „den Majoritätsgeschmack auf seiner Seite" haben. Der Rundfunk dürfe aber nicht „der verführerischen Jagd nach Popularität" verfallen. Viel Freude hatte Grimme auf seinem Chefsessel am Rothenbaum nicht. Die Jahre seines Direktoriums waren geprägt von zahllosen Querelen und Kritik an seiner Amtsführung. Mit der Teilung des NWDR in den Norddeutschen und den Westdeutschen Rundfunk, die er nicht verhindern konnte, trat er 1955 mit 66 Jahren in den Ruhestand. 1963 starb er in Degerndorf am Inn. *Klaus J. Groth*

Grimme-Preis

Der vom Volkshochschulverband gestiftete Grimme-Preis zeichnet seit 1964 Fernsehproduktionen und ihre Macher aus, welche „die spezifischen Möglichkeiten des Mediums Fernsehen auf hervorragende Weise nutzen und nach Inhalt und Methode Vorbild für die Fernsehpraxis sein können", wie es in den Statuten heißt. Vergeben wird der Preis durch das Grimme-Institut in Marl. Pro Jahr werden zwischen 500 und 600 Vorschläge für die Kategorien Fiktion, Unterhaltung, Information und Sonderpreise eingereicht. Die nächste Stufe ist eine Auswahl für die Nominierungsliste, aus der drei Jurys dann die Preisträger ermitteln. Auszeichnungen erhielten in diesem Jahr unter anderem „Der Turm" nach dem Roman von Uwe Tellkamp, „Der Fall Jakob von Metzler" und „Switch Reloaded – Wetten, dass ...?" Auch der „Tatort"-Krimi wurde schon preisgekrönt, ohne dass jemand daran Anstoß nahm. Die Nominierung des „Dschungelcamps" war solch ein Aufreger, dass der Direktor des Grimme-Instituts, Uwe Kammann, sich zu einer weitschweifigen Erklärung unter der Überschrift „Moral, Maßstäbe, Diskurs: Der Grimme-Preis und das Dschungelcamp" veranlasst sah. Essenz: Nein, der Grimme-Preis ist nicht verlottert und die Nominierungskommission nicht gaga, aber die (Fernseh-)Zeiten haben sich geändert, die Petroleumlampe brennt nicht mehr. *K.J.G.*

Wie es zu »Lüderitz« und »Caprivizipfel« kam

Diese nun abgeschafften Namen, zu denen auch »Schuckmannsburg« gehört, spiegeln deutsch-afrikanische Geschichte wider

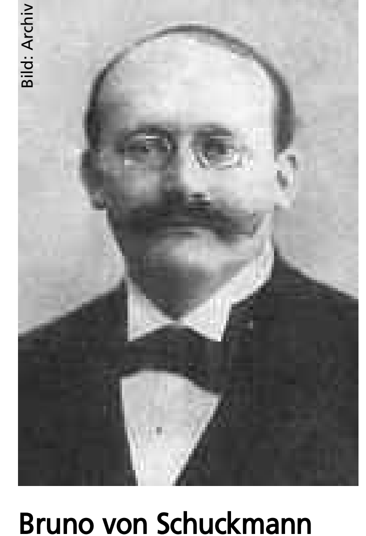
Die Geschichte des deutschen Kolonialismus ist relativ kurz. Als die Deutschen mit dem Deutschen Reich endlich einen handlungsfähigen Nationalstaat erhielten, war der größte Teil dessen, was wir heute als „Dritte Welt" bezeichnen, bereits verteilt. Und das Wenige, das sie noch abbekamen, wurde ihnen bereits nach dem Ersten Weltkrieg in Versailles wieder genommen. Einiges Weniges erinnert jedoch noch an die deutsche Kolonialzeit. Dazu gehört beziehungsweise gehörten bis diesen Monat (siehe *PAZ* Nummer 33, Seite 4) Lüderitz, der Caprivizipfel und Schuckmannsburg.

Adolf Lüderitz — Bild: Archiv

Neben den beiden bereits genannten Gründen für die geringe Bedeutung Deutschlands in der Kolonialgeschichte gibt es einen weiteren, allerdings ungleich unwichtigeren und der heißt Otto von Bismarck. Dieser hatte es als Reichskanzler angesichts der Mittellage und der Größe Deutschlands schwer genug, Koalitionen gegen das Reich zu verhindern. Da wollte er nicht die klassischen Kolonialmächte durch eine aggressive Kolonialpolitik vergrätzen. Zudem erkannte er die Gefahr, dass Kolonien Deutschland mehr kosten als nutzen könnten, was denn später mit der Ausnahme Togos auch tatsächlich der Fall war. Die deutsche Kolonialpolitik war deshalb in seiner Ära grundsätzlich defensiv. „Die Flagge folgt dem Handel", lautete seine Devise. Folgerichtig sind die beiden ersten Jahrzehnte der deutschen Kolonialpolitik bis zu Bismarcks Sturz geprägt von Kaufleuten.

Einer von diesen war Adolf Lüderitz, ein 1834 in Bremen geborener Erbe eines Tabakhandelunternehmens, der 1866 reich geheiratet hatte. 1881 gründete dieser in Lagos, das damals zu Britisch-Westafrika gehörte, eine Niederlassung. Er konnte sich jedoch gegen die dortige ausländische Konkurrenz nicht durchsetzen. Daraufhin entschloss er sich, in einem weniger erschlossenen Teil der afrikanischen Westküste erneut sein Glück zu versuchen. Die Wahl fiel auf Südwestafrika, von dem es hieß, dass es reich an Bodenschätzen sein soll, und das trotzdem noch von keiner Kolonialmacht besetzt war.

Im Mai 1883 erwarb sein Bevollmächtigter Heinrich Vogelsang für seine Firma von dem Volksstamm der Nama eine Bucht, welche die portugiesischen Entdecker „Angra Pequena" (kleine Bucht) getauft hatten, einschließlich des umliegenden Landes. Auf Lüderitz' Wunsch hin wurde diese Erwerbung im April 1884 unter den Schutz des Reiches gestellt. Die Bucht Angra Pequena erhielt den Namen „Lüderitzbucht", die dort am 12. Mai 1883 gegründete Hafenstadt den Namen „Lüderitz" und die gesamte Erwerbung den Namen „Lüderitzland". Sie bildete den Kern des späteren Schutzgebietes Deutsch-Südwestafrika.

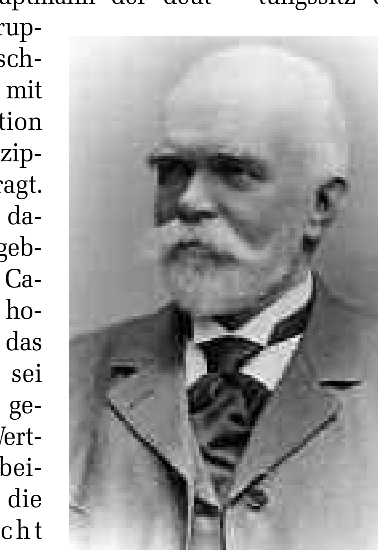


Bild: Archiv

Bruno von Schuckmann

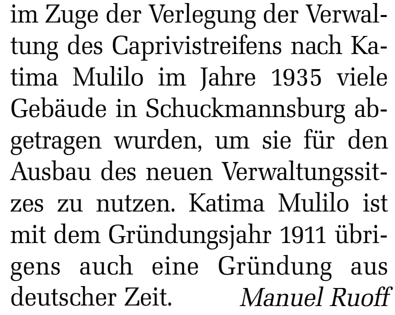
Nach dem Wechsel von Bismarck zu Wilhelm II. in der Führung des Deutschen Reiches wurde dessen Kolonialpolitik offensiver. Bezeichnenderweise sind denn auch der Caprizipfel und Schuckmannsburg, die beide in der wilhelminischen Ära entstanden, nach Staatsdienern und nicht nach Kaufleuten, sprich nach Vertretern der Flagge und nicht des Handels, benannt.

Nach Bismarcks Entlassung als Reichskanzler schloss dessen Nachfolger Leo von Caprivi 1890 mit den Briten den sogenannten Helgoland-Sansibar-Vertrag. In dem „Vertrag zwischen Deutschland und England über die Kolonien und Helgoland" erhielt das Reich vom Empire Helgoland gegen Zugeständnisse in Afrika. Wenn die Deutschen gegenüber den Briten um der Nordseeinsel willen auf dem Schwarzen Kontinent auch zurücksteckten, so erklärte sich London bezüglich des Südwestens des Kontinents doch wenigstens in Artikel III des Vertrages damit einverstanden, „dass Deutschland durch diese Bestimmung von seinem Schutzgebiet aus freien Zugang zum Sambesi mittels eines Landstreifens erhalten soll, welcher an keiner Stelle weniger als 20 englische Meilen breit ist". Die Bezeichnung dieses Landstreifens als „Caprivizipfel" geht auf Theodor Leutwein zurück, der ab 1898 Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika war.

Ab 1908, dem ersten Amtsjahr von Leutweins Nachnachfolger, Bruno von Schuckmann, gab es im Caprizipfel mit Kurt Streitwolf auch einen kaiserlichen Residenten. Kaum Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, hatte Leutwein den Hauptmann der deutschen Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika mit einer Expedition in den Caprivizipfel beauftragt. Streitwolf kam dabei zu dem Ergebnis, dass der Caprivizipfel von hohem Wert für das Schutzgebiet sei und höchstens gegen etwas so Wertvolles wie beispielsweise die Walfischbucht eingetauscht werden sollte. Daraufhin wurde der Caprivizipfel am 27. Januar 1909 administrativ in das Schutzgebiet eingegliedert. Einige Tage später, am 7. Februar 1909, errichtete Streitwolf eine kaiserliche Residentur im Caprivizipfel. Als kaiserlicher Resident errichtete er, dem drei deutsche Unteroffiziere sowie einige Askaris als Hilfspolizisten zur Seite standen, einige Gebäude, kartografierte die Umgebung und konsolidierte die Verwaltung. Seinem Gouverneur zu Ehren gab er der Siedlung den Namen „Schukkmannsburg".


Leo von Caprivi — Bild: Archiv

Heute leben in der etwa einen Kilometer südlich des Sambesi und etwa 65 Kilometer östlich von Katima Mulilo, dem heutigen Verwaltungssitz der Region, gelegenen Ortschaft etwa 800 Menschen. Es überwiegen Holzhütten, doch gibt es auch einige feste Gebäude, darunter eine Klinik und eine Schule. Das einzige intakte bauliche Relikt aus deutscher Zeit ist ein Ziegelhäuschen mit einer Grundfläche von etwa zwölf Quadratmetern. Dass dieses Erbe so klein ist, liegt auch daran, dass im Zuge der Verlegung der Verwaltung des Caprivistreifens nach Katima Mulilo im Jahre 1935 viele Gebäude in Schuckmannsburg abgetragen wurden, um sie für den Ausbau des neuen Verwaltungssitzes zu nutzen. Katima Mulilo ist mit dem Gründungsjahr 1911 übrigens auch eine Gründung aus deutscher Zeit. *Manuel Ruoff*



Unsere Beamte brauchen immerhin kein Fakelaki

Zu: Lobenswert (Nr. 31)

Was die Pensionen der Beamten und die Zusatzrenten der Angestellten im öffentlichen Dienst angeht, sei angemerkt, dass ihre Arbeitseinkommen während ihres gesamten aktiven Arbeitslebens den Einkommen in der Wirtschaft (mit Ausnahme von Gastronomie und Reinigungsgewerbe) erheblich hinterherhinken. Gönnen wir ihnen, dass sie sich daher wenigstens auf ihren Lebensabend freuen können – wenn sie ihn denn erreichen. Wenn wir Bürger über Pensionszahlungen und staatliche Zusatzrenten für Staatsangestellte stöhnen (für letztere muss der Staat schon während ihres ganzen aktiven Berufsleben ständig entsprechende arbeitgeberseitige Beitragszahlungen leisten, was auch nicht billiger ist, wie die ehemalige Ministerpräsidentin Simonis schmerzhaft erfahren musste), dann sollten wir von der Politik verlangen, künftig weniger Personal für Überwachungen in allen uns vielleicht einmal betreffenden Lebenssituationen (Verkehr, Medizin, Justiz, Lebensmittel, Umwelt) vorzuhalten, und nicht ständig noch weitere staatliche Kontrollen fordern.

Es wäre aber wohl zu befürchten, dass durch entsprechende Unterlassungen finanziell betrachtet erheblicher Unmut entsteht. Wir Deutschen sollten froh darüber sein, dass unser Land mit einem verfassungsrechtlich eingerichteten Berufsbeamtentum in ausgewogener Mischung mit Staatsangestellten die weltweit anerkannt effektivste Administration hat, deren Angehörige es zum eigenem und ihrer Familien Überleben nicht nötig haben, uns für die von ihnen vollzogenen staatlichen Dienstleistungen stets eine offene Hand unter dem Tisch entgegenzustrecken. Russland, Griechenland und Spanien lassen grüßen.

Helmut von Binzer, Hamburg

Dummes Wahlvolk interessiert die Lage nicht

Zu: Ärgerliches Störfeuer aus Brüssel (Nr. 29)

Wer nicht weiß, dass Frankreich, Italien und Spanien mit zig Billionen an Schulden vor der Pleite stehen, die Enteignung der Bankkunden schon in Gesetze gegossen ist und in Norditalien eine Truppe aufgestellt ist, die europaweit eingreifen kann und die Lizenz zum Todesschuss hat wie bei Ghaddafi, der sollte sich selber fragen, ob er als Wähler geeignet ist. Daher darf man ja auch erst ab 18 wählen, damit man der Tante und dem Onkel nicht alles glaubt, was sie vor den Wahlen ihren Wählern vorlügen.

Aber keine Bange, der Wähler kann weder die richtige Partei noch die falsche Partei wählen, denn jede Partei wird uns in den europaweiten Staatsbankrott treiben beziehungsweise gleiten lassen. Wer auch nur die fünfte Klasse Hilfsschule hinter sich gebracht hat, kann das auch ohne Taschenrechner leicht ausrechnen.

Aber zumindest können wir erkennen, was die Politiker, die an die Macht kommen wollen oder dort bleiben wollen, von unserer Intelligenz als Wähler halten; ich fürchte, sie haben Recht. Sonst ist es auch nicht erklärbar, dass immer noch Billionen an privaten Spargeldern auf den Konten sind und auf die Enteignung warten. Darüber, dass bis zu 100 000 Euro pro Sparer je Bank sicher sind, können dann nur die lachen, die ihr Geld schon abgeholt haben und unter der Matratze liegen haben.

Daher sollte es Merkel vollkommen egal sein, was vor den Wahlen noch ans Tageslicht kommt oder geregelt werden muss. Es interessiert niemanden. Genauer gesagt: Es gibt so viele Menschen in der BRD, die das nicht interessiert, dass es zu einem Wahlsieg ausreichen wird.

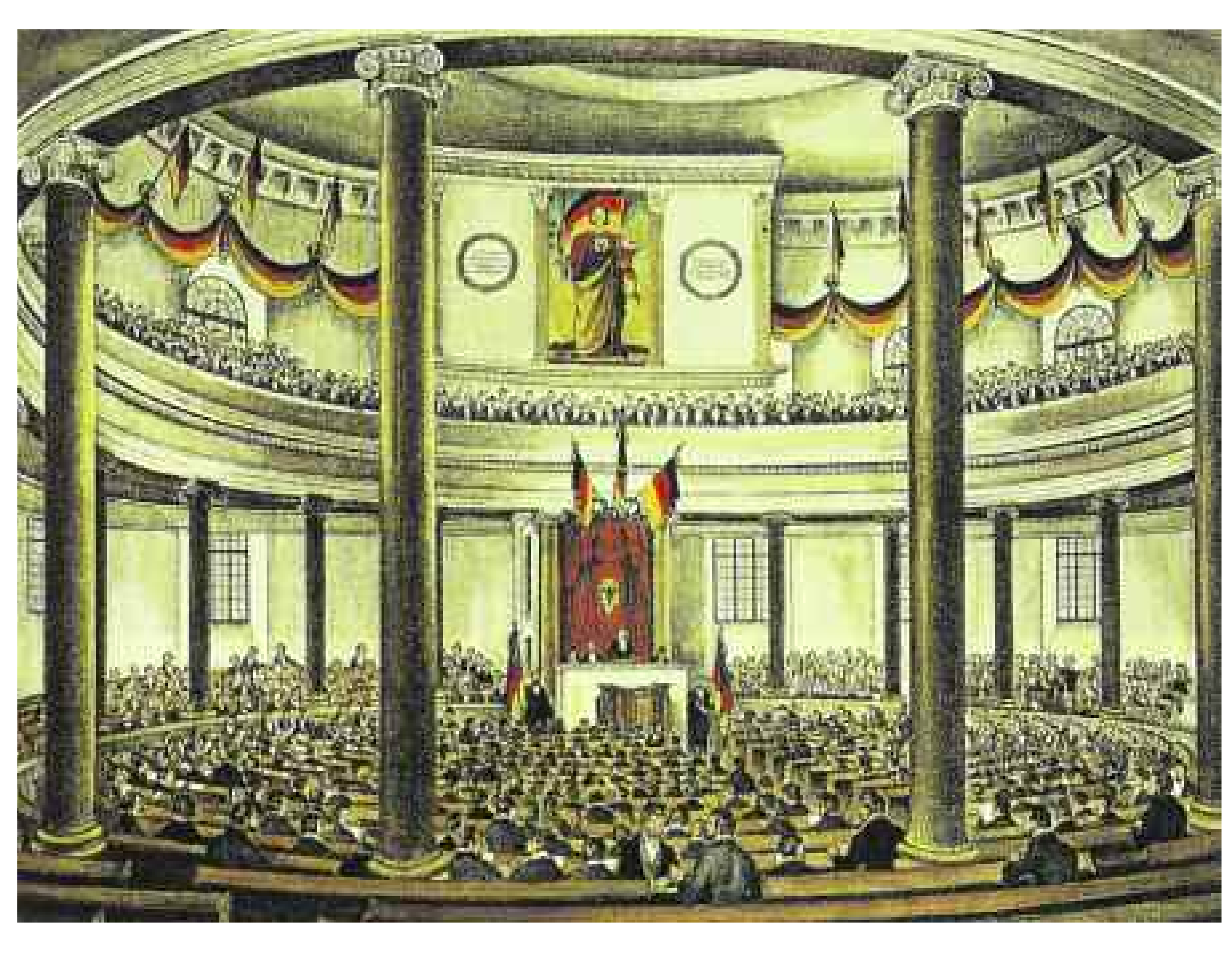
Helmut Josef Weber, Málaga/Spanien

Zum Auswandern

Zu: Oranienplatz: Die Stimmung kippt (Nr. 29)

Ich kann mir gar nicht vorstellen, dass es noch Deutsche gibt, die sich für ihr Heimatland Deutschland und dessen Zukunft engagieren wollen. In Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung kann man sich als Deutscher im Grunde nur noch mit seiner künftigen Auswanderung beschäftigen. Eine düstere Zukunft vor Augen, sollten sich alle jungen Deutschen mal gut durch den Kopf gehen lassen, ob es sich noch lohnt, seine Kraft, seinen Fleiß, seine gute Ausbildung und seine westlich zivilisierte Lebensart in diesen Trümmerhaufen Deutschland zu investieren; von dessen Früchten schon längst andere nutznießen und die selber nichts an Arbeitskraft, guten Willen, Kooperation und Integration in diese Gesellschaft einfließen lassen. So etwas nennt man „Perlen vor die Säue werfen".

Anette Maurer, Iserlohn



Ergebnis der Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes: Die Männer der Frankfurter Nationalversammlung 1848 bis 1849 waren auch Patrioten Bild: Archiv

Erringung von Freiheit ging zumeist mit Patriotismus einher

Zu: Peer war dabei! (Nr. 32)

Hinter den Bonmots dieses klugen Artikels steckt eine ernste Herausforderung, der sich Patrioten umgehend zu stellen haben. Es geht um nicht weniger als die deutsche Zukunft, die ein Echtheitszertifikat ausweisen muss, jenseits aller Demagogie aller möglichen politischen Färbungen. Nur eine neue patriotische Konservative kann dies bewerkstelligen. Sie muss patriotisch sein, ohne wenn und aber. Wer hätte je gemutmaßt, dass der Nazinexus nur in einer neuen deutschen Rechten, verfassungskonform, versteht sich, aufgelöst werden kann. Das ausgerechnet der Patriotismus, den man schon für tot erklärt hatte, das Ruder herumwerfen kann, wenn es um echte Demokratie und Freiheitsrechte geht. Aber das ist nur pseudoparadox, erinnern wir uns: Die Erringung bürgerlicher Freiheitsrechte war nie vom Patriotismus zu trennen, wie es die Linke gerne hätte. Wer sich mit dem Vormärz, der Paulskirche und der Wartburg beschäftigt, stößt auf einen reichhaltigen Fundus, ohne den heutige Errungenschaften kaum denkbar wären.

Deutschland muss sich auf eine radikal andere Weise mit seiner Vergangenheit beschäftigen, die eine verdrängte Vorvergangenheit ist. Um zu erkennen, welch eine Zäsur die NS-Zeit darstellt. Wir müssen einen Dämon abschütteln, der dieses Land fest im Griff hat. Man möchte meinen, dass ER immer noch regiert. Der Linksextremismus hat ihn institutionalisiert und lebt nicht schlecht damit. Der Preis ist die Preisgabe der guten deutschen Werte, die verramscht werden bei den medialen Spektakeln der eitlen Totentänzer für die Toleranz. Nie war dieses Land vereinheitlichter und gleichgeschalteter als in diesen Zeiten, wo Vielfalt das verlogene Zauberwort zur Ausblendung realer Missstände ist.

Die Zeit ist reif, sich zu bekennen, wo man steht, wofür man steht. Mehr denn je müssen Ross und Reiter benannt werden. Ich möchte soweit gehen zu sagen: Der Feind steht im eigenen Land. Aber machen wir uns nichts vor: Eine neue gute Rechte fällt nicht vom Himmel – oder besser: sollte nicht vom Himmel fallen, all das hatten wir schon.

Aktuell besteht die Gefahr der völligen Zersplitterung des Neokonservatismus, wir sehen Ein-Prozent-Grüppchen, die hoffnungslos am Parlamentarismus scheitern. Ein längerer Wartestand bedeutet die Gefahr, dass falsche Propheten am Horizont erscheinen und wieder einmal den patriotischen Durst mit vergiftetem Liquid stillen. Nicht nur die extreme Linke ist antipatriotisch. Hüten wir uns vor falschen Verheißungen. Es ist an der Zeit, über viele Vorbehalte hinweg ein rechtes, verfassungsbejahendes Bündnis zu schließen. Wer ohnehin als „rechts(-extrem)" beschimpft wird, nur weil das Vaterland Herzensangelegenheit ist, der darf frei aufspielen und sich bekennen. Zum Rechts-Sein gehört der Mut, das Wort „rechts" in den Mund zu nehmen. Schauen wir nach Frankreich, nach Holland, nach England, ja, und auch ins ferne Amerika, überall dort hält man das Abweichlertum aus, weil man weiß, dass es die Demokratie nicht schwächt, sondern stärkt. Die falschen Toleranzapostel hierzulande sind dumm, weil sie diese uralte demokratische Tugend nicht begriffen haben. Das ist zugleich ihre eklatante Schwachstelle. Große Teile der Bevölkerung wissen dies längst. Zeit also für einen rechten Aufbruch.

Christian Benthe, Bremen

Wehr dich Wähler

Zu: Ein Volk wird geplündert (Nr. 31)

Ein sehr guter Beitrag, der zeigt, wie verdummt unser Volk sein muss, wenn es solchen Politikern die Mandate anvertraut. Die Interessen der Verwaltungen sind nicht identisch mit den Interessen der Bürger. Ein Ruck muss durch den deutschen Wähler gehen, sonst zahlt er ewig die Zeche.

Rodolfo E. Panetta, Horb-Grünmettstetten

Besatzerarroganz

Zu: Experte: Gold ist weg! (Nr. 29)

Ob Obama oder sonstwer: Gesteuert wird der im Schafspelz getarnte Kriegstreiber USA allein durch die gefräßige Finanzoligarchie. Wer also wundert sich parallel zum Abhörskandal noch über den durchaus ernstzunehmenden Verdacht, der deutsche Goldschatz könnte verdunstet sein? In Berlin jedoch wird nach wie vor unterwürfig von „unseren Freunden" geredet. „Freunde", die einst Stalins Angebot für die Wiedervereinigung Deutschlands torpedierten, um sich die Bundesrepublik als Raketenbasis und zukünftiges Gefechtsfeld zu sichern. Besatzerarroganz bis zum heutigen Tag.

Vincenz Oertle, Gais/Schweiz

Sarrazin hat Recht!

Zu: Hollande ist Glücksfall für Le Pen (Nr. 28)

Leider gibt es in Deutschland keinen Charismatiker konservativer Prägung, der oder die in der Lage wäre, das Ruder rumzureißen. Deutschland ist heute ausschließlich von einer links-grünen Politikerkaste regiert, die alles daran setzt, die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören. Für Deutschland sehe ich schwarz! Sarrazin hatte völlig Recht!

Rolf-Axel Günther, Genf/Schweiz

Alles Rassisten

Zu: Leserbrief Lobenswert (Nr. 31)

Dazu passt, was ich in Frankreich las: Ein afrikanischer Junge fragt seine Mutter: „Mama, was bedeutet ‚Demokratie', von der im Unterricht immer geredet wird?" „Ja, mein Sohn, das heißt, dass die Franzosen täglich zur Arbeit gehen, damit wir alle Vorteile haben, ohne etwas zu tun, zum Beispiel Gratishandys für jedes Familienmitglied, umsonst wohnen, mit Bons einkaufen, kostenlose ärztliche Versorgung, andere Subventionen und so weiter. „Aber Mama meckern die Franzosen da nicht?" „Natürlich, aber das nennt man dann Rassismus."

Wolfgang Kussin, Olsberg

Immer schuldig

Zu: Deutschland Schuld am Niedergang? (Nr. 26)

Für die einen ist Deutschland nicht konsequent genug, für die anderen ist es zu hart. Deutschland hat immer Schuld an allem in der Welt. Oder? Jetzt finde jemand den goldenen Mittelweg.

Fredi Volkmann, Dortmund

Pawelka ist klasse

Zu: Antipolnisch (Nr. 26) und: Wer Menschenrechte ignoriert, ist anfällig für Kritik (Nr. 29)

Einzuforderndes Menschrecht gegen fortwährendes Unrecht lässt nichts Antipolnisches erkennen. Der Sprecher der Landsmannschaft Schlesien, Rudi Pawelka, gibt dieser Situation jedenfalls eine selten gewordene Stimme gegen „politische Korrektheit", den BdV sowie die x-mal chemisch gereinigte Politik. Beim jährlichen „Kleinen Ostpreußentreffen" auf Schloss Burg am 14. Juli wurden Pawelkas Teilnahme und seine Ansprache sehnlichst erwartet.

Werner Haase, Steingaden

Lebensleistung von Beamten ist auf jeden Fall höher zu bewerten

Zu: „Finger in die Wunde gelegt" und „Lobenswert" (Nr. 31)

Wenn's sonst keiner beanstandet, dann muss ich es wohl tun. Die Frage der Kommentatorin, ob die berufliche Lebensleistung von Beamten mehr wert sei als die von Angestellten, hört sich rhetorisch an, muss aber dennoch mit „ja" beantwortet werden! Grund: Arbeiter und Angestellte dienen einer bestimmten Firma und wechseln diese im Laufe ihres (Arbeits-)Lebens meist auch mal. Der klassische Beamte dient jedoch der Allgemeinheit und schließt daher einen lebenslangen Kontrakt mit dem Staate! Gibt es wohl noch ein höheres Ideal im weltlichen Staat, als seinem Volke lebenslang zu dienen?

Die Altersgrenze ist von vorneherein festgelegt, ebenso die Höhe der Alters-Alimentation – dass man die Grenzen jetzt herauf- und die Alimentationshöhe heruntersetzen will, ist ein Groß-Betrug an den eigenen Leuten. Schlimmer kann es wirklich nicht mehr kommen. Dass der Anstoß ausgerechnet vom Altkommunisten Kretschmann kommt – seine Mutter war übrigens als Elbingerin jahrelang in der Ostpreußengruppe Ravensburg aktiv, sie würde sich sicherlich für ihren Sohn schämen, der als Regierungschef Anfragen der Ostpreußen nicht mal mehr beantworten lässt –, nimmt nicht wunder, sind doch die klassischen Beamten schon immer die Feindbilder aller Kommunisten und Sozialisten gewesen. Drum gab's ja in der sogenannten DDR auch keine.

Der Vergleich von Renten und Beamtenpensionen entspricht dem ebenso abgedroschenen Vergleich von Äpfeln und Birnen. Es handelt sich um zwei verschiedene Systeme, die sich nur scheinbar ähneln! Leider werden solche Vergleiche immer wieder herangezogen, um eine Neiddebatte zu schüren, dass der Arbeiter bereits in jungen Jahren sehr viel mehr verdient als der Beamte (und daher auch mehr Rücklagen bilden könnte, die meisten tun es aber nicht!), bleibt dabei geflissentlich unerwähnt!

Wenn die *PAZ* kommentieren möchte, sollte sie sich, wie sonst auch, an die Tatsachen halten, anstatt diese Neiddebatte noch anzufachen. Unter den Lesern gibt's genug aktive und pensionierte Beamte, die es besser wissen. Was Herr Kretschmann macht, ist in letzter Konsequenz nichts anderes als ein weiterer Schritt zur Abschaffung des alten Deutschlands – ein erklärtes Ziel der „Grünen"!

Rainer Claaßen, Wülfershausen (Saale)

Die USA sollten sich schämen

Zu: US-Doppelmoral trifft Indianer (Nr. 30)

Vor fünf Jahren habe ich mir zum Eintritt in den Ruhestand einen Lebenstraum erfüllt und bin mit einem meiner Söhne durch den Südwesten der USA gereist, um dort die vielen Nationalparks zu sehen und zu erleben. Dabei sind wir auch durch viele sogenannten Indianerreservate gefahren und was man dort sehen muss, nimmt einem schier den Atem. In mir kam der Gedanke hoch, dass man jeden amerikanischen Präsidenten eigentlich dazu verdonnern müsste, ein Jahr seiner Amtszeit in diesen ödesten Gegenden zu verbringen, wo die Indianer in ihren tollen „Reservaten" dahinvegetieren müssen. Was dort zu sehen ist, kann man nur als Schande einer angeblich zivilisierten Nation bezeichnen. Und die maßen sich an, uns moralische Vorschriften zu machen. Jedem Leser, der die wahre Geschichte der Indianer erfahren will, empfehle ich das Buch „Vergrabt mein Herz an der Biegung des Flusses". Ein erschütternder Bericht über das wahre Schicksal der Indianer. Man kann nach dem Lesen auch erahnen wie unsere Zukunft aussieht, wenn die Zuwanderer irgendwann die Macht ausüben werden.

Peter Schumacher, Melsungen



Das Ostpreußenblatt

Nr. 34 – 24. August 2013

MELDUNGEN

Diözese feiert 770. Jubiläum

Frauenburg – Mit einer heiligen Messe in Polnisch, Latein und Deutsch wurde in der Frauenburger Kathedrale der Gründung der Diözese Ermland vor 770 Jahren gedacht. Zu den Teilnehmern gehörte auch der aktuelle Hochmeister des Deutschen Ordens, Bruno Platter. Der Hochmeister besuchte das südliche Ostpreußen bereits zum dritten Mal. Für ihn ist es erklärtermaßen eine große Freude, dass der 65. Hochmeister bei der 770-Jahr-Feier der Diözese dabei sein kann. Platter unterstrich bei dieser Gelegenheit, dass der Deutsche Orden bei der Gründung der Diözese Ermland eine wichtige Rolle gespielt hat. Der sechste Hochmeister bat den Papst, auf dem Gebiete Preußens Diözesen zu gründen. Per päpstlicher Urkunde wurden vier preußische Diözesen gegründet. Pfarrer Jacek Wojtkowski, Direktor des Ermländischen Diözesan-Museums, verwies in diesem Zusammenhang auf die besondere Bedeutung Frauenburgs. Kraft einer Entscheidung des Papstes Johannes Paul II. aus dem Jahre 1992 wurde die Diözese Ermland in den Rang einer Metropole erhoben, und es entstanden zwei neue Diözesen – die Elbinger und die Lycker. Überhaupt seien, so Wojtkowski, während der noch nicht einmal 800-jährigen Geschichte der Diözese gerade die letzten Jahre besonders wichtig gewesen. Zur Erzdiözese Ermland gehören 33 Dekanate und 245 Pfarrgemeinden. Ihr Gebiet erstreckt sich erheblich über die historischen Grenzen des Ermlandes hinaus. *PAZ*

Chatschaturow im Westen

Königsberg – Artjom Chatschaturow, Organist des Königsberger Doms, gibt in Niedersachsen zwei Konzerte. Der Eintritt ist jeweils frei, jedoch wird um Spenden gebeten. Am Donnerstag, den 29. August werden im Dom zu Verden, Domgemeinde Verden, Lugenstein 10-12, 27283 Verden, Telefon (04231) 939074, Telefax (04231) 931939, E-Mail: KG.Dom.Verden@evlka.de, ab 19 Uhr französische, deutsche und russische Orgelklänge von Johann Sebastian Bach, Felix Mendelssohn Bartholdy, Joseph Guy Ropartz, Christophor Kuschnarjow und Max Reger zu hören sein. Und in der Kirche St. Petri, Arno-Pötzsch-Platz 2, 27474 Cuxhaven, Telefon (04721) 37626, beginnt am Sonntag, den 1. September um 10.44 Uhr die Orgelmatinee „Zwei Welten begegnen sich ...“ mit Werken von Bach, Reger, Josef Gabriel Rheinberger, Dmitrij Schostakowitsch und Kuschnarjow. Chatschaturow wird schon davor im Gottesdienst ab 9.30 Uhr das Orgelvor- und Nachspiel geben und die Lieder begleiten. *G.H.*



Europarat ehrt Lötzen

Wilfried Böhm überreichte der Bürgermeisterin die Ehrenfahne der Organisation



„Für die Bemühungen und das Engagement der Selbstverwaltung von Gizycko in der internationalen Zusammenarbeit und Verbreitung der Idee des vereinten Europas“, so die Formulierung im Einladungsschreiben zum Festakt, wurde Lötzens Bürgermeisterin, Jolanta Piotrowska, von Wilfried Böhm, Ehrenmitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die mit Gold bestickte und mit Goldfransen versehene Ehrenfahne des Europarates im Beisein geladener Gäste und Hunderter Bewohnern der Stadt überreicht.

Die Ehrenfahne ist nach dem Europadiplom und vor der Ehrenplakette die zweite Stufe bei der Auswahl der Preisträger des 1955 vom Ministerkomitee des Europarates gestifteten Europapreises für außergewöhnliche Leistungen zur Förderung des europäischen Einigungsgedankens. Insgesamt sind seit 1961 bisher erst gut 1000 Ehrenfahnen vergeben worden. Im Rahmen einer von der Gemeinde veranstalteten Zeremonie mit viel Publikum überreicht ein Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der ausgezeichneten Gemeinde die Ehrenfahne.



Nahm die Ehrenfahne entgegen: Lötzens Bürgermeisterin Jolanta Piotrowka Bild: Eichler

Da die „Perle Masurens“ – wie Lötzen auch genannt wird – bei der Annahme dieser Auszeichnung in der Pflicht war, ein besonderes Fest auszurichten, entstand die Idee, den ersten „Händel-Sommer in Gizycko“ zu veranstalten. Auf der historischen Drehbrücke aus dem 19. Jahrhundert, die über den Lötzener Kanal führt, der als Wasserstraße den Löwentinsee mit dem Kissainsee und weiter mit dem Mauersee verbindet, wurde das „Polnische Orchester des 18. Jahrhunderts“ platziert. Sein Dirigent war der 71-jährige Engländer Paul Esswood, der auch als Countertenor bekannt geworden ist. Ebenfalls aus England kam die Solistin, die Sopranistin Philippa Hyde, die mit ihrer Stimme beeindruckte. Aufgeführt wurde – nachdem die geplanten Grußworte durch einen einsetzenden Regenschauer ins Wasser gefallen waren – Händels Wassermusik! Die ebenfalls von Georg Friedrich Händel als „Freiluftmusik“ komponierte Feuerwerksmusik, die 1749 in London uraufgeführt wurde, war in ihrer hier zu hörenden Interpretation Höhepunkt und Abschluss eines besonderen Tages. Perfekt war der letzte Satz der Sinfonie mit der Choreografie eines Feuerwerks kombiniert. Es wurde vom Gelände des früheren Kurhauses abgeschossen. Zuschauer und Zuhörer, die dieses Konzert erlebt haben, sprachen von einem unvergesslich romantischen Abend.

Bereits nachmittags hatte das am Stadtstrand veranstaltete Fahrrad- und Radrennfest viele Besucher angelockt. Das Rennen, das für einen gesunden und aktiven Lebensstil werben sollte, startete in Wilkassen.

Anlass für den ersten »Händel-Sommer«

Die Ehrengäste der Stadt waren zu einer Schiffsfahrt auf den Masurischen Seen, zu einem geführten Spaziergang durch die Stadt – mit Besuch der Aussichtsplattform des Wasserturmes – und zu einem regionalen Abendessen im Schlosshotel St. Bruno eingeladen worden. Mit einer siebenköpfigen Delegation war der Saalekreis besonders stark vertreten. Die Kreisgemeinschaft Lötzen war durch ihren Vorsitzenden, Dieter Eichler, vertreten, der extra per Bahn angereist war. Weitere Ehrengäste kamen aus Lötzens Partnerstädten Alanya (Türkei), Dubno (Ukraine), Trakai und Varena (Litauen) sowie Starachowice (Woiwodschaft Heiligkreuz). Alle wünschten der Stadt, ihren Bewohnern und ihrer Verwaltung ein „weiter so auf diesem guten Weg“. *Ute Eichler/PAZ*

Ansprache des ehemaligen *PAZ*-Kolumnisten Wilfried Böhm

Es ist für mich Ehre und Freude, Ihnen und allen Bürgerinnen und Bürgern Ihrer Stadt Gizycko die Ehrenfahne des Europarates und die Grüße seiner Parlamentarischen Versammlung zu überbringen. Als Ehrenmitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der ich 17 Jahre als deutscher Abgeordneter angehört habe, ist es mir eine große Ehre, heute bei Ihnen zu sein. Ich freue mich sehr über die Anwesenheit von Vertretern Ihrer Partnerstädte, die ich herzlich grüße.

Bereits 2010 haben Sie das Ehrendiplom des Europarates erhalten und seitdem die Zusammenarbeit mit Ihren Partnerstädten konsequent fortgesetzt

Diese Fahne ist die Ehrenausfertigung jener Europafahne, die am 8. Dezember 1955 vom Europarat ausgewählt wurde. Sie wird heute von allen 47 Mitgliedsstaaten des Europarates von Portugal bis Russland und von Island bis Zypern gezeigt. Sie besteht aus einem Kreis von zwölf goldenen Sternen auf azurblauem Grund. Die Zahl der Sterne ist unveränderlich; die Sterne symbolisieren die Einheit der Völker Europas, die Zahl zwölf ist das Symbol der Vollkommenheit. Im Jahr 1986 wurde sie auch durch die heutige Europäische Union mit ihrem Hauptsitz in Brüssel als deren Symbol angenommen.

Es war 1955 eine mutige Vision, dieses Symbol der Vollkommenheit zu wählen, denn damals waren es nur 14 westeuropäische Staaten, die dem Europarat angehörten und sich aufgemacht hatten, trotz neuer Gefahren und Konflikte die kriegerische Vergangenheit unseres Kontinents und seine Grenzen zu überwinden.

Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1950 Mitglied des Europarats, der erste Schritt zur Rückkehr in die europäische Familie nach den Schrecken totalitärer Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs. Polen konnte am 26. November 1991 dem Europarat beitreten, ein weiterer großer Schritt zur Vollkommenheit Europas, denn Polen und Europa und Europa und Polen gehören zusammen. Seit 1991 arbeitet Polen im Ministerrat und mit seiner Delegation in der Parlamentarischen Versammlung – dem „Parlament der europäischen Parlamente“ – aktiv und engagiert mit.

Von seiner Gründung im Jahr 1949 an bis 1989 musste sich der Europarat auf die Staaten Westeuropas beschränken, obwohl er von Anfang an auf den ganzen Kontinent angelegt war. Es dauerte 40 Jahre, bis nach dem politischen Wandel im östlichen und südöstlichen Mitteleuropa und in Osteuropa sowie der Desintegration der Sowjetunion der Europarat zu der herausragenden politischen Institution Europas wurde, die auch den Staaten, die sich erst jetzt auf den Weg zur pluralistischen Demokratie begeben konnten, einen gleichberechtigten Platz in fest verankerten Strukturen bieten konnte.

Waren es 1989 21 europäische Staaten, die dem Europarat angehörten, so sind es heute 47. Damit ist der Europarat äußerlich zum Spiegelbild der historisch gewachsenen nationalstaatlichen Struktur Europas geworden. Er kann seitdem in ganz Europa dem Ziel dienen, das gemeinsame europäische Erbe und die daraus hervorgehende Verpflichtung zu Menschenrechten, Rechtsstaat und Demokratie zu fördern.

Dazu gehört die menschlich-kulturelle Begegnung, die das Bewusstsein vermittelt, einer gemeinsamen Kultur und Zivilisation anzugehören. Daraus erwächst die Respektierung der kulturellen Vielfalt, die nicht mehr als Überlegenheit oder Unterlegenheit und daraus resultierender Aus- und Abgrenzung empfunden wird, sondern als Bereicherung aller.

Sie in Gizycko haben sich eindrucksvoll bemüht, ihren Beitrag zu diesen großen Aufgaben und zum Europa der Bürger zu leisten, den Traum von einem in Frieden und Freiheit vereinten Europa in den Alltag zu tragen und Schritt für Schritt an der Basis menschlichen Zusammenlebens zu verwirklichen. Die Zahl ihrer Aktivitäten ist so groß, dass ich sie hier nicht alle aufführen kann. Es ist aber in erster Linie die Qualität ihres Bemühens, das den Europarat bewogen hat, Ihnen seine Ehrenfahne zu verleihen, Ihre Arbeit anzuerkennen und Sie zu bitten, in Zukunft genauso engagiert weiterzuarbeiten.

Zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Die nicht immer einfache Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern Europas zeigt auch, in welcher Weise Deutsche und Polen gemeinsam ihren Weg in die Zukunft Europas gehen sollten. Sie hier in Gizycko, in einer Landschaft voll natürlicher Schönheit, die von Leid und Krieg in der Vergangenheit nicht verschont geblieben ist, geben ein eindrucksvolles Beispiel. Auch dafür gebührt Ihnen die Ehrenfahne des Europarates, die ich Ihnen jetzt überreiche.



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

erst jetzt entdecken manche Vertriebenen im Internet Namen von Vermissten und erfahren nun, dass diese schon vor Jahren oder sogar Jahrzehnten gesucht wurden oder zu den Suchenden gehörten. Das führt dazu, dass wir immer wieder Nachfragen nach den namentlich Genannten erhalten, verbunden mit der Bitte nach näheren Angaben, vor allem nach Vermittlung der Anschriften. Und da müssen wir oft bedauern, dass wir diese nicht geben können, weil die Unterlagen nicht mehr vorhanden sind oder die Adressen nicht mehr stimmen, weil die Betreffenden inzwischen verzogen oder verstorben sind und sie nicht aktualisiert werden können. Also bleibt dann nur noch der Weg über unsere Ostpreußische Familie mit der Bitte um Meldung oder Hinweise aus dem Umfeld der Gesuchten.

In unserem ersten Fall gehöre ich selber zu diesen möglichen Informanten, denn vor zehn Jahren hatte ich meine Cousine **Gerda Preuß** – auch durch die Ostpreußische Familie – wieder gefunden, die mich bat, nach ehemaligen Bewohnern von Hanshagen zu suchen, die ihr Näheres über den Tod ihrer älteren Schwester **Lotte Kerwin**, deren Ehemannes **Oskar** und deren beider Kinder mitteilen konnten. Es fand sich tatsächlich in unserem Leserkreis ein Zeitzeuge, der ihr von dem Suizid der Lehrerfamilie vor dem Einmarsch der Russen berichtete. Ein sehr tragischer Fall, der auch mich berührte, denn es handelte sich ja um meine Cousine, mit der ich aber wegen des Altersunterschiedes wenig Verbindung gehabt hatte. Gerda Preuß, die immer mit der Ungewissheit über den Tod ihrer Schwester gelebt hatte, schrieb damals, dass sie nun beruhigt sei, da sie wusste, dass die Eltern mit den Kindern gemeinsam in vollem Einverständnis aus dem Leben geschieden waren. Ich berichtete darüber im April 2003 in unserer Kolumne, und diese fand Herr **Hartmut Wiest** nun im Internet und stutzte sofort, als er den Ortsnamen Hanshagen las, denn seine Mutter **Magdalena** geborene **Lange** stammte auch aus dem im Kreis Preußisch Eylau gelegenen Kirchdorf. Sie konnte sich gut an die Familie Kerwin erinnern, hatte bei dem Lehrer und Kantor Unterricht gehabt und betreute Anfang der 30er Jahre außerhalb der Schulzeit oft dessen etwa zweijährige Tochter **Gundula**. Frau Magdalena hatte schon auf Heimattreffen einiges über das tragische Schicksal der Lehrerfamilie erfahren, von dem sie nichts gewusst hatte, da ihre Familie abseits des Dorfes im Abbau-Süd wohnte und sie knapp vor der endgültigen Besetzung des Ortes durch die Russen über das Haff und dann über See flüchten konnte. Nun also erhielt sie durch unseren vor zehn Jahren erschienenen und erst jetzt entdeckten Bericht die Gewissheit, dass die vierköpfige Familie Kerwin Selbstmord begangen hatte. Ihr Sohn Hartmut Wiest fragte mich nun nach näheren Angaben über die Familien Kerwin und Preuß, denn auch die Eltern von Lotte hatten zu der Zeit in Hanshagen gelebt, und ihr Vater – mein



Gisela Hannig mit einem Berliner Ferienkind im Sommer 1936 Bild: privat

Onkel – **Gustav Preuß** war von den Russen erschossen worden. Herr Wiest stellt nun für seine 89-jährige Mutter eine Reihe von Fragen, die ich leider nicht beantworten und auch nicht an meine Cousine Gerda Preuß weitergeben kann, da diese inzwischen verstorben ist. Ich weiß nicht, wo der Nachlass der unverheirateten ehemaligen Krankenschwester geblieben ist, der vielleicht noch Erinnerungen an die Familien erhielt. Soweit ich mich an unsere damals geführten Telefongespräche erinnere, lebt von ihrer engeren Verwandtschaft niemand mehr.

So muss ich also die Fragen von Hartmut Wiest an unsere Leser weitergeben in der Hoffnung, dass sich vielleicht noch einmal jener Zeitzeuge meldet, der vor zehn Jahren meine Cousine informierte. Die Familie Kerwin soll den Suizid durch Öffnen der Pulsadern im Haus der Familie **Prothmann** begangen haben, wohin sie flüchtete, als das Schulhaus von den Russen beschossen wurde. An welchem Tag – vermutlich am 2. Februar 1945 – und zu welcher Uhrzeit verstarben die Eltern Kerwin und ihre beiden Töchter, wo und wann wurden sie begraben? Wann waren der Vater von Lotte, der Lehrer Gustav Preuß und seine Frau, eine geborene **Matthee**, nach Hanshagen gekommen? Gibt es noch Fotos oder andere Erinnerungen an die Familie und vor allem an den Lehrer und Kantor Oskar Kerwin, einen sehr sensiblen Menschen? Gefragt sind weiter die Lebensdaten aller Angehörigen wie Geburtsort und -datum von Oskar Kerwin. Frau Magdalena und ihr Sohn würden sich freuen, wenn nach zehn Jahren wieder ein Hanshagen-Erfolg zu verzeichnen wäre. (Hartmut Wiest, Postfach 1320 in 39404 Staßfurt, Telefon 0177/3332210, E-Mail: Wiest@leopoldshall.de)

Noch weiter zurück geht das Anliegen von Herrn Dr. **Dittmar Wingsch** aus Bendestorf, nämlich bis zum Jahr 1992. Aber das Objekt, das er sucht, entstand noch weitaus früher. Es handelt sich um ein etwa 1918/1919 in Tilsit aufgenommenes Foto, das die 3. Klasse der Cäcilienschule mit 24 Schülerinnen und der Klassenlehrerin **Reimer** zeigt. Es wurde im *Ostpreußenblatt* Folge 49/1992 als Erinnerungsfoto veröffentlicht. Die Besitzerin dieses Klassenfotos war Frau **Charlotte Stoltenberger** geborene **Gottschalk**, die es uns durch Frau **Lotte Hube** zukommen ließ. Da sie in der DDR lebte, hatte sie erst nach der „Wende“ erfahren, dass es ein *Ostpreußenblatt* mit dieser Suchmöglichkeit nach Menschen aus der verlassenen Heimat gibt. Und nun suchte sie ihre ehemaligen Mitschülerinnen, deren Namen sie alle nennen konnte, obgleich sie damals bereits 86 Jahre alt war. Darunter war auch der von **Elfriede Krank** – und diese ehemalige Cäcilienschülerin ist die Mutter von Herrn Dr. Wingsch, der nun nach dem Originalfoto fragt. Er ist dabei, eine Familienchronik zu erstellen, und deshalb ist ihm sehr daran gelegen, diese Aufnahme zu erhalten. Nun sind inzwischen über zwei Jahrzehnte vergangen. Charlotte Stoltenberg dürfte mit Sicherheit nicht mehr leben, jedenfalls gehört sie nicht mehr zu unserem Leserkreis. Wir können also nichts anderes tun, als auf unsere bewährte Methode zurück zu greifen und hier in unserer Kolumne nach dem Foto zu fahnden. Vielleicht ist es noch im Familienbesitz oder wurde irgendwo archiviert. Ob Frau Stoltenbergs Suche nach ihren ehemaligen Klassengefährtinnen Erfolg hatte, ist nicht bekannt. Es könnte sein, dass auf Wunsch von Leserinnen, die einen Bezug zu dem Foto hatten, Abzüge vom Original angefertigt wurden. Also probieren wir es mal und hoffen auf eine positive Antwort, die zu richten ist an: Dr. Dittmar Wingsch, Kleckerwaldstraße 64 in 21227 Bendestorf, Telefon (04183) 6047, E-Mail: bbk@wingsch.de

Im Laufe unserer jahrzehntelangen Suchkampagnen wurden uns immer wieder Fälle vorgelegt, bei denen es um französische Kriegsgefangene geht, die in Ostpreußen eingesetzt worden waren und da vor allem in landwirtschaftlichen Betrieben. Zumeist handelte es sich um Nachkommen von französischen und belgischen Gefangenen, die Kontakt zu den Familien aufnehmen wollten, mit denen über die Arbeit hinaus auch eine persönliche Verbindung zustande gekommen war. Auch bei dem Anliegen, mit dem Frau **Rita Leuschner** aus Tönisvorst sich an uns wendet, ist dies der Fall, aber diesmal wird nach einem ehemaligen französischen Kriegsgefangenen gesucht – von der Tochter einer Ostpreußin. Und wie man schon erahnen kann, handelt es sich um ihren leiblichen Vater. Frau Leuschner schreibt uns im Auftrag ihrer Freundin **Rosi Marianne Z.** Die heute 68-Jährige hat bereits vor längerer Zeit erfahren, dass sie das Kind eines französischen Kriegsgefangenen ist – aber in der Familie wurde nie darüber gesprochen. Warum – das kann man zwischen den Zeilen lesen, die Frau Leuschner uns übersandt hat. Die Geschichte liest sich wie die Vorlage für einen Roman und hätte durchaus in manchen Passagen dem ZDF-Film „Die Flucht“ entnommen sein können. Aber für Rosi Z. ist es Wirklichkeit, die sie anscheinend noch oder erst recht heute belastet, da es im Verwandtenkreis keine Zeitzeugen mehr gibt, die ihr Aufklärung geben könnten.

Begonnen hat alles während der letzten Kriegsjahre auf dem Bauernhof der Familie **Müller** in Birkenau bei Heiligenbeil. Der damals etwa 24-jährige französische Kriegsgefangene **Robert Roger** (oder **Roger Robert**) war dort zusammen mit anderen Kriegsgefangenen zur Arbeit eingesetzt worden. Auch das Ehepaar **Rensch** war auf dem Hof tätig, der Mann wurde dann zum Militärdienst eingezogen. Frau Rensch lernte bei der Arbeit Roger kennen – und lieben! Sie hatte bereits mehrere Kinder und war nun wieder schwanger – allerdings von dem 15 Jahre jüngeren Franzosen! Im Februar 1945 floh die Familie Rensch mit Roger und einigen anderen französischen Kriegsgefangenen. Frau Rensch landete in einem dänischen Internierungslager, wo sie im Mai 1945 ihre Tochter Rosi Marianne gebar. Roger hat den Krieg überlebt und auch erfahren, dass er Vater einer Tochter ist. Frau Rensch hatte ihm geschrieben und ihm auch ein Foto übersandt. Sie haben miteinander noch eine Zeitlang korrespondiert, dann muss der Briefkontakt abgebrochen worden sein. Leider sind alle Briefe verbrannt worden, denn die Familie Rensch wollte wohl alle Erinnerungen an Rosis leiblichen Vater tilgen. Aber die Tochter aus dieser außerehelichen Beziehung lässt die Frage nach ihrem Erzeuger nicht ruhen. Sie möchte mehr über ihn und seine Familie wissen, ob er noch lebt, was nicht sehr wahrscheinlich ist, und wie sein Leben verlaufen ist. Alles, was sie von ihm weiß, ist dass er aus Chateau du Bondues in Nordfrankreich kam. Vielleicht können Leserinnen und Leser, die mit ehemaligen französischen Kriegsgefangenen nach Kriegsende Verbindung aufgenommen haben, durch ihre persönlichen Erfahrungen Rosi Z. einige Hinweise geben, Frau Leuschner würde sie gerne vermitteln. (Rita Leuschner, Auf Pastorsfeld 4 b in 47918 Tönisvorst, Telefon 02156/8281, Fax 02156/8668.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Noch einmal Kindersommer! Unsere Plauderei in Folge 31 mit der Schilderung von Frau **Eva Droese** über ihre Kindheit in Balga hat so manche Erinnerung an heimatliche Sommerfreuden geweckt – besonders intensiv bei Frau **Gisela Hannig** aus Friedrichshafen, denn Eva Droese war ihre Schulkameradin, „Sie spielte gerne mit meinen Puppen, während ich lieber mit unserm Rex in den Haffbergen unterwegs war“, schreibt Frau Hannig, die sogar ein Foto aus jenen Sommertagen noch weit vor Krieg und Flucht besitzt. An ihrem „Kindersommer in Balga 1936“ nahm ein Ferienkind aus Berlin teil, das auch auf dem Foto zu sehen ist, und dann natürlich der Dauerbegleiter Rex. Die Aufnahme entstand vor dem Ordenskrug in Balga. Mit diesem hübschen Bildchen beenden wir unsere Kindersommergeschichten, und die anderen, die zu diesem Thema aus unserem Leserkreis kamen und vielleicht noch kommen, werden eingeweckt für das nächste Jahr. Dann werden sie uns besonders gut munden.

Noch ein Nachschrapselchen. Unserer aufmerksamen Leserin Frau **Dorothea Blankenagel** habe ich es zu verdanken, dass ich dieses Wort korrekt schreibe, denn ich hatte mich einmal phonetisch beeinflussen lassen und aus p ein b gemacht. Hatten wir doch Muttchen immer, wenn sie Kuchen buk, um ein „Nachschraabselche“ angebettelt, aber da das Wort von „schrapen“ kommt, ist die von Frau Blankenagel übermittelte Schreibweise die richtige. Übrigens bezeichnet man auch den jüngsten Sproß einer kinderreichen Familie so – also bin ich auch ein Nachschrapselchen. Ich erwähne Dorothea Blankenagel allerdings nicht aus diesem Grund, sondern weil sie unseren Leserinnen und Lesern wieder ein Angebot macht: Sie ist bereit, zwei Ostpreußenbücher abzugeben, die von den betreffenden Autoren Dr. **Alfred Lau** und **Hildegard Rauschenbach** signiert sind. Da beide nicht mehr leben, dürften diese Bücher für manche Leser einen besonderen Wert haben. (Dorothea Blankenagel, Heerstraße 59 in 47053 Duisburg, Telefon 0203/21677.)

Eure

Ruth Geede

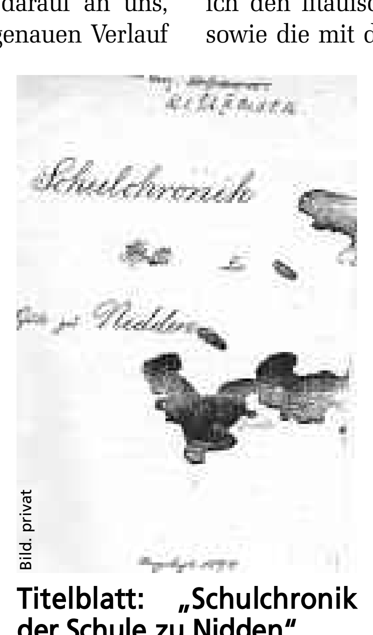
Wo ist die Originalchronik der Schule zu Nidden?

Suche nach der bekannten »Nadel im Heuhaufen«

Nun ist wieder der Spürsinn unserer Ostpreußischen Familie gefragt, und zwar müssen unsere Leser schnell spuren, denn über dieser Suchfrage steht ein großes eilt! Deshalb hatten wir den Fall schon für die letzte Folge vorgesehen und bereits bearbeitet, aber dann erhielten wir neue, sehr wichtige Informationen, und es war zu spät für die notwendigen Korrekturen. Inzwischen haben wir sie vorgenommen und nun bitten wir unsere Leserinnen und Leser um schnelle Mithilfe, denn irgendwo muss sich das Original der im Jahr 1894 angelegten „Schulchronik der Schule zu Nidden“ befinden. Denn sie wird dringend für die Herausgabe des Buches „Schulchronik von Nidden“ benötigt, das die gesamte Schulgeschichte des Nehrungsortes erfassen soll. Das fast fertige Buchprojekt mit dem Chronikteil 1923 bis 1944 soll nunmehr mit dem bisher fehlenden Teil der Schulchronik von 1894 bis 1918 ergänzt werden, damit die deutsche Ausgabe in vollem Umfang im September in Druck gehen kann. Gegen Ende des Jahres soll das Buch in litauischer Sprache erscheinen.

Zuerst informierte uns Frau **Ingrid Streckfuß** aus Erbach über das Vorhaben. Sie besitzt seit Jahren ein in Sütterlin geschriebenes, 37 Seiten umfassender Heft, das Kopien von diesem bisher fehlenden Erstteil der Schulchronik Nidden enthält. „Auf die Idee, diese Seiten abzuschreiben, kam wohl bisher niemand außer mir, wie ich annehme“, meinte die Königsbergerin, der ich im Rahmen unserer Ostpreußenarbeit schon öfters begegnet bin. Diese Seiten in Normalschrift übermittelte sie nach Nidden, wo anscheinend der Ball ins Rollen kam, denn es erfolgte von wissenschaftlicher Seite die Frage nach der Originalfassung, die Frau Streckfuß natürlich nicht geben konnte. Und deshalb wandte sie sich an unsere Ostpreußische Familie mit der Bitte um Nachforschung.

Und nun lasse ich Herrn **Hans-Jörg Froese** sprechen, denn er wandte sich kurz darauf an uns, um uns über den genauen Verlauf der Aktion zu informieren. Das für das Memelland zuständige Bundesvorstandsmitglied stammt ja aus Nidden, seine Familie ist dort seit Jahrhunderten ansässig und hat nachvollziehbare Spuren hinterlassen. Die Schulchronik hat für ihn eine hohe, dokumentarische Bedeutung, und deshalb legt er großen Wert auf die Authentizität der Angaben. Herr Froese schreibt: „Mit der Niddener Schulchronik von 1923 bis 1944 bin ich persönlich seit knapp 1½ Jahren verbunden. Anfang Juli war das daraus entstandene Buchmanuskript bereits druckfertig, dabei unterstütze ich den litauischen Hauptsponsor sowie die mit dem Buch befassten litauischen und deutschen Wissenschaftler und habe zur Aufwertung des Buches einen aussagekräftigen Bildteil initiiert und finanziert. Im Frühling 2012 wurde die originale ‚Chronik der Schule zu Nidden‘ der Jahre 1923 bis 1944 auf einer Auktion der Berliner Galerie Bassenge entdeckt und erworben. Dieser jüngere Teil der Chronik wurde vom Hauptlehrer **Henry Fuchs** begonnen und von seinen Nachfolgern mit viel Sorgfalt weiter geführt. Sie befassten sich nicht nur mit der trockenen Schultätigkeit, sondern schilderten auch mit großem Einfühlungsvermögen den Alltag der Niddener. Diese Aufzeichnungen geben einen authentischen Einblick in die Geschichte von dem Leben in Nidden und der nördlichen Kurischen Nehrung, so dass die Chronik viel mehr als nur ein Dokument des Schulwesens ist, sondern auch eine historische Quelle.“ Die noch tiefer ausgeschöpft werden konnte, als vor einigen Wochen etwas geschah, was Herr Froese als „kleines Wunder“ bezeichnet: Es tauchte eine Fotokopie des Erstteiles der Schulchronik von 1894 bis 1918/23 auf. Dieses Exemplar gelangte auf bisher ungeklärtem Weg nach Nidden, ohne dass dort sein Wert erkannt wurde. Allerdings gab es einige Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung, auf die wir hier nicht näher eingehen können, jedenfalls weist die vorliegende Kopie einige Textlücken auf. Die nun wesentlich ergänzt werden können durch die von Frau Streckfuß zur Verfügung gestellte Kopie. Um aber wissenschaftlich korrekt arbeiten zu können, wird die vollständige Originalfassung des Erstteiles benötigt. Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass sich die Urfassung in Deutschland befindet. Aber wo? Eine Nadel im Heuhaufen sei wohl leichter zu finden als die Originalschrift, meint Frau Streckfuß. Wenn man sich die mächtigen Heukäppse der Memelniederung vor Augen führt, könnte man dem zustimmen. Die von Herrn Froese und Frau Streckfuß im Schnellgang durchgeführte Suche nach dieser „Nadel“ bei den in Frage kommenden Bibliotheken, Archiven und Instituten blieb bisher erfolglos. So kann man vermuten, dass sich das Original der „Schulchronik der Schule zu Nidden“, deren Titel wir zeigen, in einer kleineren Sammlung oder im Privatbesitz befindet. Also heißt es: Familie hilf! (Ingrid Streckfuß, Damaschkestraße 35 in 64711 Erbach, Telefon 06062/5951, E-Mail: streck-erbach@t-online.de, Hans-Jörg Froese, E-Mail: hjfroese@googlemail.com) *R.G.*



Titelblatt: „Schulchronik der Schule zu Nidden“ Bild: privat

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Liegener, Irmgard, geb. **Schönrock**, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 25. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lazer, Margarete, aus Königsberg, am 28. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brodowsky, Lieselotte, geb. **Pannewitz**, aus Wehlau, Neustadt 16, am 27. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Chaux, Dela, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 27. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Ernst, Helene, geb. **Alexy**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 30. August
Gerschewski, Hans, aus Allenstein Ramsau, am 25. August
Kalinowski, Anna, geb. **Zakrzewski**, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Nitzko, Siegfried, aus Lyck, Abbau, am 27. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bähnisch, Alwine, geb. **Schindler**, aus Bludau, Kreis Samland, am 24. August
Beier, Eva, geb. **Fronz**, aus Treuburg, am 30. August
Lilge, Christel, geb. **Machmüller**, aus Tapiau, Markt 6, Kreis Wehlau, am 25. August
Olbrisch, Sabine, geb. **Sterner**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 25. August
Rausch, David, aus Lank/Diedersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 24. August
Wirsching, Hildegard, geb. **Skibba**, aus Lötzen, am 25. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bock, Margarete, geb. **Gahmann**, aus Schönrade, Reichau, Kreis Wehlau, am 25. August
Ehlers, Paula, geb. **Braun**, aus Brandenburg, Kreis Elchniederung, am 29. August
Hansen, Hannelore, geb. **Kolberg**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 30. August
Hüttig-Langer, Hanna, geb. **Matzick**, aus Kleinsommershöfen, Kreis Elchniederung, am 31. August
Jakel, Frieda, geb. **Cytterich**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 26. August
Kugland, Heinz, aus Königsberg Preußen, Lawsker Allee 110, am 30 August
Schenk, Klaus, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. August
Spiegel, Elsbeth, geb. **Kottowski**, verwitwete Haberland, aus Lisken, Kreis Lyck, am 26. August
Wiese, Herbert, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 27. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Jablonowski, Kurt, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. August
Rohmann, Eduard, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 27. August
Storm, Hertha, geb. **Bade**, aus Lyck, Yorkplatz 1, am 27. August
Walendy, Alfred, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 28. August
Wandke, Lydia, geb. **Neschokeit**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 29. August
Werth, Eva, geb. **May**, aus Tapiau, Kleinhof, Kreis Wehlau, am 28. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baldzun, Ella, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August
Czerwinski, Luise, geb. **Kuntsch**, aus Millau, Kreis Lyck, am 26. August
Dibowski, Martha, geb. **Jestremski**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 29. August
Fehlau, Heinz, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 29. August
Feldten, Lisbeth, aus Lyck, am 26. August
Jannsen, Erna, aus Lyck, am 29. August
Klimaschewski, Gerda, geb. **Laupichler**, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Augst
Kuhn, Hedwig, geb. **Bednarz**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. August
Müller, Erika, geb. **Ambras**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 24. August
Palfner, Hildegard, aus Ebenrode, am 29. August
Zabel, Luise, aus Neidenburg, am 30. August
Zawallich, Gertrud, geb. **Labusch**, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Zimmermann, Lisbeth, geb. **Bartel**, aus Königsdorf/Rauschnik, Kreis Heiligenbeil, am 25. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Gold-Schmidt, Ella, geb. **Will**, aus Kuglacken, Neu Ilischken, Kreis Wehlau, am 30. August
Hartmann, Erika, geb. **Mack**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 24. August
Hensel, Emil, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 30. August
Lange, Hilde, geb. **Reimann**, aus Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 25. August
Kling, Charlotte, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 29. August
Napierski, Gerda, geb. **Bielinski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 28. August
Rosan, Horst, aus Neidenburg, am 30. August
Rosslan, Erich, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August
Rutkewitz, Wolfgang, aus Ortelsburg (Försterei), am 24. August
Sczech, Walter, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, am 29. August
Stalschus, Bruno, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 29. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Anfang, Ursula, geb. **Marienburg**, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, am 30. August
Behlau, Gerda, geb. **Kloß**, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, am 27. August
Bendig, Paul, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. August
Ciesla, Günter, aus Hohendorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Conrad, Walter, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 29. August
Diboswski, Ewald, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 25. August
Eggers, Anita, geb. **Dalheimer**, aus Bolbitten/Rg. Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 29. August
Ernst, Günther, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 25. August
Gaffney, Margarete, geb. **Klein**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 25. August
Geschwandner, Irmgard, aus Ebenrode, am 14. August
Hendrian, Alfred, aus Mointhienen, Kreis Ortelsburg, am 27. August
Hensch, Edith, geb. **Mahler**, aus Wehlau, Wärterhaus 161, am 24. August
Jankowski, Gerhard, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 25. August
Kalisch, Oskar, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. August
Krause, Else, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 25. August
Lepenis, Fritz, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 24. August
Lison, Anneliese, aus Beuthen/OS, am 24. August
Litzbarski, Elly, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Marglowski, Elsbeth, geb. **Kumbartzki**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 25. August
Mattulat, Erwin, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 27. August
Reeg, Waltraut, geb. **Riemann**, aus Schuditten, Kreis Samland, am 30. August
Reske, Helmut, aus Wehlau, Kleine Vorstadt 1, am 27. August
Rogalla, Herbert, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Schäfer, Christel, geb. **Hoffmeister**, aus Sanditten, Zargen, Vorwerk, Kreis Wehlau, am 29. August
Schlösser, Waltraud, geb. **Logewski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 28. August
Schmidtke, Gretel, geb. **Kersten**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. August
Schneider, Anneliese, geb. **Engelbrecht**, aus Lötzen, am 30. August
Schröder, Frieda, geb. **Hufenbach**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 29. August
Schützhold, Herta, geb. **Stomber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August
Tacke, Gertrud, geb. **Rogalski**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Tietze, Erika, geb. **Adam**, aus Altenfließ, Kreis Ebenrode, am 24. August
Wayland, Ruth, geb. **Schettler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 26. August
Werner, Irmgard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 27. August
Wiese, Oswald, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahr, Hans, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 24. August
Broßeit, Erich, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 30. August
Büchner, Traute, geb. **Schlenther**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 30. August
Diedtrich, Siegfried, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 25. August
Friedemann, Ingetraut, geb. **Wollmann**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 25. August
Friederiszick, aus Monethen, Kreis Johannisburg, am 25. August
Garbe, Brigitte, geb. **Wolski**, aus Ortelsburg, am 28. August
Graef, Martin, Prof. Dr., aus Saalfeld, Kreis Mohrungen, am 25. August
Krämer, Erwin, aus Gauleden, Linkehnen Gut, Kreis Wehlau, am 27. August
Kuss, Dieter, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. August
Michalzik, Manfred, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 25. August
Mzozek, Johannes, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 28. August
Schaak, Hans-Karl, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 28. August
Schneidereit, Brigitte, geb. **Gresch**, aus Neidenburg, am 24. August
Springer, Werner, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. August
Strehl, Bernhard, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 25. August
Wackermann, Peter-Jürgen, aus Lyck, Stadtwerke, am 29. August
Wilkop, Alfred, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Boguschewski, Gerold, aus Treuburg, am 24. August
Butz, Herta, geb. **Kopp**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 25. August
Dierich, Adeltraud, geb. **Witzenti**, aus Ortelsburg, am 30. August
Dostal, Inge, geb. **Pillath**, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 29. August
Haupt, Konrad, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 27. August
Matheus, Horst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Quaschni, Edelgard, geb. **Ruttkowski**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 30. August
Schön, Edith, geb. **Kiauka**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 24. August
Wittösch, Erich, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 27. August

TERMINE DER LO

Jahr 2013

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Herbstfreizeit für Senioren

Vom 23. September bis 3. Oktober 2013 bietet das Ostheim wieder eine Herbstfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der herbstlich gefärbte Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten, zum Beispiel am 24. September die Operette „Im weißen Rößl", am 26. September Klaviersonaten von Wolfgang Amadeus Mozart und ab 27. September die neue Licht- und Klanginszenierung „Ilumina" im Kurpark, zum Bummeln und genießen ein. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie.

Diese zehntägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 478 Euro und im Doppelzimmer pro Person 413 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und die Gästebetreuung (Programm). Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

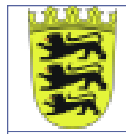
Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax: (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Klaus Rainer Röhl, unseren Lesern seit 1997 bekannt durch seine Kolumnen auf Seite 8, geht im Herbst wieder auf Lesereise. Vorträge können gebucht werden unter Klausrainer@gmx.de. *PAZ*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 24. August, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 50 Jahren: Am ersten Spieltag der neu gegründeten Fußball-Bundesliga startet auch das „Aktuelle Sportstudio" im ZDF.
SONNABEND, 24. August, 12.45 Uhr, NDR: Bewegend baltisch. Das 28. Schleswig-Holstein Musik-Festival.
SONNABEND, 24. August, 19.30 Uhr, 3sat: Nacht über Deutschland. Hitler – Die ersten 100 Tage. Doku, D 2013.
SONNABEND, 24. August, 20.15 Uhr, WDR: Auslandseinsatz. TV-Militärdrama über die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan.
SONNTAG, 25. August, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 25. August, 20.15 Uhr, 3sat: Dresden. TV-Kriegsdrama, D 2006.
SONNTAG, 25. August, 20.15 Uhr, MDR: Markus Wolf. Mielkes bester Mann. Doku, D 2013.
MONTAG, 26. August, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 200 Jahren: Der Dichter und Dramatiker Theodor Körner ist gestorben.
MONTAG, 26. August, 17.45 Uhr, 3sat: Idole der Nazis: Hannah Reitsch: Hitlers Fliegerin.
MONTAG, 26. August, 20.15 Uhr, 3sat: Unsere Mütter, unsere Väter (1/3). TV-Kriegsdrama, D 2013.
DIENSTAG, 27. August, 20.15 Uhr, 3sat: Unsere Mütter, unsere Väter (2/3).
DIENSTAG, 27. August, 20.15 Uhr, Phoenix: Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Lüge und Wahrheit in der Politik.
MITTWOCH, 28. August, 20.15 Uhr, 3sat: Unsere Mütter, unsere Väter (3/3).
DONNERSTAG, 29. August, 20.15 Uhr, 3sat: Die Flucht (1/2). TV-Historiendrama, D 2007.
DONNERSTAG, 29. August, 21 Uhr, Phoenix: Tod einer Richterin. Auf den Spuren von Kirsten Heisig.
DONNERSTAG, 29. August, 21.15 Uhr, Servus TV: Gier – Wirtschaftskrise mit System. Reportage, USA 2013.
FREITAG, 30. August, 20.15 Uhr, 3sat: Die Flucht (2/2).
FREITAG, 30. August, 22.35 Uhr, 3sat: Lilli Marleen. Kriegsmelodram, D 1980.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Donnerstag, 5. September, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@ low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 6., bis Sonntag, 8. September, Gunzenhausen, Hensoltshöhe: Landesdelegiertentag der Landesgruppe Bayern.

Erlangen – Donnerstag, 12. September, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Filmvorführung „Trakehnen lebt weiter“. Gäste sind herzlich willkommen.

Kitzingen – Sonnabend, 7. September, 16.15 Uhr: Kranzniederlegung am Denkmal der Vertriebenen am alten Friedhof. Ab 17 Uhr Festveranstaltung zum **Tag der Heimat** im Großen Sitzungssaal des Landratamtes, anschließend gemütliches Beisammensein im Gewölbekeller auf Einladung der Landrätin. Anmeldungen erforderlich unter Telefon (09321) 4405. Es können sich eventuell Terminänderungen ergeben. – Sonnabend, 14. September, 16 Uhr: Kranzniederlegung am Gedenkstein. 17 Uhr „Tag der Heimat“. Festredner ist der Bezirksvorsitzende der Landsmannschaft der Ostpreußen, Claus Philipowski.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

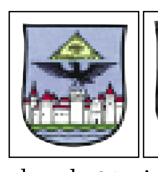
Nürnberg – Donnerstag, 5. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser: Vorführung des Videofilms „Die Geschichte der Marienburg“.

Starnberg – Donnerstag, 12. September, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Monatstreffen.



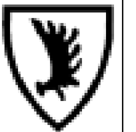
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@ bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

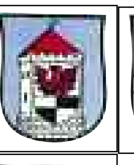




Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 31. August, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

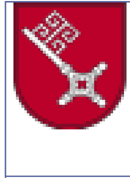


Frauengruppe – Mittwoch, 11. September, 13.30 Uhr, „Kaffee Tam“, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Berichte aus Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





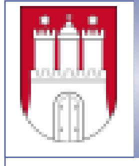
Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 19. September, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Erntedank in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Martina Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 31. August, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: „Ostpreußenklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken“.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 24. August, 7.30 Uhr, Zentraler Omnibus-Bahnhof (ZOB): **Fahrt nach Berlin zum „Tag der Heimat“** des Bundes der Vertriebenen im ICC unter dem Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“. Während der Fahrt wird ein Imbiss gereicht. Die Festveranstaltung findet von 12 bis 14 Uhr statt. Nach der Feierstunde lernen die Teilnehmer in einer historischen Stadtrundfahrt Unbekanntes in Berlin kennen. Anschließend Imbiss im Ramada-Hotel am Alexanderplatz mit einem Kurzvortrag über das „Zentrum gegen Vertreibungen“ durch Professor Dr. Kittel. Nach einem Bummel am Alexanderplatz nimmt die Gruppe am Reiterstandbild Friedrich des Großen, Unter den Linden, Abschied von Berlin. Mit Volksliedgut und einem Sektumtrunk wird der Besuch der Hauptstadt beendet und um etwa 19 Uhr geht die Fahrt zurück nach Hamburg. Anmeldung im Haus der Heimat unter Telefon (040) 346359 oder 76980781 (Frau Kalläwe). Überweisung des Kostenbeitrags von 35 Euro an den LvD, Konto 1315/124576, BLZ 20050550, oder Bezahlung im Bus.

Sonnabend, 31. August, 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lakkemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree, U-Bahn Wandsbek-Markt): Der Sommer ist zurück und die Landesgruppe Hamburg lädt zum **Sommerfest**. Eröffnung und Leitung der Veranstaltung durch Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3 b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der LG Hamburg, Hartmut Klingbeutel. Der 2. Vorsitzende Manfred Samel stellt sich nach der Neuwahl des Vorstandes mit einer kleinen Überraschung für die Mitglieder vor. Einen Höhepunkt bieten die zwei lustigen Musikanten Günter Schattling und Hans Grawitter. Zwei Dudelspieler erfreuen die Teilnehmer mit ihren schönen Musikstücken und bekannten Liedern. Einzug des LAB-Chors unter der Leitung von Dieter Dziobaka und zum Einstimmen für alle wird das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ gemeinsam gesungen. Kaffeepause von 15.15 bis 16 Uhr. Nach der Kaffeepause erfreut der LAB-Chor die Anwesenden mit Oldies und schönen Melodien zum Mitsingen und Mitträumen. Das Schlusswort hält Siegfried Grawitter und gemeinsam wird das Abschlusslied „Kein schöner Land“ gesungen. Ende der Veranstaltung zirka um 17 Uhr.

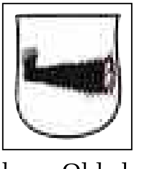
KREISGRUPPE



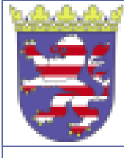
Heiligenbeil – Sonnabend, 21. September, 14 Uhr, Seniorentreff AWO, Bauerbergweg 7: Die Kreisgruppe feiert ihr Herbstfest. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen, bei Kaffee und Kuchen einige gesellige und fröhliche Stunden miteinander zu verbringen sowie in Erinnerung zu schwelgen mit dem Film „Ostpreußen – Eine Reise in ein fremd gewordenes Land“. Der Seniorentreff ist erreichbar mit der Buslinie 116 bis Bauerberg, ab U-Bahnhof Wandsbek-Markt, Billstedt und Hammer Kirche. Anmeldungen bei Lm. Konrad Wien bis zum 20. September. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt fünf Euro.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 14. September, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 7. September, 14 Uhr, Gedenkstätte der Vertriebenen auf dem Darmstädter Waldfriedhof: Kranzniederlegung im Rahmen des Tags der Heimat. – Sonntag, 8. September, 14 Uhr, Chausseehaus Nieder-Ramstadt, Bahnhofstraße 61: BdV-Kreistreffen zum Tag der Heimat.

Kassel – Donnerstag, 5. September, 14.30 Uhr: Vortrag von Dr. Rolf Sauerzapf „Das freideutsche Meißner-Manifest von 1913 und die deutsche Jugendbewegung“. – Zwei Programmpunkte Ende Juli und Anfang August fanden in der Kreisgruppe guten Zuspruch: Am 25. Juli fuhren elf Mitglieder und Freunde der LOW unter Leitung des Vorsitzenden Gerhard Landau mit der Bahn nach Sangerhausen, um das weitbekannte Rosarium mit seinen vielen tausend Rosenzüchtungen kennenzulernen. Trotz fortgeschrittener Blühzeit beeindruckte die Gartenanlage und auch der Bummel durch die Altstadt erfreute das Auge der interessierten Fahrtengemeinschaft. – Am Heimatnachmittag bescherte der Gutsbesitzer und freischaffende Berater landwirtschaftlicher Betriebe, Felix-Michael von Hertell, der Gruppe eine überaus lebhafte Beschreibung der landwirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere Deutschlands, in Wort und Bild. Zahlreiche Statistiken verdeutlichten den außergewöhnlichen Wandel des wichtigsten aller Berufe in den vergangenen Jahrzehnten. Angesichts der Herkunft vieler Teilnehmer aus dem ländlichen Raum Ost- und Westpreußens hatte es der Referent nicht schwer, seine Zuhörerschaft zu fesseln. Das beweisen die zahlreichen Fragen und Meinungsbekundungen interessierter und urteilsfähiger Landsleute. Zum Thema passend trug die Mitvorsitzende Gertraud Nitschky ein Gedicht des Danziger Schriftstellers Johannes Trojan mit dem Titel „Das Kornfeld“ vor. In älteren Schullesebüchern wurde es oft abgedruckt.

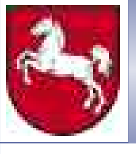
Wiesbaden – Sonnabend, 31. August, 11 Uhr, Wiesbaden-Kohlheck, An der Kranichstraße: Tag der Heimat. Feierstunde am BdV-Gedenkstein. – Sonntag, 1. September, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Feststunde des BdV-Kreisverbandes Wiesbaden. – **Bericht vom Sommerfest** – Bei strahlendem Sonnenschein und hochsommerlichen Temperaturen trafen sich die Mitglieder der Landsmannschaft zu ihrem **traditionellen Sommer-Gartenfest** unter der Fahne mit der Elchschaufel. Das Wetter war beinahe zu gut. So war es sicher die drückende Hitze jenseits der 35 Grad, die den Kreis der Besucher erheblich kleiner werden ließ als mit sonst üblichen 80 bis 90 Gästen. Nur den Störchen auf den Äckern zwischen Nordenstadt und Erbenheim machte die extreme Wärme nichts aus. Trotz des Hitzerekords vergnügten sich die Landsleute und Freunde des Vereins bei Kaffee und Kuchen. Und zwischendurch blieb genügend Zeit zur Unterhaltung und zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen. Im vorigen Jahr musste man noch wegen des anhaltenden Regens auf den angrenzenden Saal ausweichen. Zu einem schönen Fest gehören auch Musik und Gesang. Mit einem abwechslungsreichen musikalischen Programm hielten Matthias Budau und Dr. Markus Hübenthal die Festfreunde bei guter Laune und luden bei bekannten Stimmungsliedern zum Mitsingen ein. Wer wollte, konnte am Büchertisch mit Heimatliteratur stöbern und fand bestimmt noch etwas Interessantes zum Mitnehmen. Gegen Abend – sehnlichst erwartet – erfreute der Grillmeister des Gartenvereins die vergnügte Schar mit Steaks, Würsten und Kartoffelsalat. Wie am Ende zu hören war, haben sich die Besucher vor allem über die familiäre und gemütliche Stimmung gefreut. Im nächsten Jahr soll es wieder ein Sommer-Gartenfest geben und dies wäre dann das 23.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Neubrandenburg – Sonnabend, 5. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Jahn-Sport-Forum Neubrandenburg, Schwedenstraße/Kulturpark: **18. Landestreffen der Ostpreußen. Treffen der Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern.** Zu diesem großen Wiedersehen werden etwa 2000 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert, wo man Landsleute aus der Heimat treffen kann. Das reiche ostpreußische Kulturprogramm wird gestaltet vom Jugendblasorchester Grimmen, dem Shanty-Chor „De Klaashahns“ Warnemünde, den Tanzgruppen und Chören aus Masuren, Gumbinnen und dem Memelland sowie von Heimatsänger BernStein. Schirmherrin ist die Justizministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder. Als Ehrengäste haben sich unter anderem der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, S. E. Deividas Matulionis, und der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, angekündigt. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie genügend Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245 688. Günstige Hotelpreise für Gruppen: Doppelzimmer mit Frühstück für 30 Euro pro Person, Einzelzimmer mit Frühstück 55 Euro. Bitte direkt buchen, solange Plätze frei sind: Hotel am Ring GmbH, Juliane Feix, 17033 Neubrandenburg, Große Krauthöferstraße 1, Telefon (0395) 556-2092, E-Mail: feix@hotel-am-ring.de, Das Kennwort lautet: „Ostpreußentreffen Jahnsportforum“.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 30. August, 15 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: **Rückblick auf die diesjährige Ostpreußenreise** mit Film und Bildern bei Kaffee und Kuchen. Statt eines Unkostenbeitrags wird um eine Spende gebeten. Anmeldungen bitte bis zum 26. August bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918. – Sonntag, 22. September: **Theaterfahrt zur Dittchenbühne** nach Elmshorn. Gespielt wird „Der Biberpelz“, eine Diebeskomödie von Gerhart Hauptmann. Busabfahrt Stade 13 Uhr, Buxtehude 13.40 Uhr, Neu Wulmsdorf 13.55 Uhr. Einsteigemöglichkeiten zwischen Stade und Buxtehude werden bei der Anmeldung angesagt. Die Kosten für Busfahrt, Kaffeegedeck im Theaterrestaurant und Eintritt betragen 26 Euro pro Person. Die Anmeldung wird bis Sonntag, 8. September, bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918, erbeten. – Donnerstag, 3., bis Sonntag, 6. Oktober: **Vier-Tagesfahrt nach Neubrandenburg.** Donnerstag, 7 Uhr, Busabfahrt ab Stade, 7.30 Uhr ab Buxtehude. Mittagpause in Plau am See. Gegen 14 Uhr Ankunft in Neubrandenburg, Hotel Am Ring- Stadtmitte. Gemeinsames Abendessen im Hotel. Abenspaziergang mit „Mudder Schulten“. – Freitag: Busfahrt durch die Uckermärkische Seenplatte und Besuch im Schloss Hohenzieritz, dem Sterbeort von Preußens großer Königin Louise. – Sonnabend: Teilnahme am 18. Ostpreußentreffen. – Sonntag: Rückfahrt über Greifswald, hier mit Stadtbummel und Besuch des Pommernmuseums. Ankunft in Buxtehude / Stade gegen 18.30 Uhr. Die Kosten betragen pro Person 190 Euro im Doppelzimmer, 250 Euro im Einzelzimmer. Die Leistungen: Busfahrt im modernen Reisebus, drei Hotelübernachtungen mit Frühstück, Gemeinsames Abendessen (kalt/warme Buffet) am 3. Oktober, alle Eintritte und Führungen laut Programm. Das genaue Programm mit allen Zeitangaben wird nach Anmeldung an alle Teilnehmer verschickt. Verbindliche Anmeldung mit einer Anzahlung von 30 Euro und Angabe der Telefonnummer ist bis zum 8. September erforderlich. Alle Anmeldungen bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Göttingen – Sonnabend, 31. August, ab 11 Uhr, Durchgangslager

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Friedland/Caritas-Haus, Heimkehrerstraße 11: Traditioneller Ökumenischer Gottesdienst. Eingeladen sind alle Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Danziger, Sudetendeutsche und Gäste. Programm: 11 Uhr Eintreffen der Gäste, 11.30 Uhr Begrüßung im Caritas-Haus, 13 Uhr Mittag, 14.30 Uhr Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Norbert, 15.30 Uhr Kaffee und Kuchen. Abfahrtszeiten für den Bus: 10.05 Uhr Holtenser Straße, 10.20 Uhr ZOB/Zoologisches Institut, 10.30 Uhr Bürgerstraße, 10.35 Uhr Kiesseestraße/Gasthaus Zur Linde. Informationen erteilt Werner Erdmann, Telefon (0551) 63675. Anmeldungen bis spätestens 25. August.

Hannover – Freitag, 13. September, ab 14.30 Uhr, Ihmeblick, Roesebeckstraße 1: Kaffeetafel, Reiseberichte und Schabbern.

Helmstedt – Donnerstag, 11. September, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Monatliches Treffen der Gruppe.

Holzminden – Die Holzmindener Ostpreußengruppe traf sich zum ersten Treffen nach der Sommerpause wieder zum Kaffeenachmittag. Die Vorsitzende, Renate Bohn, erzählte in Wort und Bild von ihrer neuntägigen Reise im Juli ins nördliche Ostpreußen.



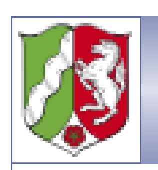
Ein Reiseziel: Kirchenruine Rauterskirch

Bild: privat

Diese war für sie und ihren Mann ein ganz besonderes Erlebnis, da die Teilnehmer dieser Fahrt bunt gewürfelt aus allen Teilen Deutschlands kamen, sogar aus Kanada und Schweden. Sehr emotional war die Begegnung mit Gemeindemitgliedern, die in Heinrichswalde einen Gottesdienst in deutscher und russischer Sprache veranstalteten, und die Freude über die mitgebrachten Geschenkpäckchen war riesig bei Alt und Jung. In Gumbinnen trat der Kant-Chor auf, der übrigens am 6. September in Bielefeld auf dem Gumbinnener Treffen sein wird. In Heinrichswalde wurde vom russisch-orthodoxen Chor musikalisch ein Begrüßungskuchen überreicht. Die Holzmindener Gruppe hörte mäuschenstill zu; viele erkannten in den Fotos ihre alte Schule, Straßenbilder, Orte, aber auch verwaiste Kirchenruinen wieder. Kaum vorstellbar, dass dieses Ostpreußen einmal die Kornkammer gewesen war und das Land der Dichter und Denker. Leider ist aus Altersgründen den meisten aus dieser Gruppe solch eine weite Fahrt unmöglich, darum dürfen die Jüngeren nicht aufhören, immer wieder davon zu erzählen und dieses auch ihren Kindern weiterzusagen. Dennoch ist diese Gruppe immer noch sehr aktiv. Am 13. September wird Pastor i. R. Günther Grigoleit (der 2. Vorsitzende) einen Vortrag halten über „Was ist ein erfülltes Leben?“ Am 27. September ist ein Besuch der Einbekker Senfmühle angesagt und im Oktober wird die Gruppe zu einer Backhausführung eingeladen. Natürlich sind Gäste immer willkommen.

Oldenburg – Mittwoch, 11. September, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38: Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen trifft sich nach der Sommerpause. Hans-Wolfgang Pietsch, Oldenburg, zeigt seinen Reisebericht: „Von Pommern nach Masuren, ein Schlesier auf seiner Reise im Wohnmobil durch diese Landstriche.“ Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 27. August, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 2. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld – Donnerstag, 5. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 12. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt.

Bonn – Dienstag, 3. September, 18.30 Uhr, Sitzungssaal des Rathauses Bonn-Beuel: Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat.

Düren – Mittwoch, 11. September, 18 Uhr, HDO-Düren, Holz-Straße 7A: Heimatabend.

Düsseldorf – Donnerstag, 5. September, 18 Uhr: Ausstellungseröffnung „Die Reichskanzler der Weimarer Republik – Zwölf Lebensläufe in Bildern“. – Donnerstag, 5. September, 19.30 Uhr, GHH Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonnabend, 7. September, 13.30 Uhr: Wandertreff der Gruppe. Info-Stand Hauptbahnhof. – Montag, 9. September, 17 Uhr, Heimatverband der Brünner in der Bundesrepublik Deutschland: Ausstellungseröffnung „Brünner deutschsprachige Bürgermeister von 1850 bis 1918 und ihre Entwicklungen“.

Gütersloh – Donnerstag, 12. September, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Die Ostpreußische Frauengruppe trifft sich. Kontakt über Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Köln – Dienstag, 17. September, 14.30 Uhr. Weil eine Neuwahl des Vorstandes und eine Änderung der bestehenden Satzung vorgenommen werden muss, werden alle Mitglieder dringendst um Teilnahme an dieser Sitzung gebeten.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 30. August, 14.45 Uhr, ab Wasserbahnhof: Schiffsausflug der Frauengruppe nach Kettwig. – Sonntag, 1. September, 11 Uhr, Bürgergarten: Feierstunde zum Tag der Heimat unter dem Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“ mit dem Festredner Werner Jostmeier, MdL, und musikalischer Umrahmung durch die Bläser der Mülheimer Jugendmusikschule mit Heimatliedern. – Dienstag, 10. September, 15 Uhr, Handelshof: Mitgliederversammlung mit Referat der Vorsitzenden und anschließendem Königsberger-Klopse-Essen.

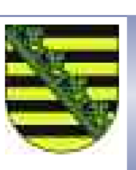
Neuss – Sonnabend, 7. September, Oberstraße: Gedenkfeier am Ostdeutschen Gedenkstein. Im Anschluss Feierstunde am Zeughaus.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Sonnabend, 24. August, 12 bis 14 Uhr, Internationales Congress Centrum (ICC), Berlin; Tag der Heimat. Das diesjährige Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“ soll Anstoß geben, den kulturellen Reichtum der Heimatgebiete offensiv nach außen zu tragen. Die Festrede wird Prof. Dr. Arnulf Baring halten.

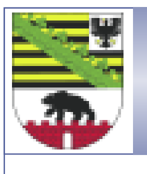


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe Sachsen – Sonnabend, 31. August, 10 Uhr, Platner Hof, Platnerstraße 32: Die Gruppe feiert den diesjährigen zentralen Tag der Heimat der Ost- und Westpreußen mit dem 20. Jubiläum. Ab 13 Uhr wird mit einem Glockenspiel das Festprogramm eingeläutet. Hannelore Kedzirski und Erna Felber werden die Totenehrung halten. Eine große Freude ist es für die Organisatoren, Uta Lüttich vom Bundesvorstand Ostpreußen als Festrednerin begrüßen zu dürfen. Nach den Grußworten der Gäste wird eine Gruppe ein kulturelles Rahmenprogramm bieten. Gegen 14.30 Uhr begrüßen wir besonders den Kindergarten der St. Matthäus Gemeinde aus Chemnitz. Die Kinder haben ein schönes Programm einstudiert. Die Gruppe würde sich freuen, wenn Sie ihre Einladung annehmen würden und sie Sie als Gast begrüßen dürfen. Für Rückfragen steht Alexander Schulz, Telefon (0371) 301616 gerne zur Verfügung.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 5. Oktober, 14 Uhr, Eschemuseum: Die Landsleute der Kreisgruppe feiern ihr **Erntedankfest**, das nun schon zu einer guten Tradition geworden ist. Dazu haben die Vorbereitungen bereits begonnen. Landsmann Horst Braczko arbeitet schon eifrig an einer wunderbaren, großen Erntekrone, die eine Attraktion bei diesem Fest ist und jedes Mal bestaunt wird. Die fleißigen Frauen von der Frauenhandarbeitsgruppe Limbach-Oberfrohna bereiten den Tischschmuck vor, der an diesem Tag die Erinnerung an unsere Heimat Ostpreußen wachrufen wird. Es war eine gute Gelegenheit, sich nach der schweren Arbeit auf dem Feld bei Gott für die gute Ernte zu bedanken und gemeinsam fröhlich zu feiern nach einem alten Brauch der Vorfahren. Kultur und Brauchtum der Heimat zu erhalten und zu pflegen, darauf legen der Vorsitzende Kurt Weihe und die Mitglieder der Kreisgruppe sehr großen Wert. Herr Weihe lädt alle Landsleute und Gäste zum fröhlichen Mitsingen der Erntedank- und Heimatlieder ein und wird die Teilnehmer dabei musikalisch unterstützen. Zu Beginn wird feierlich wie in der Heimat das Erntedankfest mit Einmarsch der Erntelandarbeiter mit ihren landwirtschaftlichen alten Werkzeugen begrüßt. Elli Springwald wird in ostpreußischer Mundart Besinnliches und Lustiges vortragen von der Ernte. Bei Kaffee und Kuchen haben die Teilnehmer viel Zeit zum Plachandern. Es ist wieder der Hausmacherwurst im Angebot. Alle Landsleute und Gäste sind zu diesem schönen Fest ganz herzlich eingeladen. Dieser Brauch und seine Tradition sollte für jeden Ostpreußen eine Ehrensache sein, ihn an die jüngere Generation weiterzugeben und gemeinsam so richtig typisch ostpreußisch zu feiern. Ein besonderer Dank geht an das Sächsische Innenministerium, weil es uns zur Erhaltung von Kultur und Brauchtum unterstützt und fördert.



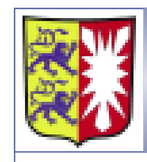
SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 9. September, 14 Uhr, Krötenhof: Tag der Heimat.

Halle – Freitag, 6. September, 14 Uhr, Reilstraße 54 (Begegnungsstätte der Volkssolidarität): Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Dienstag, 27. August, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Montag, 30. August, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonntag, 8. September, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Tag der Heimat. – Dienstag, 17. September, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Sonnabend, 21. September, 13.30 Uhr, AMO-Kulturhaus, Erich-Weinert-Straße: 23. Tag der Heimat der Landesgruppe Sachsen-Anhalt. Die Festrede hält Dr. Christoph Berger, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Das Kulturprogramm wird von der Blumenberger Blasmusik sowie der Folkloregruppe Brunau gestaltet. Im Vorverkauf sind Karten ab sofort erhältlich in der BdV-Geschäftsstelle Schönebeck, Straße der Jugend 115, Telefon (03928) 421344.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

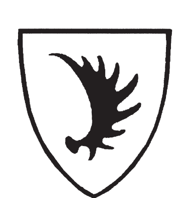
Bad Schwartau – Sonntag, 22. September), 12 Uhr, ZOB: **Fahrt zur Dittchenbühne** nach Elmshorn. „Der Biberpelz – Eine Diebeskomödie“ von Gerhart Hauptmann erwartet die Gäste. Zuvor gibt es aber traditionsgemäß Königsberger Klopse. Mit 40 Euro alles inklusive sind Sie dabei! Die Rückkehr ist zirka um 19 Uhr. Anmeldungen bitte bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Flensburg – Freitag, 6. September, 14 Uhr, Bundsen-Kapelle, Alter Friedhof, Stuhrsallee: Gedenkveranstaltung mit Pastor Sander von der Kirchengemeinde St. Michael. Anschließend Spaziergang durch den Christiansenpark in die Mathildenstraße, Stadtteilcafé, SBV, zur Kaffeerunde. Rückfahrt gegebenenfalls mit dem Bus, Haltestelle Mühlenfriedhof. Anmeldungen bitte bis zum 2. September bei Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

Mölln – Mittwoch, 28. August, 15 Uhr, Quellenhof: Die Gruppe sich zu ihrer Mitgliederversammlung nach der Sommerpause. Herr Kämpfert aus Stokkelsdorf wird einen Vortrag über Wernher von Braun halten. Wernher von Braun wurde am 23. März 1912 in Wirsitz, Provinz Posen, geboren. Er war ein deutscher und später US-amerikanischer Raketeningenieur, Wegbereiter und Visionär der Raumfahrt. Es wird ein interessanter Vortrag werden. Desweiteren soll über die Ausfahrt nach Berlin mit Spreefahrt am 11. September gesprochen werden. Zu dieser Veranstaltung sind alle Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig, und alle Interessierten aus Mölln herzlichst eingeladen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18





Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Neumünster – 64. Tag der Heimat – Zentrale Veranstaltung in Schleswig-Holstein am 4. August 2013 in Neumünster. „Heimat – unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“. Dafür haben sich die Landsmannschaften seit ihrem Bestehen eingesetzt. Und das ist auch heute noch ihr wichtigstes Anliegen. Zu dieser eindrucksvollen Veranstaltung hatten der BdV-Kreis- und Landesverband eingeladen. Mit dem Einmarsch der Fahnen durch Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Wittorf kam die Verbundenheit und Aufgeschlossenheit der Veranstalter zum Ausdruck: Europafahne, Deutschlandfahne, Schleswig-Holstein-Fahne, Fahne der Stadt Neumünster, Fahne der Lötzener, Ostpreußenfahne, Fahne der Sudetendeutschen, Fahne der Schlesier, Fahne der Pommern mit Erläuterungen und der ersten Strophe des jeweiligen Heimatliedes, vorgetragen vom BdV-Ortsvorsitzenden Willi Treetzen. Anschließend begrüßte der BdV-Vorsitzende Willi Treetzen die offiziellen Vertreter und Heimatfreunde. Die Andacht begleitete Pastor Peter mit einem Hirtenstab und den Worten des 23. Psalmes. In den anschließenden Grußworten wurde immer wieder auf das Thema des 64. Tages der Heimat hingewiesen. Der Festvortrag „Heimat – unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“ – wurde gehalten von Adalbert Raasch, dem Landesvorsitzenden der Pommern in Nordrhein-Westfalen. Dabei stellte er heraus, dass Heimat ein Grundwert menschlichen Daseins sei und dass dieser Grundwert alle angehe. Das wurde in der Vergangenheit auch von allen Regierenden immer wieder betont: von Innenminister Otto Schily, Bundeskanzler Willy Brandt, Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundeskanzler Gerhard Schröder, und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet die Verletzungen des Heimatrechts als eine schwere Menschenrechtsverletzung. Er wies dazu auf die Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 hin, mit der die Heimatvertriebenen schon fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges auf Rache und Vergeltung verzichteten. Die Vertriebenen versprachen, durch harte, unermüdliche Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas teilzunehmen. Endlich ist es soweit, dass das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin am Potsdamer Platz entsteht. Der Vortragende schloss seine Ausführungen mit den Worten Ernst Moritz Arndts, dass man das Vaterland nicht lieben könne, wenn man die Heimat nicht im Herzen trage. Der Nachmittag war mit kulturellen Aktivitäten ausgefüllt. Robert Neumann spielte auf seinem Leierkasten bekannte Weisen, die Tanzgruppe der Pommern aus Kiel mit ihrer Leiterin Gundel Hergenhan führte Volkstänze auf. Heimatgedichte sprach Edith Rousseau-Treetzen. Zum Ende des Tages der Heimat wurden die Lieder der Landsmannschaften mit Akkordeonbegleitung von Gudrun Stölting gesungen: für Ostpreußen „Land der dunklen Wälder“, für das Sudetenland „Blaue Berge grüne Täler“, „Kehr ich einst zur Heimat wieder“ für Nieder- und Oberschlesien, für Pommern „Wenn ich stiller Stunde“, dann das Schleswig-Holstein-Lied. Die Teilnehmer dankten Willi Treetzen und seiner Frau Edith und den weiteren Mitarbeitern für den gelungenen Tag der Heimat mit den zahlreichen historischen und kulturellen Schwerpunkten. An der Veranstaltung hatten teilgenommen Georg Baltrusch (mit Frau Karla) vom Landesvorstand der Ostpreußen und Gisela Brauer als Landesobfrau der Westpreußen.

Schönwalde am Bungsberg – Sonntag, 8. September, 9.45 Uhr, Kirche: Tag der Heimat.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Eisenach – Dienstag, 10. September, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der LOW-Gruppe.

Mülhausen – Montag, 9. September, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg.

Schmalkalden – Donnerstag, 5. September, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „Immanuel Kant“ im BdV-RV Schmalkalden.

Auf den Spuren deutscher Siedler: Die Dokumentarschau „Die Gerufenen“ ist im Siegburger Kreishaus zu Besuch. Die in Zusammenarbeit mit der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ eingerichtete Präsentation beleuchtet vielfältige Aspekte der Siedlungsgeschichte deutscher Zuwanderer und deckt eine Zeitspanne von rund 800 Jahren ab. BdV-Generalsekretärin Michaela Hriberski hob Zweck und Inhalt der Darstellung hervor: „Die Heimatgebiete der Vertriebenen ... liegen für die meisten Deutschen im Dunkeln. Diese Dunkelheit wollen wir mit der Ausstellung ‚Die Gerufenen‘ ausleuchten.“ Die Ausstellung ist bis zum 26. September 2013 zu besichtigen. *D.G.*

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage am 14./15. September

Einladung zu den Angerburger Tagen in Rotenburg/Wümme: Am Sonnabend, 14., und Sonntag, 15. September ist es wieder soweit. Die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen und Freunde treffen sich in der liebenswerten Kreisstadt an der Wümme. Veranstaltungsort ist die Theodor-Heuß-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium). Eingeleitet werden die 59. Angerburger Tage am Sonnabend, 14. September, 9 Uhr, mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend tagt ab 9.30 Uhr in einer öffentlichen Sitzung im großen Sitzungssaal des Kreishauses die Angerburger Kreisvertretung (Delegiertenversammlung) in neuer Zusammensetzung. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2014. Im Mittelpunkt der Sitzung dürfte jedoch die Neuwahl des Kreisvertreters und zweier Stellvertreter sowie von vier weiteren Vorstandsmitgliedern stehen. Für die Zukunft der Kreisgemeinschaft ist es sehr wichtig, dass alle Positionen besetzt werden können. Die Sitzung verspricht daher interessant zu werden und ist eine gute Gelegenheit, sich ein Bild vom Zustand der Kreisgemeinschaft zu machen. Um 13.30 Uhr starten wir vom „Hotel am Pferdemarkt“ zu einer Kaffeefahrt. Dafür ist ein Kostenbeitrag von unverändert zehn Euro pro Person einschließlich Busfahrt zu entrichten. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige schriftliche Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 31. August nötig. Ab 15 Uhr ist die Theodor-Heuß-Schule geöffnet für alle, die nicht an der Busfahrt teilnehmen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Ab 20 Uhr wird Friedrich Dönhoff aus seinem Buch „Die Welt ist so, wie man sie sieht“ lesen. In anschließender geselliger Runde lassen wir den Tag ausklingen. Die Angerburger Tage werden am Sonntag, 15. September, fortgesetzt. Die Räume in der Theodor-Heuß-Schule sind ab 9.30 Uhr geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt. Die Gastrede wird an diesem Tag der Rotenburger Bundestagsabgeordnete Reinhard Grindel (CDU) halten. Wegen der geringen Beteiligung der Angerburger kann leider kein Gottesdienst mehr in der Michaelskirche stattfinden. Nach der Feierstunde treffen sich die Angerburger aus Stadt und Kreis mit alten und neuen Freunden zum gemütlichen Beisammensein. Gelegenheit zum Mittagessen besteht ebenfalls, außerdem wird Kaffee/Tee, Kuchen und auch Getränke angeboten. Am Sonnabend und Sonntag sind das Angerburger Zimmer (Heimatstube) mit Archiv und Geschäftsstelle am neuen Standort Weicheler Damm 11 von 12 bis 16 Uhr geöffnet. Das Angerburger Zimmer wurde im vergangenen Jahr von der Verdener Kulturwissenschaftlerin Ulrike Taenzer nach dem Umzug aus dem Honigspeicher neu gestaltet. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen angeboten: „Angerburg von A-Z (4. Auflage)“, „Der Kreis Angerburg (E. Pfeiffer, 2. Auflage)“, „Frau komm“ von Ingo von Münch, Neuerscheinungen von Friedrich Dönhoff, antiquarische Bücher sowie Fotokarten, Landkarten und Angerburger Heimatbriefe verschiedener Jahrgänge. Das Programm der 59. Angerburger Tage ist auch im Angerburger Heimatbrief Nr. 151 abgedruckt. Zum Schluss noch ein wichtiger Hinweis: Das Hotel „Am Pferdemarkt“ ist leider ausgebucht. Im Helmut Tietje-Haus, Verdener Straße 104, Telefon (04261) 83 041 sind einige Zimmer für die Angerburger reserviert. Zimmer können auch im Hotel „Stadtidyll“ (früher Bürgerhof), Freudenthalstraße 15, Telefon (04261) 630096-0, gebucht werden. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft rechnet sehr mit Ihrem Besuch der 59. Angerburger Tage, damit es eine schöne Veranstaltung wird und wünscht Ihnen bis dahin eine gute Zeit und eine sichere Anreise.

Angerburger Kulturpreis 2014

Im Jahre 2014 wird der vom Patenkreis Rotenburg (Wümme) 1955 gestiftete Angerburger Kulturpreis vergeben. Dieser Preis in Höhe von 500 Euro wird alle drei Jahre verliehen. Der Preis wird ausgeschrieben für literarische und andere künstlerische und wissenschaftliche Arbeiten. Angerburger Künstler beziehungsweise Autoren oder den Kreis Angerburg betreffende deutschsprachige Arbeiten, in denen insbesondere seine Landschaft, menschliche Atmosphäre, Kultur, Wirtschaft und Geschichte, die Völkerverständigung oder eines dieser Gebiete künstlerisch oder wissenschaftlich behandelt werden. Als solche Arbeiten zählen auch Audio- und Video-Arbeiten. Es werden nur unveröffentlichte oder nach dem 21. Januar 1955 erstmalig veröffentlichte Arbeiten berücksichtigt. Die Arbeiten sind bis zum 28. Februar 2014 an den Landkreis Rotenburg (Wümme), Amt 80, Hopfengarten 2, 27356 Rotenburg (Wümme), unter dem Kennwort „Angerburger Kulturpreis“ ohne Absenderangabe einzureichen. Name, Anschrift des Verfassers und die unterschriebene Erklärung, dass der Einsender sich den Bedingungen des Wettbewerbs unterwirft, sind in einem gesonderten, gleichfalls verschlossenen Umschlag beizufügen. Über die Einsendungen entscheidet ein Preisgericht. Um rege Beteiligung bittet der Landkreis Rotenburg (Wümme).



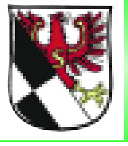
FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Telefon (0511) 773407, Mobil 0170-4047612. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@ kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Kreistreffen in Pinneberg

Lewe Landslied, liebe Samländer, wie schnell doch ein Jahr vergeht. Und daher ist es höchste Zeit, Sie ganz herzlich zu unserem diesjährigen Kreistreffen in Pinneberg einzuladen. Dieses Jahr findet das Kreistreffen wie immer am dritten Wochenende im September, also am Sonnabend, 14. und Sonntag, 15. September, statt. Schirmherr des diesjährigen Hauptkreistreffens ist der wiedergewählte Kreispräsident Burkhard E. Tiemann. Das Kreistreffen wird am Freitag, 13. September, mit der traditionellen Kranzniederlegung am Gedenkstein im Drosteipark eröffnet. Gerhard Weiter gibt mit einem Trompetensolo den würdigen Rahmen. Und natürlich haben wir auch ein kleines Programm für Sie vorbereitet, aber es wird dennoch genügend Zeit sein, bei lauschigen Gesprächen in Jugend- und Heimaterinnerungen zu schwelgen. Die Räumlichkeiten im Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg, werden am Sonnabend ab 9.30 Uhr für alle Gäste geöffnet sein. Dort wird – wie gewohnt – am Sonnabend, 14. September, um 14 Uhr auch die Eröffnung und Begrüßung der Gäste des Haupt-Kreis-Treffens der Samländer stattfinden. Mit einer musikalischen Untermalung am Klavier wird die beliebte Pianistin Marija Livaschnikova, die vielen von Konzerten in der Pinneberger Drostei bekannt ist, unser Kreistreffen bereichern. Unser Museum erwartet Sie dann ab 10 Uhr mit Kuchen, Kaffee und dem beliebten Pillkaller. Am Nachmittag des Sonnabend wird Sie dann Herbert Tennigkeit mit seinen Lesungen ins Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen und zu den Lorbassen und Marjellchens mitnehmen. Wer mehr über seine ostpreußischen Familienwurzeln erfahren möchte oder Familienmitglieder sucht, findet eine kompetente Ansprechpartnerin in Heidrun Meller. Der Abend wird mit einem gemeinsamen Essen abgerundet. Wir erwarten Ihre Anmeldung zum Abendessen in der Hoffnung auf eine große Runde. Der Kostenbeitrag beträgt wie schon im letzten Jahr 10 Euro. Wenn Sie an dem gemeinsamen Abendessen teilnehmen möchten, rufen Sie doch bitte in unserer Geschäftsstelle unter der Rufnummer (04101) 22037, oder Monika Ziegler unter der Rufnummer (04174) 669675 an. Dann kann Ihnen gegebenenfalls auch mit Informationen zu Übernachtungsreservierungen geholfen werden. Auch am Sonntag sind die Veranstaltungsräume im Cap Polonio wie auch das Museum für alle Gäste ab 10 Uhr geöffnet. Unser Vorsitzender Klaus Lunau wird seinen Reisebericht vortragen und Bernd Kruzinna wird Sie mit allerlei Unterhaltsamem aus dem ostpreußischen Leben zum Schmunzeln oder Mitmachen bewegen. Nun bleibt uns nur noch, Ihnen eine gute Anreise zu wünschen. Wir freuen uns sehr auf Ihren möglichst zahlreichen Besuch! Bringen Sie doch gern Ihre Familie und auch Freunde mit. Sie alle sind herzlichst eingeladen und gemeinsam reist es sich erfahrungsgemäß leichter! Seien Sie herzlichst willkommen, zögern Sie nicht. Wir erwarten Sie mit offenen Armen! Bleiben Sie gesund und fröhlich bis zu unserem Wiedersehen in Pinneberg. Im Namen der Kreisgemeinschaft

Ihre Marion Gehlhaar



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@ goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Einladung zum Hauptkreistreffen

Die Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. veranstaltet vom 6. bis 8. September in Stade ihre diesjähiges Hauptkreistreffen, das Goldaper Heimattreffen 2013. **Programm:** Freitag, 6. September, 18.30 Uhr: Eröffnung des Heimattreffens und Premiere des Films „Flucht aus Goldap – das Schicksal einer ostpreußischen Familie“, Schwedenspeicher-Museum, Wasser West 39, 21682 Stade. Begrüßung Stephan Grigat, Kreisvertreter. Idee, Produktion und Präsentation Till Junker. Zeitzeugin, Tagebuch Gertrud Braumann, geb. Dadrat. Einlass ab 18 Uhr.

Sonnabend, 7. September, 9.30 Uhr: Kreistagsitzung (nur für Mitglieder des Kreistages sowie gewählte Orts- und Schulvertreter), 11 Uhr: Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft – Ehepartnern und Familienangehörigen ist die Teilnahme gestattet). Beide Termine „Hotel Vier Linden“, Schölischer Straße 63, 21682 Stade. Brigitte Karow ist mit ihrem Verkaufsangebot an Heimatartikeln für Sie da. 13 Uhr: Mittagspause. Es besteht die Möglichkeit zum Transfer ins Patenschaftsmuseum. 16 Uhr: Multivisionsschau „Ostpreußen“ von Helfried Weyer, Kreishaus, Am Sande 1, 21682 Stade, Einlass ab 15.30 Uhr. 20 Uhr: Heimatabend. Zum Tanz spielt Dieter Kohn; Einlass 19 Uhr, die Musik

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

spielt bis 24 Uhr. Sonntag 8. September, 9.30 Uhr: Bustransfer vom Hotel „Vier Linden“ zur Kirche St. Wilhadi, 10 Uhr: evangelisch-lutherischer Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi in Stade. Den Gottesdienst hält Pastor Goetz Brakel, danach Bustransfer von der Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen. 11 Uhr: Öffnung des Saales im Hotel „Vier Linden“. Frau Karow öffnet ihren Verkaufsstand mit Heimatartikeln. 11.30 Uhr: Feierstunde in den Wallanlagen an unserem Mahnmal. Begrüßung Stephan Grigat, Kreisvertreter. Gedichtvortrag „Es war ein Land“ Gertrud Braumann. Totenehrung Stephan Grigat. Festansprache Dr. Sebastian Husen. Ostpreußenlied. Nationalhymne. Musikalische Umrahmung: Posaunenchor der St. Johanniskirche zu Stade, 12.30 Uhr: Bustransfer zum Hotel „Vier Linden“. 13 Uhr: Hauptkreistreffen. Gemeinsames Mittagessen und gemütliches Beisammensein im Hotel „Vier Linden“, ab 14 Uhr „Ostpreußisch Platt“ mit Gertrud Braumann, Anna-Elise Faerber und Dieter Mau. Ausklang



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Einladung zum 60. Bundestreffen

Am Sonnabend, 7., und Sonntag, 8. September, findet in der Patenstadt Bielefeld das 60. Bundestreffen der Kreisgemeinschaft Gumbinnen statt. Im Brenner Hotel Otto-Brenner-Straße 135 treffen sich ehemalige Gumbinner, ihre Nachkommen und Freunde von fern und nah. Am **Sonnabend** ab 14 Uhr wird der Vorstand der Kreisgemeinschaft in der Kreisversammlung die Rechenschaftsberichte abgeben, ebenso werden Berichte von der „Gumbinner Stiftung“ und der Arbeitsgruppe „Ostpreußisch Platt“ erfolgen. Es bleibt auch Zeit zum Kaffeetrinken und Plachandern. Wie schon in den vergangenen Jahren wird um 19.30 Uhr in der Lutherkirche gegenüber dem Tagungslokal der Kammerchor Kant aus Gumbinnen [Gusev] ein Konzert geben, dazu sind auch Bielefelder Gäste herzlich eingeladen. Der Abend im Hotel Brenner bietet anschließend Zeit für ein gemütliches Beisammensein und Gespräche mit alten und neuen Freunden, Bekannten und ehemaligen Nachbarn. – Der **Sonntag** beginnt um 10 Uhr im Brenner Hotel mit einer Öffentlichen Gemeinschaftsstunde, zu der auch Vertreter der Stadt Bielefeld eingeladen sind. Traditionsgemäß wird nach einer Andacht das Totengedenken gesprochen. Neben Grußworten der Ehrengäste und dem Bericht des Vorsitzenden Eckard Steiner über die Arbeit der Kreisgemeinschaft wird Prof. Dr. Günter Pomaska einen Bericht zum Stand der 3 D-Visualisierung der Stadtansicht von Gumbinnen geben. Zum Treffen wird auch eine Delegation aus der ehemaligen Heimatstadt erwartet, zu der die Kreisgemeinschaft Gumbinnen, aber auch die Patenstadt Bielefeld, gute Kontakte pflegt. Im Mai dieses Jahres hat eine Bielefelder Delegation am Stadtgründungsfest teilgenommen und konnte die Eröffnung der „Gumbinner Stuben“ im Museum erleben, in dem neben dem Stadtmodell von Gumbinnen auch zahlreiche andere Ausstellungsstücke aus deutscher Zeit gezeigt werden, die in Bielefeld nicht mehr ausgestellt werden können. Die neugestalteten Räume fanden ein sehr großes Interesse bei den heutigen Bewohnern der Stadt.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen 2013

Kreistreffen: Koffer packen. Es wird Zeit, die Koffer zu packen. Unser Kreistreffen in Burgdorf steht vor der Tür! Kommen auch Sie am 7. und 8. September in das Veranstaltungszentrum Burgdorf bei Hannover. Wir freuen uns auf Sie!

Sondertreffen Kirchspiel Bladiau

Herzliche Einladung zum Sondertreffen des Kirchspiels Bladiau! Das nächste Sondertreffen unseres Kirchspiels findet im Rahmen unseres Kreistreffens in Burgdorf statt. Termin: Freitag, 6. September, 15 bis 18 Uhr, Hotel Försterberg in Burgdorf in der Immenser Straße 10. Leitung: Wolfgang Milewski. Ein Stückchen Kuchen und einen Kaffe trägt die Kirchspielkasse!





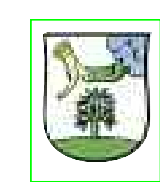
JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

58. Kreistreffen in Dortmund

Sonntag, 1. September, Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen, Strobelallee 45, 44139 Dortmund: Feierstunde unter dem Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“.

Programmablauf: Einlass 9 Uhr, Beginn 11 Uhr. Musikalische Einleitung von Taisia Fischer; Begrüßung durch Dr. Manfred Solenski, Kreisvertreter; „Lobe den Herrn“ (Choral), gemeinsam mit musikalischer Begleitung; die Andacht hält Gerhard Boesler; „Glocken der Heimat“ (Lied), vorgetragen vom Chor „Heimatmelodie“ der Deutschen aus Russland unter der Leitung von Boris Kuferstein; Totenehrung durch Sieglinde Falkenstein, stellvertretende Kreisvertreterin. „Ich hatt‘ einen Kameraden“ – Taisia Fischer; „Conquest of Paradise“ vorgetragen vom Chor „Heimatmelodie“ der Deutschen aus Russland unter der Leitung von Boris Kuferstein; Grußwort der Gäste; Jahresbericht des Kreisvertreters Dr. Manfred Solenski; Ehrungen; Wahl des Kreistages – Wahlleiter: Willi Reck; Masurenlied „Meine Heimat ist so schön“ (Lied), vorgetragen vom Chor „Heimatmelodie“ der Deutschen aus Russland unter der Leitung von Boris Kuferstein; Schlusswort von Sieglinde Falkenstein, stellvertretende Kreisvertreterin.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Hauptkreistreffen am 7./8. Oktober in Otterndorf

Einladung zu unserem Hauptkreistreffen am 7. bis 8. September 2013 in der Stadthalle in Otterndorf/Niederelbe, Fröbelweg im Patenkreis Landkreis Cuxhaven. Die Stadthalle ist an beiden Tagen ab 9 Uhr geöffnet mit Vorprogramm in der Stadthalle am 6. September ab 19.30 Uhr für alle, die am Freitag bereits angereist sind.

Programm: (Änderungen vorbehalten), Sonnabend, 7. September: 10 Uhr Offizielle Eröffnung des Kreistreffens, 14 Uhr Eröffnung der neuen Ausstellung im Torhaus, Tourismus im Kreis Labiau – einst und jetzt, 19 Uhr Gemütlicher Abend bei Musik und Tanz, bis 22 Uhr – Die vier Elbemusikanten aus Otterndorf bringen uns in Schwung! Sonntag, 8. September: 10.30 Uhr Feierstunde in der Stadthalle. Festredner: Dr. Christoph Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg: Glanzlichter – Was aus Ostpreußens Natur weiter wirkt“, 13 Uhr Kranzniederlegung am Gedenkstein Am Großen Specken. Egbert Marenke zeigt seine Dokumentation: „Die Königsberger Straße in Labiau im Wandel der Zeiten.“ Alfred Erdmann steht mit seinem „Familienforschungs-Terminal“ zur Verfügung. Manfred Zink zeigt nur Sonntag die Ausstellung „Labiauer Firmengeschichten“. Die Bildausstellung „Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war“, wird an beiden Tagen in der Stadthalle gezeigt. Herr Diekmann und das Otterndorfer Team haben an beiden Tagen das Museum im Torhaus geöffnet. Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf von Postkarten, Heimatbrief undsoweiter. Bücherstand, Marzipan, Labiauer Korporal, Meschkinnes und vieles mehr. Für das leibliche Wohl ist wieder gut gesorgt: Herr Raap und sein Team verwöhnen uns mit leckeren Gerichten und selbstgemachten Torten. Freitag, 6. September, ab 19.30 Uhr: Begrüßungsabend in der Stadthalle Otterndorf. Wir wollen gemeinsam einen gemütlichen Abend verbringen, wer etwas Interessantes dazu beitragen kann – bitte sehr! Gezeigt werden Filme aus der Zeit vor 1945, geplant ist eventuell auch ein Vortrag. Eine Bilderschau mit wunderbaren Fotos aus der Jetztzeit soll unsere Veranstaltung umrahmen. Falls Sie noch keine Unterkunft haben, wenden Sie sich bitte an das Verkehrsbüro der Stadt Otterndorf, 21762 Otterndorf, Telefon (04751) 919131, www.otterndorf.de. Medem-Taxi Otterndorf, Telefon (04751) 2992, holt Sie gerne vom Bahnhof ab, beziehungsweise bringt Sie zum Treffen. Allen Labiauern aus Stadt und Land sowie allen Gästen ein herzliches Willkommen!



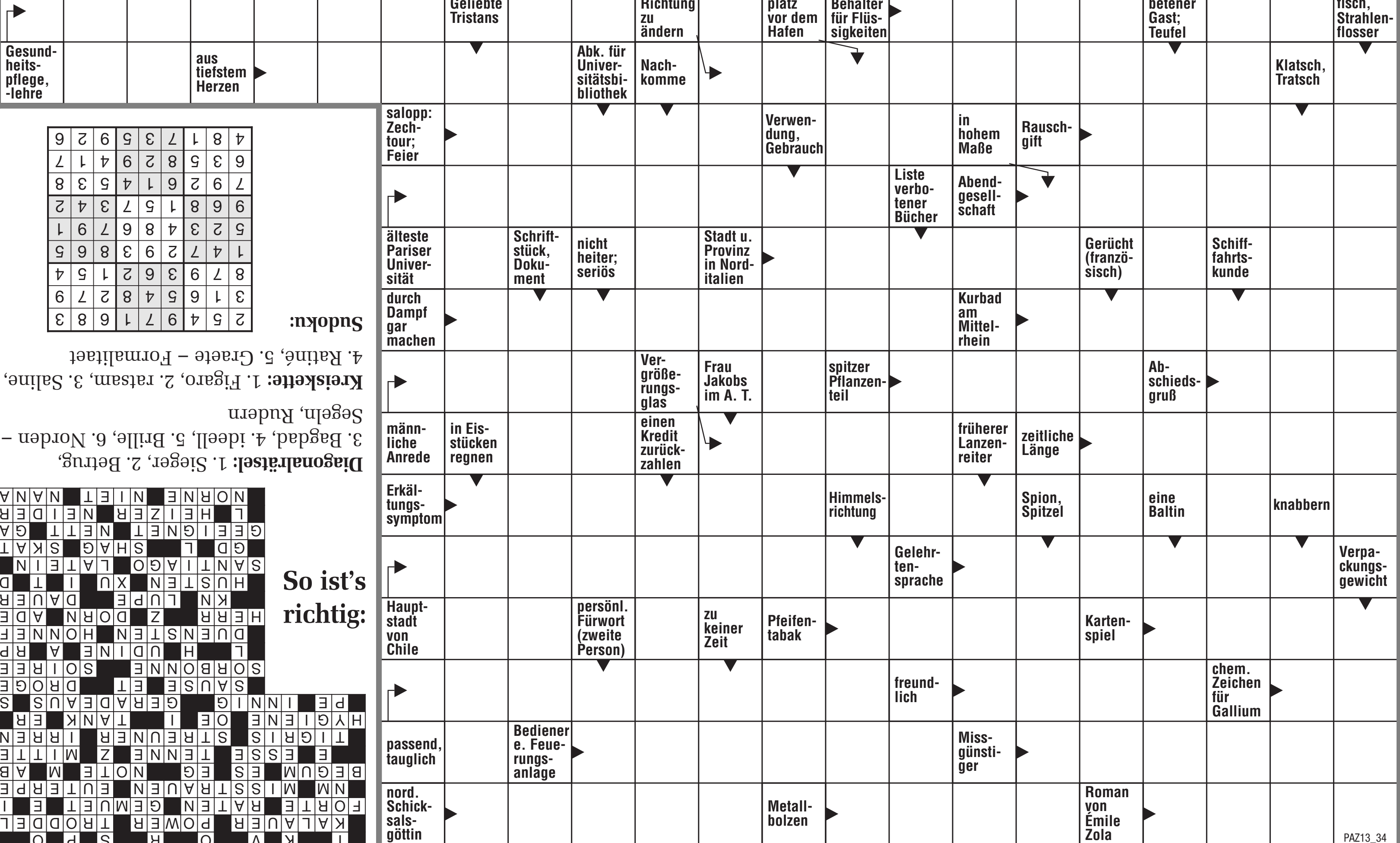
MOHRUNGEN

Geschäftsführender Vorstand: Gisela Harder stellvertr. Kreisvertreterin, Moorfleeter Deich 395, 22113 Hamburg, Telefon/Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, stellvertr. Kreisvertreterin, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Frank Panke, Schatzmeister, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452.

Vorstandswahl und Kreistreffen

Wahl des Vorstandes des 8. Kreistages am Freitag, 6. September und zum Mohrunger Heimat-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku

		4	9		1	6		
	7	9	3		2	1	5	
	4	7		9		8	6	
5								1
	6	8		5		3	4	
	9	2	6		4	5	3	
		1	7		5	9		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

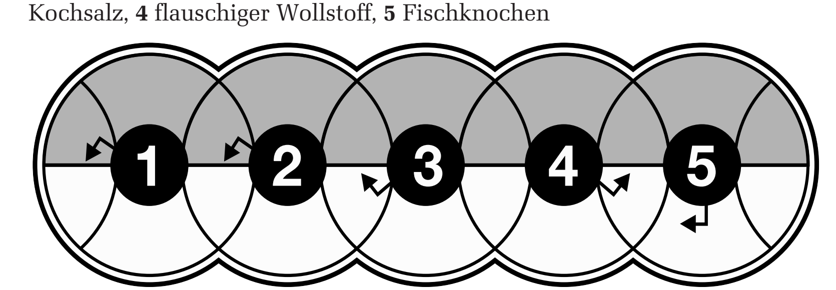
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Wassersportarten.

1 Gewinner
2 Täuschung, Straftat
3 Hauptstadt des Irak
4 nur geistig vorhanden
5 Sehhilfe
6 Himmelsrichtung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine behördliche, amtliche Vorschrift.

1 Opernfigur bei Mozart, **2** empfehlenswert, **3** Anlage zur Gewinnung von Kochsalz, **4** flauschiger Wollstoff, **5** Fischknochen



So ist’s richtig:



Diagonalrätsel: 1. Sieger, 2. Betrug, 3. Bagdad, 4. ideell, 5. Brille, 6. Norden – Segeln, Rudern

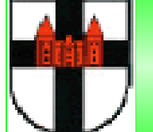
Kreiskette: 1. Figaro, 2. ratsam, 3. Saline, 4. Ratiné, 5. Graete – Formalitaet

Sudoku:

2	5	4	9	7	1	6	8	3
3	1	6	5	4	8	2	7	9
8	7	9	3	6	2	1	5	4
1	4	7	2	9	3	8	6	5
5	2	3	4	8	6	7	9	1
9	6	8	1	5	7	3	4	2
7	9	2	6	1	4	5	3	8
6	3	5	8	2	9	4	1	7
4	8	1	7	3	5	9	2	6

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

kreistreffen – weltoffen – am Sonnabend, 7. und Sonntag, 8. September, Bad Nenndorf, im Grandhotel Esplanade, Restaurant L'Orangerie, Bahnhofstraße 8.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

60 Jahre Patenschaft

Zur Feier der 60jährigen Patenschaft Bochum-Neidenburg am Sonntag, 8. September, laden wir alle Neidenburger, Soldauer, wie auch andere interessierte Landsleute herzlich ein. Ausgestellt werden Stellwände mit großen Fotos von „Neidenburg einst und jetzt". Des Weiteren gibt es erstmals bei unserem Heimattreffen in Bochum eine Schulwandkarte in den Maßen von 170 Zentimetern Höhe und 190 Zentimetern Breite, erstellt im Jahre 1931 von Schulrat Paul Radtke, zum 550-jährigen Bestehen der Stadt Neidenburg, zu besichtigen. Hochinteressant sind Angaben über Höhenschichten, Laubwald, Nadelwald, Sumpf, Moor, vorzeitliche Funde und andere Angaben von großer Bedeutung. Auf dieser Karte gibt es ein Bild „Neidenburg im Mittelalter" nach einem Entwurf von Professor O. Kloeppel, Langfuhr. Für den Umriss der Stadt wurde eine Zeichnung des Holländers D. Kemp aus dem Jahre 1602 benutzt. Umrahmt wird die Feierstunde von dem seit Jahrzehnten bei unseren Treffen auftretenden und beliebten Andza-Chor. Außerdem werden die Mitglieder der jungen Familie Martin Kowalski als „Eisenbahner-Blechbläser-Familienquartett" auftreten. Für den Festvortrag „Ostpreußen heute" konnte der Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, gewonnen werden. Die Oberbürgermeisterin unserer Patenstadt, Dr. Ottilie Scholz, wird ein Grußwort sprechen. Am Vortag des Heimattreffens, Sonnabend 7. September, findet um 14.30 Uhr die öffentliche Kreistagssitzung unserer Gemeinschaft im Bildungs-und Verwaltungszentrum der Stadt Bochum, Gustav-Heinemann-Platz (hinter dem Rathaus) statt. Der Vorstand würde sich über ein zahlreiches Erscheinen zu diesem Jubiläumstreffen freuen."



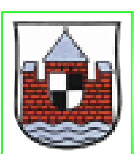
TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @ arcor.de.

Abschied von Anneliese Adomat

Am 21. Juni haben wir in Elmshorn von Annelise Adomat, geb. Schmoll Abschied genommen. Sie wurde am 24. September 1927 geboren und starb am 11. Juni 2013. Liebevoll, würdig und ehrend waren die Predigt, die Erinnerungen in guten Worten an eine besondere Ostpreußin, die uns wahrlich vorbildlich mit ihrem vielfältigen Leben gezeigt hat, dass sie eine Führungspersönlichkeit mit Traditionsbewusstsein, eine Christin im besten Sinne, und in Familie und Betrieb federführend war. So sagte ihr Mann, Ernst Adomat, wenn es etwas zu entscheiden galt, liebevoll scherzend: „Da muss ich erst meine Regierung fragen." Gemeinsam haben sie sich stark und effektiv für Ostpreußen engagiert. Die Kirchengemeinden in Ost und West, die „Dittchenbühne", „Land an der Memel" und viele mehr sind dankbar für ihr beider Wirken. Als Schülerin in Kraupischken / Breitenstein hat Annelise Adomat zweimal jeweils ein Schuljahr übersprungen. Dadurch war sie schnell die Kleinste und Jüngste in ihrer jeweiligen Klasse. Sobald es von den Eltern erlaubt war, ritt sie mit dem Pferd von Grauds-zen/Grautschen zur Schule. Vor dem Hotel und Gemischtwarenladen „Jonuscheit" wurde dieses angebunden und wartete dort geduldig bis zum Schulschluss. Tierärztin wäre sie gerne geworden, der Zweiten Weltkrieg machte dieses jedoch unmöglich. Aber als Geflügelzüchterin und Lehrherrin trug sie maßgeblich zum Erfolg ihres landwirtschaftlichen Betriebes bei. Gastfreundschaft war selbstverständlich und wurde hauptsächlich in der Küche gelebt. Bis in ihre letzten Lebensjahre war sie hellwach, aufgeschlossen, auch kritisch mit einem fabelhaften Gedächtnis. Wachsend wichtig war in den letzten Lebensjahren ihre tiefe freundschaftliche Verbundenheit zu ihren Breitensteiner Mitschülern. Die herzlichen, fast täglichen Anrufe halfen ihr über die schweren Erkrankungen hinweg. Mich verband mit Annelise Adomat seit meiner Kindheit in Moulinen eine herzliche Zuneigung. Ihr Vater Erich Schmoll war dort der letzte Verwalter. Er war freigestellt, um auf den Gütern im Kreis Tilsit-Ragnit die stellvertretende Leitung für die im Krieg stehenden oder bereits gefallenen Gutsbesitzer zu übernehmen. Ende 1944 führte er den Mouliner Treck an, der unglücklicherweise in einen russischen Panzerhinterhalt geriet. Nur wenigen überlebenden Moulinern gelang gemeinsam mit Erich Schmoll die Flucht nach Schleswig-Holstein, in die neue Heimat. (Vielleicht gibt es unter Ihnen, liebe Leser, Zeitzeugen, die uns Einzelheiten von dieser Tragödie berichten können.) Jedes Mal, wenn Anneliese Adomat unsere Telefongespräche in den letzten Jahren beendete, sagte sie ganz liebevoll zu mir: „Mach das gut mein Katharinchen". Diese Worte sind mir unvergessen und lieben Dank sage ich für viele gute Gespräche, Ratschläge und Unterstützung. Die Liste ihrer Verdienste ist viel länger als aufgezählt. So wurde sie am 27. September 2003 mit der Silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

Katharina Willemer, Kirchspiel Breitenstein



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Nachruf auf Alfred Rubbel

Am 8. August 2013 verstarb fern seiner geliebten Heimat das Mitglied der Stadtvertretung Alfred Rubbel. Er wurde am 28. Oktober 1921 in Tilsit-Senteinen geboren, besuchte die Herzog-Albrecht-Schule in Tilsit und schloss sie mit der mittleren Reife ab. Mit Ausbruch des Krieges meldete er sich als Freiwilliger zur Panzertruppe und kämpfte an allen Fronten. Nach Kriegsende betätigte er sich zunächst in der Landwirtschaft und trat 1956 in die Bundeswehr ein. Er war bis 1978 im Truppen-, Stabs- und Ausbildungsdienst, zuletzt als Oberstleutnant an der Panzertruppenschule. Nach dem Ausscheiden aus der Bundeswehr nahm er eine zivile Tätigkeit in der Wehrindustrie auf, bis er mit 70 Jahren in den Ruhestand ging. Alfred Rubbel war aktiv in der Stadtgemeinschaft Tilsit tätig. Er wurde für mehrere Wahlperioden in die Stadtvertretung gewählt. Hier leistete er bis zuletzt eine wirksame Arbeit, besonders für die Umgestaltung des Tilsiter Waldfriedhofs. In enger Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wurde der Friedhof zu einer würdevollen Kriegsgräberstätte für 900 gefallene deutsche Soldaten geweiht. Auch den deutschen Bürgergräbern und den zivilen Toten der Luftangriffe galt seine unermüdliche Sorge. In Anerkennung und Würdigung seines Einsatzes für die ostpreußische Heimat und für die Stadtgemeinschaft Tilsit wurde ihm die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Alfred Rubbel wird unvergessen bleiben.

Ostpreußisches Landesmuseum: Sonnabend, 7. September, 14 Uhr: **Ost-Heimatgottesdienst**. 5. festlicher ökumenischer Ost-Heimatgottesdienst in der St. Johanniskirche zu Lüneburg. Organiation: „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen" unter Leitung von Pastor Fryderyk Tegler aus Scharnebeck. Mitwirkende sind Pastor Glüer (Orgel) sowie Solisten, Posaunenchöre und der Chor „Stimme der Heimat" aus Lötzen. Bereits ab 13 Uhr stimmt der Chor der evangelischen Brüdergemeinde Lüneburg die Kirchenbesucher auf den Nachmittag ein. Nach dem Gottesdienst gibt es im Ostpreußischen Landesmuseum Kaffee und Kuchen sowie ein Konzert vom Lötzener Chor und Lena Buko auf dem Zymbal (Hackbrett).
Telefon (04131) 75995-0.

»Stück für Stück«

Ellingen zeigt Objekte der Heimat

Fotos von Lieblingsobjekten aus den Heimatsammlungen" heißt die neue Kabinettausstellung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Zur Eröffnung sprach die Fotografin Delia Güssefeld.

Als Ergänzung des Vortrages des Vizepräsidenten des Bund der Vertriebenen, Christian Knauer, über die Aufgaben des BdV im Rahmen der Sonderausstellung „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland" wurde im Kulturzentrum Ellingen eine Fotodokumentation mit dem Titel „Stück für Stück" eröffnet.



Im Kulturzentrum: Fotos von Gegenständen aus der Heimat Bild: mef

Die Berliner Fotografin Delia Güssefeld hat sich dabei ihrer westpreußischen Wurzeln erinnert und in zahlreichen Heimatstuben der Westpreußen in Niedersachsen, Hamburg und in Schleswig-Holstein wie etwa in Celle, Bremervörde, Rotenburg an der Wümme, Bad Zwischenahn, Wilhelmshaven, Schleswig und im Marienburg-Archiv in Hamburg die dort vorhandenen Exponate, teilweise unter Zeitdruck und unter widrigen Umständen, fotografiert. Die Sammlungen sind nach ihren Worten teilweise heute nicht mehr ausgestellt.

> BdV-Vize Christian Knauer sprach im Kulturzentrum

Obwohl die Erinnerungsgegenstände in den Heimatstuben im Ensemble oder in einem besonderen Gefüge gezeigt werden, hat die Kunstgeschichtlerin und Dokumentationswissenschaftlerin diese meist einzeln fotografiert und entsprechend grafisch dargestellt. Damit sind die Objekte nach Delia Güssefeld für den Betrachter noch einmal anders interpretierbar. So enthält die vom Kulturzentrum Ostpreußen gestaltete Bilderschau 22 Rahmen mit 44 großformatigen farbigen Bildern, die zumeist Gebrauchsgegenstände wie etwa Handtücher, Fieberthermometer, Aschenbecher, Taufkleider, Bierflaschen und Werkzeug zeigen.

Ergänzend zu den Fotos hat das Kulturzentrum Ostpreußen aus dem eigenen Fundus mehrere Vitrinen mit ähnlichen Erinnerungsstücken gefüllt, Kleiderbügel, Straßenschilder und Bücher runden so die Ausstellung ab.

Die Kabinettsausstellung „Stück für Stück – Fotos von Lieblingsobjekten aus den Heimatsammlungen" ist bis zum Jahresende sowie die Sonderschau „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland" im Kulturzentrum Ostpreußen im Barockschloss Ellingen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, bis zum 8. September 2013 Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und 13 bis 17 Uhr geöffnet. *mef*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Auf der Suche nach Stille

In Kloster Drübeck und auf der Huysburg kann man innere Einkehr halten

Es gibt magische Orte. Begegnet man ihnen zum ersten Mal, fühlt man sich spontan zu ihnen hingezogen. Und oft liegen sie gar nicht so weit von einem entfernt, man muss sie nur sehen wollen.



Garten der Stille und Klosterkirche Sankt-Bartholomäus: Dem Schweigen wird ein hoher Wert beigemessen *Bild: mauritius*

Diese Erfahrung bestätigt sich im Kloster Drübeck im Harzvorland. Hier verschmelzen Natur und Architektur zur Einheit. Die romanische Klosterkirche St. Vitus ist eingebettet in ein grünes Ambiente, und der Ruhe suchende Gast scheint in diesem idyllischen Umfeld, das wie geschaffen ist für Meditation, etwas vom Geist vergangener Zeiten zu spüren. Unter den Besuchern überwiegt die Generation 50 plus, aber es pilgern auch zahlreiche jüngere Sinnsucher hierher, um im 3,5 Kilometer von Ilsenburg entfernten Evangelischen Zentrum Kloster Drübeck eine Auszeit von ihrem beruflich bedingten Stress zu suchen. Schon im 10. Jahrhundert lebten in dieser Klosteranlage Benediktinerinnen, und die Regel ihres Heiligen bestimmte den Tagesablauf. Nach Reformationszeit und Bauernkrieg, der Vertreibung der Nonnen und einem verheerenden Brand wurde Ende des 17. Jahrhunderts ein Damenstift ins Leben gerufen und es entstanden auch die von Mauern umschlossenen Gärtchen der Stiftsdamen, in denen der Besucher noch heute Erholung und Erbauung finden kann.

In dem seit 1996 wirkenden Evangelischen Zentrum Kloster Drübeck wurden in den letzten Jahren einige neue, sich ins Umfeld gut einpassende Gebäude errichtet mit funktional eingerichteten Räumlichkeiten, zum Beispiel das „Haus der Stille“, denn dem Schweigen wird ein hoher Wert beigemessen. Den Verzicht auf verbale Kommunikation muss manch einer erst einmal lernen, doch nach einiger „meditativer Körperarbeit“ spürt man, wie wohltuend es an diesem meditativen Ort ist, seine unterschiedlichen Sinne Hören, Sehen, Riechen, Schmecken, Tasten zu schärfen. Bei geschlossenen Augen ist zum Beispiel das Zwitschern der Vögel oder das Wehen des Windes viel intensiver zu erleben. Auch das Betasten einer Baumrinde beschert neue Erfahrungen, und vor allem wird bewusstes Atmen eingeübt. Dabei andere Gedanken auszuschalten, fällt manchem schwer, aber das eine tun und zugleich an anderes denken, ist schlecht. Bei all diesen Übungen wird nicht fromm doziert, denn Pfarrerin Irene Sonnabend bezieht bewusst auch Erkenntnisse anderer Kulturen mit ein, zum Beispiel aus dem Zen-Buddhismus, grenzt sich aber klar von der Esoterik ab, auch von der Suche nach „Entspannung“. Die Verwurzelung im christlichen Glauben bezeichnet sie als Fundament und definiert Meditation als „Wachsein im Augenblick“. Freiwillig finden sich die Gäste in Drübeck zum Beten und gemeinsamen Singen in der Klosterkirche ein.

> Zur Entspannung gern auch ein wenig Buddhismus

Ein katholisches Kontrastprogramm zum evangelischen Drübeck bietet das zum Bistum Magdeburg gehörende und gleichfalls an der Straße der Romanik gelegene Benediktinerkloster Huysburg. Nur wenige Kilometer von Halberstadt entfernt liegt es auf dem Höhenrücken Huy. Huysburg gehört ebenfalls zur Straße der Romanik und ist umgeben von sattgrünem, dichtem Buchenwald mit ausgiebigen Wandermöglichkeiten. Hier leben und arbeiten noch zehn Brüder in einer Mönchsgemeinschaft. Der jüngste ist 46 Jahre alt, der älteste über 80. Der Pfarrei gehören in den umliegenden 16 Dörfern noch 900 Katholiken an. 80 Prozent der Bevölkerung sind konfessionslos. Auch auf diesem weiten Areal mit seiner schmucken Klosterkirche, einer dreischiffigen Basilika mit barockem Altar, lassen sich Tage der Stille erleben oder Exerzitien abhalten. Im Ekkehard-Haus, benannt nach Abt Ekkehard, der im 11. Jahrhundert Kloster Huysburg gegründet hatte, finden die Gäste funktional eingerichtete Zimmer mit Blick in die sie umgebende Natur. Bruder Jakobus, promovierter Kunsthistoriker und seit 2005 Mitglied des katholischen Ordens, gibt einen idealen Führer durch das weite Areal ab, in dem auch ein Klostergarten zur Besinnung einlädt. Ob Gebet oder Meditation – auch in diesem Kloster, das vom 11. Jahrhundert bis 1804 bestand und in dem seit 1972 wieder Mönche leben, kann man innerlich zur Ruhe kommen und wird weder nach Konfession noch Weltanschauung gefragt. Nach der „Wende“ wurde das Zentrum weiter entwickelt. Auf die Frage, wie es davor war, antwortet Bruder Antonius, der als Prior Vertreter des Abtes ist: „Es gab die Möglichkeit, hier zu arbeiten.“ Die heutigen Gäste suchen gewöhnlich Abstand zu ihrem Alltag und Ruhe. Exerzitien, Klosterführungen, Tage des Schweigens oder Seminare werden angeboten. Und der Besucher sollte sich keinesfalls das gemeinsame Beten mit den Mönchen entgehen lassen oder das Singen gregorianischer Choräle. Von historischer Bedeutung ist der Kaisersaal im früheren Gästehaus der Abtei. In ihm begegnet man Gemälden mit illustren Herrschern, darunter Friedrich der Große und Friedrich Wilhelm II. samt Gemahlinnen.

Wer aufgrund seiner stillen Einkehrtage weitere geistliche Inspiration sucht, sollte das nahe gelegene Halberstadt besuchen. Imponierend ist hier die räumliche Nähe der Liebfrauenkirche, einer viertürmigen romanischen Basilika, mit ihren einzigartigen Chorschranken – hier bannt eine selten zu findende Madonna mit blonden Zöpfen den Blick – zum gotischen Dom St. Stephanus und St. Sixtus mit seiner imposanten, um 1220 entstandenen Triumphkreuzgruppe. Der prachtvolle Domschatz enthält einzigartige Kostbarkeiten von unschätzbarem Wert.

Als Ausgangsort der Klosterreise bietet sich Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt Magdeburg an, wo das 1000 Jahre alte Kloster „Unser Lieben Frauen“ auf die Romanik zurückweist. Der Bau birgt heute ein Museum für Gegenwartskunst, und sein Besucher findet hier Gelegenheit, die Spannungen zwischen alter Architektur und zeitgenössischen Ausdrucksformen auszuloten. *Heide Seele*

Information: Evangelisches Zentrum Kloster Drübeck, Haus der Stille, Klostergarten 6, Telefon (03945) 94-330, www.kloster-drue-beck.de Kloster Huysburg, Ekkehard-Haus Tagungs- und Gästehaus Huysburg 2, Telefon (039425) 961300, www.huysburg.de

Kaffeefahrten als Passion

Flensburger Polizeibeamter versucht, Betrügern in der Branche das Handwerk zu legen, und warnt Senioren vor deren Tricks

Alle Jahre wieder zu Weihnachten sitzen sie auf der Sofagarnitur ihrer Schwiegermutter in spe und nehmen die Geschenke des Schwiegeropas in spe mit demselben künstlichen Lächeln entgegen. Sie wissen, gleich müssen sie sich bedanken für die unnützen Präsente, die der Großvater ihrer Freundinnen über das Jahr auf Kaffeefahrten zusammengerafft hat. Von stumpfen Käsemessern über billig produzierte Lämpchen bis hin zum kitschigen Teeservice ist alles dabei. Die drei Enkelinnen haben ihre Partner schon gleich vor dem ersten gemeinsamen Fest darauf vorbereitet, dass sich in den hübsch eingewickelten Geschenken zumeist nichts befindet, was sie wirklich brauchen könnten, doch trotzdem gilt es, Danke zu sagen. Früher hat ihr Großvater auch immer noch jedes Geschenk kommentiert: War es ein Gratisgeschenk, das er schon für seine Teilnahme an der Kaffeefahrt erhielt, war es ein Gewinn, den er bei der Tombola gewonnen hatte, oder war es ein Super-Angebot, das er einfach wegen des günstigen Preises kaufen musste? Anfangs hatten seine Enkeltöchter noch versucht, ihm zu verdeutlichen, dass einige dort erworbene Dinge keineswegs Schnäppchen seien, so zum Beispiel die angeblich besonders rückenfreundliche Matratze für sein Bett, aber mit der Zeit hatten sie es aufgegeben.

Auch Bernhard Stitz, Polizeibeamter aus Flensburg-Mürwik, kennt das Problem, dass viele Senioren nicht akzeptieren wollen, dass sie auf den Kaffeefahrten ausgenommen werden. Und manche wissen es sogar, können aber trotzdem nicht von den Fahrten lassen, denn sie bieten Abwechslung und Kontakt zu anderen Menschen. Stitz ist bei der Polizei Schleswig-Holstein sozusagen der Experte in Sachen Kaffeefahrten. Regelmäßig hält er Vorträge und weist Interessierte auf die Gefahren und ihre rechtlichen Möglichkeiten hin. Der Mittfünfziger hat inzwischen selbst über 100 Kaffeefahrten mitgemacht, wird es zu betrügerisch, greift er sofort ein. Selbst kam er auf das Thema, als seine Mutter vor über 20 Jahren ihm stolz eine Decke präsentierte, die sie für 600 statt für 1200 D-Mark günstig erstanden hatte. Dann recherchierte er und stellte fest, dass sie im Kaufhaus ein ähnliches Produkt für unter 100 D-Mark hätte bekommen können. Stitz' Interesse war geweckt und er wollte rausbekommen, wie die Kaffeefahrtenbetreiber ältere Menschen dazu verleiten, sich für Unnötiges finanziell derart zu übernehmen. Kaffeefahrten wurden so zur Passion des Polizeibeamten, der sein Hobby auch während der Arbeitszeit ausleben

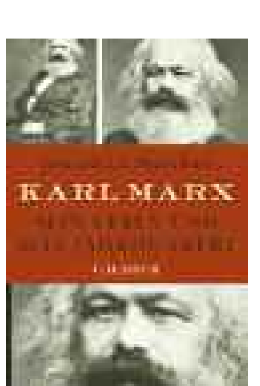


Wiederholungsopfer: Manche Teilnehmer sind fest überzeugt, Schnäppchen zu machen. Auch lieben sie das gesellige Beisammensein. *Bild: mauritius*

kann. Stitz wurde auch bereits mehrfach von Fernsehteams begleitet und fast immer gab es etwas zu beanstanden. Daher sollten Teilnehmer bloß nicht auf die „Wir sind anders“-Masche vieler Verkäufer hereinfallen. Schließlich müssen sie überteuerte Preise für die Produkte nehmen, um das Geld für den Bus samt Fahrer, das Veranstaltungslokal, die Gastgeschenke und die Werbung wieder hereinzubekommen, denn zumeist sind Kaffeefahrten kostenlos oder der Beitrag finanziert nur die Verpflegung. Zudem will der Verkäufer auch noch verdienen und das tut er dann zumeist auch nicht zu knapp: Stitz spricht von Monatsgehältern, von denen er als Polizeibeamter nur träumen kann. Daher sollte man auch nicht aus Mitleid mit dem ach so sympathischen Verkäufer, der so lieb von seinen Großeltern und Kindern erzählt, etwas kaufen, was man eigentlich gar nicht will. Des Weiteren warnt der Polizist davor, sich beispielsweise über die „Schock“-Masche, nach dem Motto, wenn sie dies Produkt nicht kaufen, leiden sie bald unter starken Rückenschmerzen, Waren andrehen zu lassen. Auch von Fachbegriffen sollte man sich nicht beeindrucken lassen. Und die Behauptung, man solle unbedingt zugreifen, weil es nur noch wenige Produkte gebe, sei zudem ganz oft falsch. Besonders fies seien jedoch jene Verkäufer, die über Ausgrenzung und Nötigung, nach dem Motto, wer nichts kauft, ist ein Schmarotzer, versuchen, Produkte an den Mann zu bringen.

Stitz hat in den Jahren viele Tricks der Verkäufer kennengelernt. Zugleich machen die meisten immer einen und denselben Fehler, der den Opfern hilft, sich zu wehren: Sie melden die Verkaufsveranstaltung nicht bei der zuständigen Behörde an. Ist dies nicht der Fall, begehen sie eine Ordnungswidrigkeit, was immerhin mit einer Geldbuße von bis zu 1000 Euro geahndet wird. Außerdem wird bei Anzeige geprüft, ob strafbare Werbung betrieben wurde. Zudem müssen laut Gesetz versprochene Geschenke ausgehändigt werden. Besonders wichtig sei es, dass Kunden bei einem Kaufvertrag darauf achten, dass ein Datum vermerkt ist. Das macht es ihnen leichter, von ihrem 14-tägigen Widerrufsrecht Gebrauch zu machen.

Doch trotz aller Warnungen ließ sich die Mutter von Bernhard Stitz bis zu ihrem Tode nicht von den Kaffeefahrten abbringen. Auch lernte der Polizist auf seinen Fahrten viele Wiederholungsopfer kennen, die die Fahrt, aber auch das Lob des Verkäufers, wenn sie etwas gekauft hatten, liebten. Und letztendlich ist auch Stitz den Kaffeefahrten verfallen, allerdings aus anderen Gründen als die Senioren. Während er als Polizist ganz oft ermittele, ermittele und ermittele und am Ende die Anzeige doch im Papierkorb lande, so gestand er in einem Interview, habe er bei den Kaffeefahrten das Gefühl, etwas zu erreichen. „Wir werden überall für dumm verkauft. Bei den Kaffeefahrten kann man mal eine Dummheit unterbinden. Und zwar sofort.“ *Rebecca Bellano*



Der Vernichter

Biografie über Karl Marx

Schriften von Karl Marx sollen, so war unlängst der Presse zu entnehmen, fortan dem offiziellen Weltdokumentenerbe angehören. Da trifft es sich gut, dass gerade in diesen Wochen eine neue Marx-Biografie erschienen ist. Der Beck-Verlag zögert nicht, „Karl Marx. Sein Leben und sein Jahrhundert" einen besonderen Rang zuzusprechen. Das Buch zeichnet sich in der Tat nicht nur durch Stofffülle, sondern auch durch wertvolle Ergänzungen in Details aus, nicht zuletzt, weil die Arbeit an der Karl-Marx/Friedrich-Engels-Gesamtausgabe fortgeschritten ist und als bequeme Quelle dient, insbesondere was Briefe an Marx betrifft.

Schon zu Lebzeiten war Marx eine Persönlichkeit, an der sich die Geister schieden. Daran hat sich nach seinem Tode nicht viel geändert. In der DDR galt er als „größter Sohn des deutschen Volkes", in den Augen anderer war er der böse Geist hinter Stalin, der sich gerne unter einem Marx-Porträt abbilden ließ. Autor Jonathan Sperber vermittelt den Eindruck, er stehe über den Parteien. Diese Erhabenheit macht sympathisch, und der scharfe Marx-Kritiker stößt auf Misstrauen. Dennoch muss der Rezensent ansatzweise verdeutlichen, was er in „Karl Marx" vermisst.

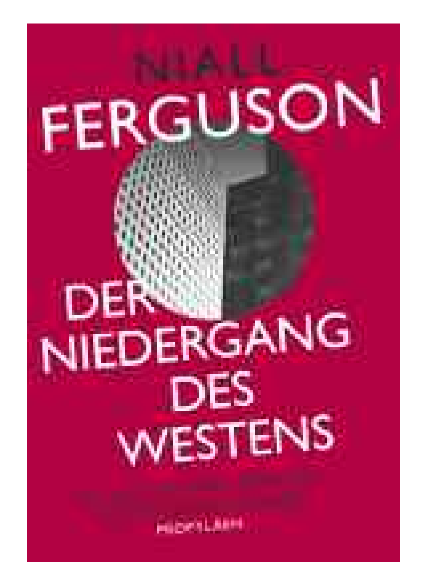
Das erste Dokument, das wir Marx persönlich verdanken, ist sein Abituraufsatz in Deutsch. Thema: „Betrachtungen eines Jünglings bei der Wahl seines Berufes". Wir haben auch die der Klassenkameraden. In keinem kommt das Wort „vernichten" vor, nur in dem von Karl, und dort gleich sechsmal. „Vernichten" ist ein fester Bestandteil seines Wortschatzes auch in späteren Jahren, was dazu geführt hat, dass er der „Vernichter" genannt wurde. Zugleich strebte er laut Aufsatz einen Beruf an, „der ihm einen höheren Adel leiht, was ihn unangetastet, von der Menge bewundert und über sie erhaben dastehen lässt". Auch die Selbstvergötterung bleibt eine Konstante, wie schon Heinrich Heine vorwurfsvoll registriert hat.

Marxens bekannteste Veröffentlichungen sind „Das Manifest der Kommunistischen Partei" aus dem Jahre 1848 und „Das Kapital", Band 1, 1867 erschienen. Mit beiden Texten befasst sich Sperber ausführlich. Doch Wichtiges bleibt unerwähnt. Im „Manifest" verkündet Marx seine Absicht und Entschlossenheit: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung." Wer denkt da nicht an die Oktoberrevolution 1917 und ihre blutigen Folgen? Darf man die ausblenden?

Die Wissenschaft als Magd des Revolutionärs

„Das Kapital" gilt als hochwissenschaftlich und schwer verdaulich. Sperber verwendet darauf Dutzende Seiten. Doch Engels gegenüber hat der Autor eingeräumt: „Ich dehne diesen Band mehr aus, da die deutschen Hunde den Wert der Bücher nach dem Kubikinhalt schätzen." Im Text des Buches betont Marx, dass dem Arbeiter im Kapitalismus „durchaus kein Unrecht" geschieht. Gleichzeitig wird er nicht müde, die Zustände auf das Schärfste zu geißeln, mit der logischen Folge, dass nur eine kommunistische Revolution zum Ziele führen kann. Die Wissenschaft als Magd des Revolutionärs. Warum bleibt derlei ausgeblendet? *Konrad Löw*

***Jonathan Sperber: „Karl Marx. Sein Leben und sein Jahrhundert"**, C.H. Beck, München 2013, geb., 634 Seiten, 29,95 Euro*



Degeneration dominiert

Historiker beschreibt, warum der Westen seine Zukunft verspielt

Im Sommer 1989, also noch vor dem Fall der Mauer, prophezeite der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das bevorstehende „Ende der Geschichte" infolge der globalen Einführung der liberalen Demokratie sowie der Marktwirtschaft westlichen Zuschnitts. Heute, 24 Jahre später, würde er dies wohl kaum noch einmal so formulieren, denn der Westen wirkt mittlerweile reichlich angeschlagen. Nach Meinung von Niall Ferguson, einem der führenden Experten für Finanz- und Wirtschaftsgeschichte mit prestigeträchtigen Lehrstühlen in Harvard und Oxford, hat inzwischen sogar eine regelrechte „Große Degeneration" eingesetzt. Hauptsymptome derselben seien ein stagnierendes Staatswirtschaftswachstum und horrende Staatsschulden. Die chinesische Wirtschaft wachse mittlerweile achtmal so schnell wie die der USA, deshalb gebe es im Reich der Mitte auch schon 85 Dollarmilliardäre. Und während die westlichen Industrieländer Schulden aufhäufen, die oftmals ihr jährliches Bruttoinlandsprodukt übersteigen, horten die sogenannten Schwellenländer Devisen in Höhe von 5,5 Billionen Dollar. Ebenso negativ schlagen die Überalterung der Bevölkerung, die auseinanderbrechenden Sozialgefüge und die lähmende Bürokratie zu Buche.

Als Ursache für die „Große Degeneration" des Westens sieht Ferguson den Verfall der vier Hauptkomponenten unserer Zivilisation, als da wären: Demokratie, freie Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft. Die Demokratie funktioniere nicht mehr, weil die einstmals so souveränen Parlamente zu ohnmächtigen Ja-Sager-Clubs verkommen seien. Und anstatt einer echten Marktwirtschaft gebe es heute das krampfhafte Bemühen um elitäre Besitzstandswahrung, welches mit einem überregulierten Wohlfahrtsstaat einhergehe, der die Unterschichten ruhigstelle: „Im Bienenvergleich gesprochen, schafft der Wohlfahrtsstaat immer mehr abhängige Drohnen, deren Lebensunterhalt von den Arbeitsbienen aufgebracht werden muss. Außerdem muss eine riesige Zahl von Bienen nur dafür abgestellt werden, Ressourcen von den Arbeitern zu den Drohnen zu transportieren."

Parlamente seien zu Ja-Sager-Clubs verkommen

Die Rechtsstaatlichkeit wiederum habe sich in eine Herrschaft der Rechtsanwälte sowie weltfremder Verfasser langer, unverständlicher Gesetzestexte verwandelt. Ebenso mutiere die gerühmte Zivilgesellschaft zu einem Tummelplatz von Profilneurotikern, welche im Niemandsland zwischen den Interessen von Politik und Großindustrie operierten. Der Normalbürger hingegen ziehe sich aus der Sphäre der freiwilligen Zusammenschlüsse ohne Gewinnstreben und Bürokratie zurück, weil er die Erfahrung gemacht habe, dass sich der Staat ja doch überall hineindränge und das Zepter übernehme. Der Westen kranke also letztlich an fehlender Freiheit und Eigenverantwortung sowie der Dominanz des Staates beziehungsweise bestimmter Gruppen, welche sich permanent als Regulierer zu betätigen suchen.

Als Gegenrezept verordnet Ferguson radikale Reformen und eine einsichtige Führung, deren Aufgabe darin bestehe, die genannten vier Säulen, auf denen einst die Stärke des Westens beruhte, wieder zu stabilisieren. Dies könne am besten auf dem Wege der Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung geschehen. Sehr viel konkreter wird Ferguson hier allerdings nicht – man spürt, dass dem Wirtschaftshistoriker die Diagnosestellung deutlich besser liegt als das Präsentieren von detaillierten Therapievorschlägen.

Das Buch endet mit einem kurzen Abschnitt, in dem US-Präsident Barack Obama als typischer „Ober-Mandarin" eines scheinbar allmächtigen, aber letztlich doch degenerierten Staates und als „Stimme des Stillstands" charakterisiert wird: Die inhaltsleeren Formeln des US-Präsidenten über die angeblichen Segnungen des Staatskapitalismus seien ebenso verstörend wie das Fehlen zündender Zukunftsvisionen. Unter diesen Umständen löse der Gedanke an Fukuyamas Optimismus von 1989 regelrecht Wehmut aus. *Wolfgang Kaufmann*

***Niall Ferguson: „Der Niedergang des Westens. Wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben"**, Propyläen, Berlin 2013, geb., 210 Seiten, 18 Euro*



Zeugnis der Erosion

Verleger erlebt beim Versuch, Geert Wilder zu publizieren, Abenteuerliches

Der niederländische Politiker Geert Wilders wird hierzulande allgemein als Rechtspopulist, Islamhasser, geistiger Brandstifter und Schlimmeres diffamiert. Wer sich anschickt, eine deutsche Ausgabe von dessen Buch „Marked for Death" zu verlegen, muss sich daher auf heftigen Widerstand gefasst machen. Diesbezüglich hat sich auch Hansjoachim Bernt, Geschäftsführer des hauptsächlich auf Science-Fiction-Literatur spezialisierten HJB-Verlags in Radolfzell, keinen Illusionen hingegeben. Was er dann aber an Anfeindungen und Absurditäten über sich ergehen lassen musste, übertraf selbst seine schlimmsten Befürchtungen.

In seinem Buch „Von einem der auszog, Geert Wilders zu verlegen" dokumentiert Bernt in chronologischer Ordnung die bisweilen sogar existenzbedrohende Feindseligkeit, die ihm von unterschiedlicher Seite entgegengebracht wurde. Bernt bekommt Besuch vom Staatsschutz, das Gebäude, in dem sein Verlag Mieter ist, wird in die Liste der „gefährdeten Objekte" aufgenommen, die Polizei verbreitet per Flugblatt in der Nachbarschaft Angst vor „unkontrollierbaren Reaktionen", der Vermieter kündigt dem Verlag seine Geschäftsräume, die Stadtvertreter protestieren in einem offenen Brief gegen die geplante Buchveröffentlichung, die Lokalpresse fordert aus Gründen der „Hygiene" Bernts Vertreibung aus Radolfzell und sein Postfach füllt sich mit Schmähungen und sogar mit Todesdrohungen, die für die Staatsanwaltschaft erwartungsgemäß kein Grund zum Handeln sind.

Bernt belässt es nicht bei der bloßen Schilderung seiner Erlebnisse. Damit kein Zweifel an deren Wahrheitsgehalt aufkommt, gibt er zahlreiche Dokumente im Faksimile wieder. Allein deren Lektüre macht den Leser fassungslos. Das, was Bernt widerfahren ist, ist so unglaublich und absurd, dass man glauben könnte, eine Satire in Händen zu halten. Aber das alles ist traurige Realität und gibt wahrlich keinen Anlass zum Schmunzeln. Die Dokumentation ist ein Zeugnis der Erosion des Grundrechts der Meinungsfreiheit und damit der Demokratie in Deutschland. Aber ganz ohne Ironie ist die Geschichte dann doch nicht. Denn am Ende ist Wilders' Buch gar nicht erschienen, weil sich Verleger und Autor „nicht auf eine nach deutschem Recht vertretbare deutsche Ausgabe einigen konnten". *Jan Heitmann*

***Hansjoachim Bernt: „Von einem der auszog, Geert Wilders zu verlegen"**, HJB Verlag, Radolfzell 2013, broschiert, 176 Seiten, 12,90 Euro*

Meinungsfreiheit in den Fesseln der Politischen Korrektheit

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft gibt Experten Raum, um Gefahren für die Demokratie zu erläutern

Die alljährlichen Tagesseminare der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) in Hamburg widmen sich stets einem aktuellen Generalthema. Auch in diesem Jahr hatte der stellvertretende Vorsitzende der SWG, Oberst a. D. Manfred Backerra, namhafte Referenten gewonnen, die mit ihren klugen Analysen den Grund legen sollten zur Diskussion über eines der immer brennender werdenden Probleme, nämlich die Politische Korrektheit (PC). Das neue „Deutschland-Journal" dokumentiert die Referate und Diskussionen. Backerra begründete die Notwendigkeit, sich mit der wuchernden Politischen Korrektheit kritisch zu befassen, damit, dass die Meinungsfreiheit, eines der höchsten Güter der Demokratie, immer stärker gefährdet sei. Bedenklich sei es, dass sich die Mehrheit der angeblich „kritischen Bürger" an das verordnete Duckmäusertum gewöhnt habe und die Rolle des „glücklichen Sklaven" spiele, der die größte Gefahr für die Freiheit sei. So entwickele sich die PC zu einer „Diktatur von Tabus und Meinungen" und schränke damit die freie Diskussion ein. Wer es wage, dagegen zu verstoßen, werde ins Abseits gestellt und notfalls auch mit Hilfe der Gerichte mundtot gemacht, wozu vor allem der berüchtigte, einem Sondergesetz gleichkommende Paragraph 130 des Strafgesetzbuches beitrage, der sich angeblich gegen „Volksverhetzung" wenden soll. Alarmierend ist die von Backerra genannte Zahl von 27 000 Verfahren nach § 130, die von 2001 bis 2011 angestrengt worden sind.

»Diktatur von Tabus und Meinungen«

Stefan Scheil, der zu den profiliertesten und mutigsten kritischen Historikern zählt, fragt, ob es in einer Demokratie erträglich sei, dass die Bundeskanzlerin festlegt, welches das Ergebnis der wissenschaftlichen Erforschung des Zweiten Weltkrieges zu sein hat, dass er nämlich von Deutschland, und zwar von Deutschland allein verschuldet worden sei und dass die Siegermächte USA, Großbritannien und UdSSR historisch im Recht seien. Zurzeit könne man nichts anderes tun, als dem gewollten Geschichtsbild der westlichen und östlichen Kriegsgegner mit der gebührenden Verachtung zu begegnen, so der Autor von „Transatlantische Wechselwirkung. Der Elitenwechsel in Deutschland 1945".

Der Journalist Christian Vollradt führt aus, welche Themenbereiche vor allem dem Diktat der Politischen Korrektheit unterliegen. So sei nicht nur das Geschichtsbild vorgegeben, sondern auch jede Kritik etwa am Feminismus oder an der Gleichstellung homosexueller Lebenspartnerschaft mit der Ehe ein Tabu. Verboten sei auch die Kritik an Israel wie angebliche oder wirkliche Diskriminierung von Ausländern hier im Lande. Politische Blockwarte wachten über die Einhaltung der verordneten Grenzen, wobei sie nicht davor zurückschreckten, Fakten zu verzerren oder zu verheimlichen und Zusammenhänge zu verschleiern. Warum tun sie das, fragt Vollradt, und antwortet: „Weil sie Linke sind, die glauben, sie hätten den ideologischen Schlüssel zur Lösung aller Probleme in der Tasche. Sie werden unduldsam gegen jeden, der sich nicht ‚erlösen' lassen will, und neigen zur Zwangsbeglückung."

Karl Albrecht Schachtschneider, einer der prominentesten Kritiker der bundesdeutschen Europa-Politik, sieht die political correctness als Herrschaftsmittel. So werde eine „sanfte Despotie" ausgeübt, die weniger schnell bemerkt werde, dafür aber umso wirkungsvoller sei. Das Ziel der deutschen Europa-Politik sei es, die Nationalstaaten in der EU aufgehen zu lassen, wobei der Druck auf die öffentliche Meinung des Volkes von Jahr zu Jahr zunehme. Der Verfassungsschutz sei dabei der staatliche Beitrag zur Durchsetzung der politischen Korrektheit. Wesentliches Instrument der PC seien die meisten Medien, die in der Hand der politischen Klasse sind. In wesentlichen Fragen stünden sie im Gegensatz zur Bevölkerung, meint Schachtschneider, Autor von „Die Souveränität Deutschlands. Souverän ist, wer frei ist".

Feindschaft gegen Deutschland schwächt

Erhellend ist auch der Beitrag „Freiheit oder Zentralismus?" von *PAZ*-Redakteur Hans Heckel. Der Autor legt anhand zahlreicher Beispiele dar, dass die immer wieder behauptete Kongruenz von europäischem Zentralismus und Freiheit nicht nur eine Illusion, sondern eine bewusste Irreführung sei. Für den Leser verblüffend dürfte vor allem der historische Aspekt der europäischen Integration sein, den Heckel herausarbeitet. Die „Lehren aus der Geschichte", die immer wieder angeführt würden, wenn es um die Rechtfertigung der „Einbindung" und Schwächung Deutschlands durch die europäische Integration gehe, seien genau die falschen. So habe die Aggression gegen Deutschland, die dem gleichen Zweck gedient habe, 1914 eine fatale Dynamik in Gang gesetzt, an deren Ende Europa insgesamt in die zweite Reihe gesunken und bis ins Mark getroffen worden sei. Daraus habe man jedoch nichts gelernt und wiederhole nun alte Fehler. *Hans-Joachim von Leesen/PAZ*

Das neue, 144-seitige „Deutschland-Journal" ist gegen Einsendung eines Fünf-Euro-Scheines pro Exemplar für Versandkosten und als Schutzgebühr erhältlich bei der SWG, Postfach 26 18 27, in 20508 Hamburg.

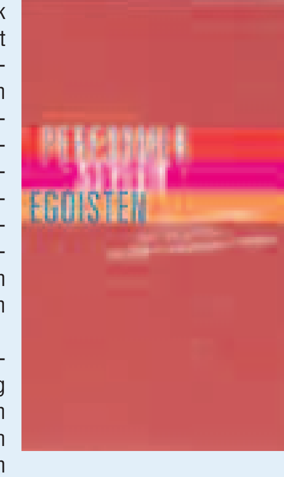
Bernhard Heinzlmaier

Performer, Styler, Egoisten

Über eine Jugend, der die Alten die Ideale abgewöhnt haben

Der Neoliberalismus ist ein Gas (Deleuze). Einem Gas kann man kaum Grenzen setzen. Aus der Ökonomie kommend strömt es ungehindert in alle Diskurse und Lebenswelten ein. Ökonomische Imperative greifen auf alle Sphären der Gesellschaft über auf Schule, Familie, Gesundheitswesen, Kultur, Bildung usw. Die Gesellschaft ist zum Anhängsel des Marktes geworden. Wir treffen heute auf ein Phänomen, das in den Sozialwissenschaften als Werteverschiebung vom Postmaterialismus zum Neomaterialismus bezeichnet wird. Der Neomaterialismus steht für eine Grundhaltung, die postmaterielle Werte der 68er Generation wie Solidarität, Toleranz, idealistische Selbstverwirklichung und die Kritik an gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und Unterdrückung durch ein neomaterialistisches Wertesetting ersetzt, in dem die beherrschenden Werte Sicherheit, Konsum, sozialer Aufstieg, Nutzenorientierung und Affirmation der gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Berechtigt ist nur, was sich vor dem Richterstuhl der ökonomischen Imperative bewähren kann. Was sich nicht verwerten lässt, wird exkludiert, auch wenn es sich dabei um Menschen handelt.

In verschulten und autoritär reglementierten Universitäten, in denen Bildung durch die unkritische Akkumulation von Fachwissen und dessen Abprüfung im geistlosen Multiple-Choice-Verfahren verdrängt wird, werden die Jugendlichen systematisch für die Verwendung im Markt hergerichtet. Kritische Reflexionen sind nicht mehr gefragt. Bildung als Erziehung zur Freiheit, als Persönlichkeitsbildung, als Förderung von kreativen und ästhetischen Fähigkeiten, Bildung der Gesinnung und des Charakters (Humboldt) alles längst verabschiedet und auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Am Ende verlässt schön verpacktes Humankapital die bildungsökonomisch hocheffizienten Ausbildungsfabriken. Doch die gut ausgebildeten Ungebildeten sind ängstliche Kreaturen. Mit begrenztem Horizont und engem Herz geht diese neue Elite durch die Welt, die Angst im Nacken, von anderen, ebenso coolen Charakteren wie sie selbst aus dem Feld geschlagen zu werden.



Geb., 196 Seiten
Best.-Nr.: 7251

€ 18,00

Der größte Raubzug der Geschichte

Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden

HERZLICH WILLKOMMEN auf einer spannenden Reise in die Welt des Wahnsinns, der Lügen, des Betrugs und der größten Kapitalvernichtung, die die Menschheit je erlebt hat. Vor unseren Augen findet der größte Raubzug der Geschichte statt, und wir alle sind seine Opfer. Die Reichen in unserer Gesellschaft werden immer reicher, während alle Anderen immer ärmer werden. Die Autoren fragen: Wie entsteht überhaupt Geld? Wie kommen Banken und Staat eigentlich zu Geld? Warum ist das globale Finanzsystem ungerecht? Tragen tatsächlich nur die Banken die Schuld an der aktuellen Misere oder müssen auch die politischen Entscheider zur Verantwortung gezogen werden? Warum steht das größte Finanz-Casino der Welt in Deutschland, und kaum jemand weiß darüber Bescheid? Ist der Euro nicht letztlich doch zum Scheitern verurteilt? Sind Lebens-, Rentenversicherungen, Bausparverträge und Staatsanleihen noch zeitgemäße Investments? Dienen Finanzprodukte dem Kunden oder nur der Finanzindustrie? Was bedeutet es, wenn ein Staat Bankrott geht? Wer profitiert eigentlich von den Schulden unseres Staates? Kann ewiges Wachstum überhaupt funktionieren? Dieses spannende und engagierte Buch gibt nicht nur verunsicherten Anlegern Antworten.

Kart., 381 Seiten, Best.- Nr.: 7224, € 19,90



Christel Wels

Wir hatten immer Angst

Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust

Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90

Helmut Roewer

Nur für den Dienstgebrauch

Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands

Im November 2011 ging eine Empörungswelle durch die Medien, ausgelöst durch eine Mordserie, die auf der Opferseite etwa zehn ausländische Gewerbetreibende betraf und auf der mutmaßlichen Täterseite zwei jüngere Männer und eine junge Frau, die in der Folge als Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) durch die Medien geistern. Zu Beginn der Aktivitäten dieser drei damals sehr jungen Leute war der Autor Verfassungsschutzchef in Thüringen (1994-2000). Er beschreibt anhand seiner Tagebuchaufzeichnungen, aufgrund welcher Vorgänge es ihn nach Thüringen verschlug und was in diesen Jahren im wiedervereinigten Deutschland erlebt hat. Es handelt sich bei diesen Aufzeichnungen also auch um eine Binnensicht über das Zustandekommen und die Schwierigkeiten der Deutschen Einheit. Drastisch schildert Helmut Roewer Verhältnisse, die man sich heute im Jahre 22 der Deutschen Einheit kaum noch vorzustellen vermag. Nicht zum Wenigsten war es eine labile Polizeistruktur, die einen Gutteil seiner Arbeitskraft in Anspruch nahm: Altlasten und unfähige Westimporte lieferten sich erbitterte Auseinandersetzungen, anstatt ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. Ähnliches spielte sich in den politischen Parteien ab. Als Drittes kam zügellose Gewalt unter anpolitisierten Jugendlichen hinzu. In diesem brisanten Gemisch entwickelten sich jene Taten, denen wir heute empört gegenüberstehen.

€ 24,90

Geb., 279 S. mit zahlreichen Abb., Best.-Nr.: 7240

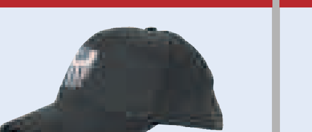
Udo Ulfkotte

Raus aus dem Euro - rein in den Knast

Die Euro-Katastrophe: Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?

Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7236, € 19,95

Preußen-Schirmmütze





Preußen-Schirmmütze

schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß

Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau

Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg

Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze



Elchschaufel-Schirmmütze

dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform

Best.-Nr.: 6969, € 14,95



lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Jonathan Steinberg

Bismarck

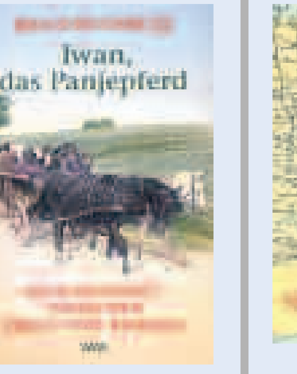
Magier der Macht

Mit außergewöhnlichem Weitblick und politischer Fortüne hat Otto von Bismarck die Geschicke Preußens, Deutschlands und Europas in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts maßgeblich bestimmt. In seiner hochgelobten Biographie stellt der amerikanische Historiker Jonathan Steinberg die so einfache wie verblüffend ergiebige Frage: Wie hat er das gemacht? Das Ergebnis ist die beste Bismarck-Biographie seit langer Zeit, die dem großen Kanzler »mehr Leben einhaucht als jeder andere Biograph zuvor« (Wall Street Journal).

Wie konnte jemand ohne jede Regierungserfahrung zum preußischen Ministerpräsidenten aufsteigen und dieses Amt ohne nennenswerte Gefolgschaft fast drei Jahrzehnte lang ausüben? Wie konnte jemand, der nie einen Soldaten befehligt hat, drei erfolgreiche Kriege führen, um sein Ziel, ein Deutsches Reich unter preußischer Führung, zu erreichen? Wie konnte jemand gegen den Widerstand von Krone und Machteliten die umfassendsten Sozialreformen der deutschen Geschichte durchsetzen? Steinberg findet die Antwort in Bismarcks einzigartiger Persönlichkeit, in seiner vielfach bezeugten geradezu magnetischen Anziehungskraft auf Freund und Feind, in der beispiellosen Souveränität, mit der er sich über alle Schranken hinwegsetzte und eigenen Gesetzen folgte. So vermag der Autor nicht nur das »politische Genie« Bismarcks zu erklären, sondern zugleich einen neuen Blick auf dessen Epoche zu werfen.

Geb., 752 Seiten
Best.-Nr.: 7250

€ 29,99



Heinz Buchholz

Iwan, das Panjepferd

Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden

Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



Joachim Albrecht

Katjuscha und ihre Folgen

Königsberg im Januar 1945 Rettungsschiff Wullenwever

Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Udo Ulfkotte

Was Oma und Opa noch wussten

So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.

Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99

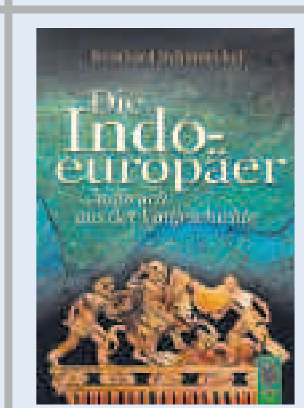


Beate Szillis-Kappelhoff

Prußen – die ersten Preußen

Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.

Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80



Reinhard Schmoeckel

Die Indoeuropäer

Aufbruch aus der Vorgeschichte

Geb., 587 Seiten,
Best.-Nr.: 7244, € 24,80

Die Hochmeistergruft im Dom von Marienwerder

Hörbuch auf CD Hörbuch über drei interessante Persönlichkeiten aus der Blütezeit des Deutschen Ordens im Spätmittelalter.

Im Jahre 2007 machten polnische Archäologen einen sensationellen Fund.

In der Krypta unter dem Presbyterium des im vierzehnten Jahrhunderts erbauten Doms von Marienwerder in Westpreussen legten sie die halbzerstörten Särge mit den sterblichen Überresten von drei Hochmeistern des Deutschen Ordens frei. Der Orden hatte im Spätmittelalter, nach den Kreuzzügen mit Unterstützung des deutschen Kaisers und des Papstes den Ostseeraum, in dem die heidnischen Prußen siedelten, christianisiert und dort einen eigenen Staat errichtet. Bei allen drei in Marienwerder begrabenen Hochmeistern endete die Amtszeit als oberster Kreuzritter vorzeitig und nicht standesgemäß Werner von Orseln wurde von einem Ordensbruder in der Marienburg, dem Hochmeistersitz und Machtzentrum des Ordens, im Jahre 1330 ermordet. Ludolf König von Weizau bekam eine Geisteskrankheit und wurde 1443 seines Amtes enthoben. Heinrich von Plauen, der Retter der Marienburg nach der verlorenen Schlacht bei Tannenberg gegen das polnisch-litauische Koalitionsheer, wurde 1414 gar des Hochverrats angeklagt und in Kerkerhaft geworfen.

Wer waren diese frommen, aber machtbewußten Ordensritter, woher kamen sie und welchen Stellenwert hatte ihre Amtszeit als Hochmeister des Deutschen Ordens? Auf all diese Fragen möchte die vorliegende Audio-CD Antworten geben. Ein kurzer Einblick in Entstehung und Geschichte des Kreuzritterordens sowie interessante Informationen und Fakten über Dom und Burg in Marienwerder/Kwidzyn runden ihren Inhalt ab. Sie ist ein Muß für alle, die mehr über den Deutschen Ritterorden, seine faszinierende Geschichte sowie Leben und Wirken der drei in Marienwerder begrabenen Hochmeister wissen möchten.



Laufzeit: 71:11 Minuten, Best.-Nr.: 7235

€ 12,90

Hans Becker von Sothen

BILD-LEGENDEN

Fotos machen Politik

Fälschungen • Fakes • Manipulationen

Fälschungen von Fotos durch Retuschen, Collagen, irreführende Bildunterschriften, Manipulationen des Ausschnitts etc. sind so alt wie die Fotografie selbst. Die ersten Beispiele lassen sich schon im Krimkrieg (1853–1856) und im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) finden. Über den Ersten und Zweiten Weltkrieg, die berühmten Bildfälschungen des Maoismus und Stalinismus spannt sich der Bogen bis zum Tod Osama bin Ladens und dem Umsturz in Ägypten. Berühmte Beispiele wie Robert Capas „Fallender Soldat" aus dem Spanischen Bürgerkrieg, Jewgeni Chaldej und die sowjetische Flagge auf dem Reichstag sowie die manipulierten Bildlegenden in der Reemtsma-Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" sind genauso Thema des Buches wie die Brutkästen-Mär beim Bericht der Soldaten Saddam Husseins in Kuwait. Retuschen an den Bildern von Goebbels und Leni Riefenstahl, Stalin und Ribbentrop, Adenauer, Brandt und Breschnew werden ebenso behandelt wie das neue Phänomen des Outsourcing von Pressearbeit ganzer Länder an globale Public-Relations-Agenturen, die keinerlei Interesse an objektiver Berichterstattung haben, sondern nur am optimalen „Verkauf" von diversen politischen Ereignissen Geb., 272 Seiten, durchgehend bebildert. Best.-Nr.: 7248



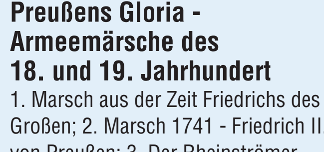
€ 19,90



Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815

Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin

Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Sing, sing, was geschah

Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987

Best.-Nr.: 7203, € 12,95

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert

1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.



Best.-Nr.: 6899

€ 14,95

Hans-Olaf Henkel

Die Euro-Lügner

Unsinnige Rettungspakete, vertuschte Risiken - So werden wir getäuscht. Wer sind die Politiker, die das Festhalten am Euro um jeden Preis und den Euro-Rettungsschirm als alternativlosen Heilsbringer propagieren? Sind sie selber von ihren Botschaften überzeugt? Was ist ihre wahre Agenda? Hans-Olaf Henkel macht es sich zur Aufgabe, den Finger auf die eklatanten Schwachstellen der Euro-Rettungspolitik zu legen, ihre Risiken klar zu identifizieren und mutige Wege aus der Krise zu suchen. Vor allem aber nennt er endlich die beim Namen, die uns über die wahren Gefahren zu täuschen versuchen, die durch das Klammern an die Währungs-Union drohen. Er nutzt seine persönlichen Einblicke hinter die Kulissen der europäischen Finanzpolitik, um ein klares Bild von Täuschung und Wahrheit zu zeichnen und um aufzuzeigen: Es ist noch nicht zu spät, um sich von Propaganda und Wunschdenken freizumachen und neue Wege zu gehen.

Wer sind die Politiker, die das Festhalten am Euro um jeden Preis und den Euro-Rettungsschirm als alternativlosen Heilsbringer propagieren? Sind sie selber von ihren Botschaften überzeugt? Was ist ihre wahre Agenda? Hans-Olaf Henkel macht es sich zur Aufgabe, den Finger auf die eklatanten Schwachstellen der Euro-Rettungspolitik zu legen, ihre Risiken klar zu identifizieren und mutige Wege aus der Krise zu suchen. Vor allem aber nennt er endlich die beim Namen, die uns über die wahren Gefahren zu täuschen versuchen, die durch das Klammern an die Währungs-Union drohen. Er nutzt seine persönlichen Einblicke hinter die Kulissen der europäischen Finanzpolitik, um ein klares Bild von Täuschung und Wahrheit zu zeichnen und um aufzuzeigen: Es ist noch nicht zu spät, um sich von Propaganda und Wunschdenken freizumachen und neue Wege zu gehen.

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag,
272 Seiten,
Best.-Nr.: 7247

€ 19,99

August-Aktion*



+++ gratis +++

Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

34/13

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

»Mohammad« am beliebtesten

London – „Mohammad" war 2012 der beliebteste Jungenname in der britischen Hauptstadt London. 1292 Neugeborene erhielten vergangenes Jahr in der Themse-Metropole den Namen des islamischen Religionsgründers. In ganz Großbritannien wurden 7139 Jungen „Mohammad" genannt. Damit rangiert auf der Insel der muslimische Prophetenname nur auf Platz 29 Nennungen hinter dem Spitzenreiter, dem Namen des populären Prinzen Harry. *H.H.*

Linke wollen »Blut« sehen

Mönchengladbach – Die Linkspartei im nordrhein-westfälischen Mönchengladbach wirbt im Straßenwahlkampf mit der Nachbildung einer blutverschmierten Guillotine. Sie nennt das Gerät „Umfairteilungsmaschine". Die Maschine ist von Bildern reicher Deutscher und bekannter Manager umrahmt. Im Korb unter der Fallbeil-Attrappe liegt ein Kunststoffkopf. Beobachter werten das Gerät als vorläufigen Tiefpunkt des Wahlkampfs in der Stadt. *H.H.*

ZUR PERSON

Einsamer Warner

Die indische Rupie hat dieser Tage den tiefsten Wert gegenüber dem US-Dollar erreicht, den sie je hatte, und befindet sich weiter im freien Fall. Dieser hat an Fahrt aufgenommen, seit bekannt wurde, dass die indische Regierung ihn zum neuen Zentralbanker macht: Ab dem 1. September soll **Raghuram Rajan** die Reserve Bank of India leiten.

Der 50-jährige Berater der indischen Regierung hat erst Ingenieurswesen in Indien und den USA studiert, um dann zu den Wirtschaftswissenschaften zu wechseln. Zwar war er wegen seines Wissens und seiner Analysen von 2003 bis 2006 Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), doch schon damals fiel auf, dass er nicht die „Sprache" spricht wie in den Kreisen üblich. Als er 2005 auf einer Veranstaltung zu Ehren des scheidenden US-Fed-Chef Alan Greenspan diesen kritisierte und davor warnte, dessen Politik des billigen Geldes würde zu einem finanziellen Kollaps führen, waren Rajans Tage beim IWF gezählt.



Auch die indische Regierung musste von ihm einiges an Kritik einstecken, doch da die wirtschaftliche Lage des Landes immer schwieriger wird, Indien viel mehr importiert als exportiert, ausländisches Kapital abgezogen wird und die Rupie in der Folge immer mehr an Wert verliert, sieht sie sich nun genötigt, Rajan zum Zentralbankchef zu ernennen. Allerdings kann dieser nicht die wirtschaftlichen Grundvoraussetzungen verbessern und die Fehler der vergangenen Jahre allein beheben. Zudem ist er immer noch gegen eine Politik des billigen Geldes und obwohl die Krisen der letzten Jahre seine Thesen bestätigen, sehen das die Zentralbanker in den USA, Japan und der EU anders. Auch seine Kritik an den Theorien des Ökonomen Keynes verärgern all jene, die in den Zentralbankkreisen den Ton angeben. *Bel*



Vater Courage und seine Kinder

Überall Diskriminierung

Wie wir uns in der Merkelwolke verlieren, wie ein Bürgermeister ungewollt zum Rassisten wird, und was die GEW entschieden hat / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wann geht sie nun eigentlich los, die „heiße Phase des Wahlkampfs"? Es sind nur noch vier Wochen, trotzdem ist das Gähnen immer noch lauter als das Gebrüll. Das liegt an der geschickten Taktik der Kanzlerin, sagen schlaue Leute. Merkel schläfert die Konkurrenzparteien ein und taucht das Land in eine Wolke aus nichtsagenden Wohlfühlfloskeln.

Da ist was dran, die SPD hat in der Merkelwolke vollkommen die Orientierung verloren. Nun auf einmal stottert Peer Steinbrück von „Steuererleichterungen", als hätten die Sozialdemokraten nicht monatelang vom Gegenteil, von Steuererhöhungen schwadroniert. Wer so herum hopst, der muss wirklich verzweifelt sein.

Zur Verzweiflung treiben einen auch die staatlichen Medien: Da wurde ein Interview angekündigt, in dem sich die Kanzlerin den „kritischen Fragen von Journalisten stellen" müsse. Starr vor Spannung fieberte ich dem Termin entgegen. Tatsächlich wurde es dann so „kritisch" wie ein Gespräch des „Neuen Deutschland" mit dem Genossen Generalsekretär des ZK der SED.

Wie einst in der DDR erleben auch Sprachregelungen und Erwähnungsverbote eine strahlende Wiedergeburt. Nachdem fanatische Moslems in Ägypten Dutzende Kirchen angezündet hatten, meldeten die „heute"-Nachrichten des ZDF: In Ägypten würden „Gotteshäuser" angegriffen, in Kairo brenne gar ein „Gotteshaus". Auch der Reporter vor Ort hielt sich strikt an die Formulierung „Gotteshäuser", die offenbar diktiert worden war. Nicht einmal sagte er „Kirche". Auch dass die Täter radikale Moslems waren, wurde weggelassen – bestimmt, um keine „Vorurteile" zu schüren.

Wir kennen das ja schon aus Meldungen über Straftaten hierzulande. Früher wurden genaue Täterbeschreibungen veröffentlicht, damit man die Verbrecher auch findet. Dann aber stieß auf , dass die Beschreibungen „südländisches Aussehen", „vermutlich türkischer Akzent" oder „möglicherweise osteuropäischer Herkunft" ziemlich vorherrschend waren. Das aber, Sie ahnen es, „schüre Vorurteile". Also lasen wir in den vorurteilsfreien Zeitungen keine solchen Täterbeschreibungen mehr.

Dann kam das nächste Problem: Wurde der mutmaßliche Täter gefasst, stand in der Zeitung auffällig oft etwas von „Erkan X", „Mehmet Y." oder „Igor Z.", und leider ist selbst ungebildeten Lesern geläufig, dass Erkan, Mehmet oder Igor ihre familiären Wurzeln kaum im Odenwald oder zwischen den Masurischen Seen suchen würden, wenn sie Ahnenforschung betrieben.

Deshalb lässt man heute auch die Namen weg. Bald schon werden die Rassismusbekämpfer indes den Skandal aufdecken, dass bestimmte Gruppen von Immigranten mit bestimmten Delikten besonders häufig „in Zusammenhang gebracht" werden, worauf sie fordern dürften, dass auch das Delikt nicht mehr genannt werden solle. Zudem könnten sie monieren, dass sogar die Nennung des Tatorts „diskriminierend" sei, wenn dabei herauskommt, dass Raub, Diebstahl und „Rohheitsdelikte" außergewöhnlich oft dort passieren, wo „bestimmte Migrantengruppen" vorherrschen. Ergo müsste wegen des Diskriminierungsverbots auch der Tatort unter den Tisch fallen.

> Die Wahrheit ist ein tückisches Gebräu, das selbst durch die schmalsten Ritzen tropft

Wenn wir aufgeräumt haben mit all der grässlich rassistischen Diskriminierung, sieht eine Meldung über, sagen wir mal, einen Handydiebstahl in Berlin-Neukölln, bei dem ein 20-jähriger Deutscher von drei „südländischen" Tätern auf die Intensivstation geprügelt wurde, folgendermaßen aus: „Irgendwo in der deutschen Hauptstadt kam es gestern gegen 23.30 Uhr zu irgendeinem mutmaßlichen Gesetzesverstoß, in den mutmaßlich Täter und Opfer verwickelt waren. Die Polizei bittet um Zeugenaussagen aus der Bevölkerung."

Selbst die eifrigsten Antidiskriminierer können sich der Diskriminierung schuldig machen, ohne es zu merken. Der Bürgermeister von Garbsen müht sich dieser Tage mit aller Macht, die beiden türkischen Jugendbanden seiner Stadt vor dem rassistischen Verdacht zu schützen, sie könnten etwas mit der Niederbrennung der Willehadi-Kirche zu tun haben. Gleichzeitig hat er angekündigt, vier zusätzliche Sozialarbeiter einzustellen, die „gezielt" auf die etwa 20 Jugendlichen „zugehen" sollen. Ganz abgesehen davon, dass ein Sozialarbeiter für vier Jungmannen ein ganz schöner Aufwand ist: Wieso schickt der Bürgermeister die Betreuer gerade jetzt zu den 20 jungen Türken, wenn er angeblich keinerlei Verdacht gegen sie hegt? Hm? Ja, so ein Mist auch – wie man's macht, macht man's falsch, oder anders gesagt: Die Wahrheit ist ein tückisches Gebräu, das selbst noch durch die schmalsten Ritzen tropft.

Der Rassismus ist halt allgegenwärtig: Wir waren entsetzt, als wir hören mussten, dass Besatzungsmitglieder der „Gorch Fock" beim Saubermachen rassistische Musik einer „Rechtsrock-Gruppe" gehört haben sollen. Schon ist uns ein neuer Bundeswehrskandal geboren, und ganz Gutdeutschland sitzt über diese schreckliche Verfehlung zu Gericht.

Fast gleichzeitig kam die Meldung durch, dass immer weniger junge Leute zum Bund wollten, weshalb in der CDU-Spitze darüber nachgedacht werde, die Wehrpflicht zu reaktivieren. Wie unverständlich, dass immer weniger Menschen zu einer Truppe gehen, bei der sie selbst beim Latrinenschrubben von einem aufmerksamen Stubenwart daraufhin überwacht werden, ob „bedenkliche" Musik zu hören ist. Um dann, wenn's was zu petzen gibt, am Pranger der Nation zu landen.

Aber wieso nur die Soldaten? An den Pranger gehört ganz Deutschland. Die Lage ist weitaus dramatischer als wir ahnten. Jeder vierte Schüler oder Student mit ausländischen Wurzeln fühlt sich wegen seiner Herkunft diskriminiert! Das ergab eine beklemmende Studie der „Antidiskriminierungsstelle" (ADS) des Bundes. Der „Spiegel" weckt uns mit der alarmierenden Überschrift: „Ausgegrenzt im Alltag: Studie offenbart Diskriminierung an Schulen und Unis".

Ein Lob der Verkürzung, ohne die solche tollen Überschriften gar nicht möglich wären. Denn was „offenbart" die Studie in Wahrheit? Dass jeder Vierte schon mal das „Gefühl" hatte, diskriminiert zu werden. Das könnte auch so aussehen: Dass meine Noten schlecht sind, hat nichts damit zu tun, dass ich oft schwänze, den Unterricht störe und mir Hausaufgaben wurscht sind, sondern damit, dass die Lehrer mich wegen meiner ausländischen Herkunft diskriminieren.

Diskriminierung hat eben unendlich viele Spielarten. Vor einigen Jahren konnte ich selbst eine davon beobachten. In einem Hamburger Kneipenviertel schrie ein junger Mann, dessen Aussehen hier gar keine Rolle spielt, laut: „Nazis! Nazis! Ich werden von Nazis überfallen!"

Zu meinem Entsetzen eilte dem Bedrängten niemand zu Hilfe. Als ich näher kam, sah ich, wie ihn ein halbes Dutzend junger Leute an der Wand fixierte und wundertе mich: Vom Typ her waren das eher brave Jurastudenten oder Büroangestellte als türkenfressende Skinheads. Lösung des Rätsels: Die vermeintlichen „Nazis" durchsuchten den Mann bloß nach der Brieftasche, um die er sie soeben erleichtert hatte.

ADS-Chefin Christine Lüders fühlt sich jedenfalls aufgerufen, der gefühlten Diskriminierung mit aller gefühlten Entschiedenheit entgegenzutreten, sprich: Es sollen mehr Anlaufstellen mit mehr Personal eingerichtet werden. Dort könnten sich auch deutsche Schüler, die sich von Immigranten rassistisch diskriminiert fühlen, beschweren, so Lüders.

Aber Vorsicht: Die linke Lehrergewerkschaft GEW hat entschieden, dass es antideutschen Rassismus gar nicht gibt, sondern dass das eine Erfindung, ja ein „Kampfbegriff" der „Rechten" sei. Ein deutscher Schüler also, der sich als Opfer von Deutschenhass beim Vertrauenslehrer meldet, dürfte schnell auf der Anklagebank landen, weil er rechte Kampfbegriffe benutzt und damit selbst der Diskriminierer ist.

MEINUNGEN

__Johannes Braun__, ehemaliger Mitarbeiter der __„Piraten"__, rechnet in seinem Buch __„Digital naiv"__ mit seiner ehemaligen Partei ab. Das Magazin „Cicero" veröffentlicht im Internet einige Passagen im Voraus, wo es etwa heißt:

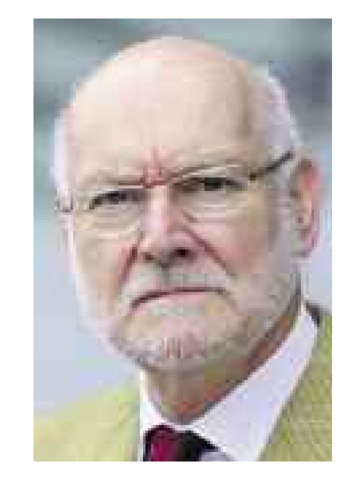
„Durch die ‚Piraten' wird sich unsere politische Szene nicht bessern, im Gegenteil: Durch die ‚Piraten' wird es in der Politik nur noch schlimmer werden. Denn dank den ‚Piraten' müssen die Bürger jetzt noch schlechtere Politiker ertragen."

Die muslimische __CDU-Bundestagskandidatin Cemile Giousouf__ (35) streicht im „Handelsblatt" (15. August) die __Islamfreundlichkeit__ ihrer Partei heraus:

„Im gleichen Zusammenhang aber hat sich die CDU geradezu beispielgebend für muslimisches Leben in Deutschland stark gemacht: Es waren CDU-geführte Länder, die den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht modellhaft eingerichtet haben. Die CDU hat dafür Sorge getragen, dass Zentren für Islamische Theologie an den vier Standorten Münster/Osnabrück, Tübingen, Frankfurt/Gießen und Nürnberg-Erlangen mit rund 20 Millionen Euro eingerichtet und unterstützt werden."

Der Wirtschaftswissenschaftler __Joachim Starbatty__ enthüllt in der „Welt" (20. August) eine ziemlich präzise Vorstellung davon, wie und woran die Europäische __Währungsunion auseinanderbrechen__ könnte:

„Internationale Beobachter sagen auch, Frankreich sei mit einem AA bei der Kreditwürdigkeit völlig überbewertet. Sobald das klar wird, muss das Land bei der Refinanzierung höhere



Zinsen zahlen. Und das wird es nicht durchstehen. Wenn Frankreich sagt: Wir können unseren Anteil nicht mehr tragen, ist es zu Ende. Dann bricht die Währungsunion in sich zusammen. Dann bekommen wir Zustände, die man sich gar nicht vorstellen mag."

Der österreichische Wirtschaftsjournalist __Christian Ortner__ zweifelt schwer daran, dass die Krise in der Euro-Zone mit dem __Miniwachstum__ von 0,3 Prozent im zweiten Quartal schon überwunden ist:

„Wie belastbar die Erholung der Euro-Zone tatsächlich ist, dürfte sich schon bald nach den deutschen Bundestagswahlen am 22. September weisen. Denn dann steht, auch wenn das heute noch bestritten wird, die Griechenland-Krise wieder auf der Tagesordnung ... Gleichzeitig sind sowohl Italien als auch Spanien im Herbst von schweren innenpolitischen Krisen bedroht, weil beide Krisenländer von eher instabilen Regierungen geführt werden. Die Nachricht vom Ableben der Euro-Krise ist leider stark übertrieben."